

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Ich darf Sie alle im Namen der uns einladenden Stiftung begrüßen und zunächst dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes und dem Herrn Oberbürgermeister dieser Stadt für ihre Gastfreundschaft danken. Wir freuen uns, daß wir bei Ihnen sein dürfen, vor allem aber auch darüber, daß Sie sich inhaltlich an der Thematik dieses Gesprächskreises beteiligen werden und nicht nur in einem protokollarischen Sinne als Gastgeber wirken.

Wir befinden uns vor einer Wahl, und der Bergedorfer Gesprächskreis möchte sich nicht in die Aktualitäten oder auch Oberflächlichkeiten solcher Zeiten einmischen. Ich meine aber, das Thema, das wir uns vorgenommen haben, greift einen für die Zukunft unserer Gesellschaft wichtigen Tatbestand auf.

So wie Konzeptionelles und Inhaltliches in Zeiten vor einer Wahl abgehandelt werden, wird man sagen müssen, daß die eigentlichen Souveräne dieser Wahlzeit, nämlich die wählenden Bürger, von den Kandidaten im allgemeinen gar nicht so genau erfahren, was die eigentlichen Streitobjekte sind. Man streitet über den Euro, die Steuerreform, die Rentenreform und andere konkrete Themen, ohne daß sich damit viele Bürger im Kern ihrer Sorgen und Überlegungen genau genug angesprochen fühlen.

Das geschieht in einer Zeit, in der die Erwerbsarbeit aus strukturell und konjunkturell nur sehr bedingt beeinflussbaren Gründen stark zurückgeht; in einer Gesellschaft, in der die Erwerbsarbeit weit über die private Lebensversorgung hinaus zugleich Kennzeichen des Bürgers in unserer Demokratie ist. Deshalb fühlen sich viele Menschen ausgeschlossen und stellen sich die Frage, wieweit sie als Bürger noch willkommen sind und aktiv sein können.

Solche Fragen werden im Wahlkampf kaum artikuliert. Um so mehr dürfen wir hoffen, daß wir uns hier mit diesen Fragestellungen in ganzer Breite und Tiefe beschäftigen werden.

Lehmann-Grube

Ein Grußwort gehört sich, auch wenn ich, wie Sie, Herr von Weizsäcker, schon angedeutet haben, das Protokollarische ganz zurücknehmen will.

Wir befinden uns hier im sogenannten Ratsplenarsaal des Neuen Rathauses zu Leipzig. Der Rat der Stadt war zu den Zeiten, als er diesem Raum den Namen gab, nicht das Parlament - das war damals die Stadtverordnetenversammlung;-, sondern die Stadtregierung. Er hat sich in einer Zeit, als man mit der Selbstdarstellung noch nicht so zurückhaltend war wie heute, auf dem Bild, das Sie in diesem Saal sehen, verewigt.

Dieses Rathaus wurde gebaut, als sich Leipzig auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung befand. Ich darf in dieser Runde voraussetzen, daß Stichworte wie Buchstadt, Messestadt, Musikstadt, Gerichtsstadt hinlänglich bekannt sind. Leipzig war damals die viertgrößte Stadt im Reich und rangierte noch vor Köln. Im Jahre 1930 gab es im derzeitigen Stadtgebiet über 700.000 Einwohner; heute sind es noch 450.000.

Allein diese Daten markieren, daß die Stadt seit 1933 eine Periode von sechs Jahrzehnten des Niedergangs hinter sich hat. Ich beginne bewußt mit dem Jahre 1933, als die Nazis an die Macht kamen und in Deutschland und natürlich auch in Leipzig damit begannen, die wirtschaftlich wie kulturell überaus aktiven Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu vertreiben und die Hiergebliebenen schließlich ins Konzentrationslager zu schicken.

Nach 1989 hat sich Leipzig gefangen und befindet sich seitdem in einer mühsamen, aber auch aufregenden Phase des Wiederaufstiegs. Der äußere Eindruck mag täuschen; denn wir haben unser Ziel noch lange nicht erreicht. In manchen Stadtteilen und Vororten sehen Sie nach wie vor miserable Straßen, halb gesperrte Brücken und Häuser im schlechten Zustand. Was unter der Erde liegt, bleibt Gott sei Dank verborgen.

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, Sie hier nicht nur als Oberbürgermeister begrüßen, sondern auch an diesem Gesprächskreis teilnehmen zu dürfen. Denn das Thema treibt mich fast täglich um. Die Spaltung in unserer Gesellschaft, die wir mit allen Kräften zu überwinden versuchen, wird zunehmend überlagert von neuen, ganz andersartigen Spaltungen, welche die Entwicklung zusätzlich kompliziert machen. Ich erhoffe mir von der Tagung Hilfe und Einsicht, um politisch und in der praktischen Tätigkeit besser zurechtzukommen.

Riedmüller

Wir beginnen mit den Einführungsstatements von Herrn Biedenkopf, Herrn Huber und Herrn Bude, bevor wir in die Diskussion eintreten. Ich hoffe, daß wir dabei auch bis zu Lösungsvorschlägen vordringen und der Frage nachgehen: Was ist in die Politik umsetzbar?

Biedenkopf

Aus früheren Bergedorfer Gesprächen weiß ich, daß Einführungen nicht allzu lang sein und mehr der Sammlung von Gesichtspunkten dienen sollen, über die wir anschließend sprechen. Deshalb werde ich auch nicht den Versuch unternehmen, das Thema, das sich der Kreis für heute und morgen gestellt hat, auszuschöpfen. Ich werde mehr Hinweise auf das geben, was mir für den Gegenstand relevant erscheint.

Ich bin schon bei dem Thema "Wachsende Ungleichheiten - neue Spaltungen? Exklusion als Gefahr für die Bürgergesellschaft" an einigen Begriffen hängengeblieben. Zunächst: Für die Bürgergesellschaft kann Exklusion nur dann eine Gefahr sein, wenn wir bereits eine Bürgergesellschaft haben. Ich bin aber nicht so sicher, ob das schon zutrifft. Jedenfalls schiene es mir hilfreich, sich darüber zu verständigen, was unter dem Begriff "Bürgergesellschaft" zu verstehen ist. So wie sie unter dem Gesichtspunkt der civil society diskutiert wird - daher kommt ja der Begriff, jedenfalls seiner politischen Wirksamkeit nach;-;, wird sie vorgestellt als eine Gesellschaft, in der die Bürger erstens ein hohes Maß nicht nur an Freiheit, sondern auch an Eigenverantwortung wahrnehmen; zweitens die kleinen Lebenskreise - die Kommunen, die Stadtteile - aktivieren und drittens bewußt füreinander Verantwortung empfinden. Das heißt, die Bürgergesellschaft ist durch ein hohes Maß an personaler Verantwortungs- und Solidaritätsbereitschaft geprägt.

Wenn ich in Sachsen von personaler und, wie ich es genannt habe, horizontaler Solidarität spreche, stößt dies zum Teil auf Mißverständnisse, zum Teil auf offene Ablehnung; denn mit solchen Begriffen wird sofort der Verdacht verbunden, der Staat wolle sich aus der sozialen Vollversorgung der Bevölkerung zurückziehen. Ich habe das im Landtag mehrfach erlebt: Wenn man das Thema Solidarität anspricht, wird augenblicklich die umfassende Fürsorge oder Vorsorge des Staates für den einzelnen als Gegenentwurf ins Spiel gebracht. Das geht manchmal bis zu vormundschaftlichen Ausprägungen.

Wir müssen uns also, wenn wir über Exklusion und Bürgergesellschaft sprechen, darüber verständigen, von welchem Gesellschaftsbild wir ausgehen. Eine der wichtigsten Aussagen von Tony Blair vor der Wahl in Großbritannien war, er wolle mit seiner Politik dafür sorgen, daß die Menschen nicht ausgeschlossen werden, etwa wenn sie keine Arbeit mehr haben. Seine Vorstellung von "inclusion" ist - ich habe selbst mit ihm darüber gesprochen und auch seinen Minister für die Reform der Sozialsysteme, Frank Field, dazu befragt;-, daß der Arbeitsmarkt nicht der einzige und entscheidende Ort für "inclusion" sein darf.

Richard von Weizsäcker hat zu Recht erwähnt, daß die Erwerbsarbeit bei uns abnimmt, was bei wachsender Arbeitslosigkeit zu Exklusion führt. Das muß nicht notwendigerweise so sein, ist derzeit aber so. Wir haben in der Tat eine Gesellschaft aufgebaut, in deren Zentrum die Erwerbsarbeit steht, die nicht nur Einkommen und soziale Sicherheit vermittelt, sondern zugleich der wichtigste Ort sozialer Integration ist. Mit anderen Worten: Die Erwerbsarbeit ist die wichtigste Gemeinschaftsfunktion, die über die gesellschaftliche Positionierung des einzelnen entscheidet. Das heißt, die Arbeit definiert die gesellschaftliche Position und das Ansehen, liefert Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, schafft soziale Sicherheit und gewährt Einkommen. Sie ist außerdem der Ort sozialer Integration schlechthin.

Das gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo die Beschäftigungsquote bis 1990 etwas über 90 Prozent betrug. Das heißt, etwa mehr als 90 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis zu 65 Jahren ging einer erwerbsmäßigen Beschäftigung nach. Neben dem Arbeitsprozeß als dem Ort der sozialen Integration gab es de facto keine anderen relevanten Integrationsformen mit Ausnahme der politischen und in gewissem Umfang der Kirche. Es gab zwar ein Vereinsleben, das aber nicht so entwickelt war, wie man es in einer civil society erwartet. Es gab vor allem nur sehr geringe Möglichkeiten zu spontanen sozialen Integrationsprozessen.

Nun ist die Feststellung, daß der Umfang der Erwerbsarbeit zurückgeht, eine Sachverhaltsbeschreibung, aber keine Gesetzmäßigkeit. Sie muß nicht zurückgehen, bezogen auf die Zahl derer, die an ihr teilhaben können. Wesentliche Beschränkungen im Bereich des Arbeitsmarktes sind keineswegs naturgesetzlich, sondern hängen von gesellschaftlichen oder politischen Vorgaben ab. So ist die Entscheidung, daß die Arbeitseinkommen die sozialen Systeme finanzieren sollen, eine politische Entscheidung, zu der es Alternativen gibt. So wie wir es heute handhaben, führt dies dazu, daß die Arbeit mit sehr hohen Zusatzkosten belastet wird.

Die Reaktion der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren bestand darin, daß immer mehr Menschen diesen Kosten ausweichen, indem sie in der Schattenwirtschaft arbeiten. Darüber fehlen uns allerdings noch weitgehend empirische Daten. Insbesondere wissen wir nicht, wie sich diese Arbeitsverhältnisse mit dem ersten Arbeitsmarkt vernetzen. Ich will nur ein Beispiel nennen: Nachdem bei VW die Viertageweche eingeführt wurde, ist die Schattenökonomie im Großraum Wolfsburg nachhaltig expandiert, weil die Betroffenen nicht bereit waren, drei Tage in der Woche nichts zu tun. Sie haben zumindest versucht, diese Zeit mit anderen Aktivitäten zu füllen. Das heißt, die Lösung des Beschäftigungsproblems bei VW ging zum Teil zu Lasten des mittelständischen Handwerks. Diese Vernetzungen im Arbeitsmarkt sind noch kaum erforscht.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Wir haben in den letzten 30 Jahren in Deutschland ein Vorurteil gegen einfache Arbeit entwickelt, die bei uns nur ein geringes soziales Ansehen hat ganz im Unterschied etwa zu den Vereinigten Staaten, wo einfache Arbeit durchaus als Bestreben gewertet wird, selbst etwas für den eigenen Unterhalt zu tun. Bei uns dagegen werden im ersten Arbeitsmarkt relativ wenig einfache Dienstleistungen angeboten und so gut wie überhaupt nicht nachgefragt; dies geschieht in der Schattenwirtschaft.

Mit dem Ausbau der Sozialsysteme in Deutschland hat sich in unserer Bevölkerung mehr und mehr die Auffassung entwickelt, daß der Staat, der so viel an Steuern und Abgaben erhebt, auch verpflichtet sei, sich um diejenigen zu kümmern, die Hilfe brauchen. Auch für die vom Arbeitsprozeß Ausgeschlossenen wird in erster Linie Hilfe vom Staat erwartet. Natürlich gibt es nach wie vor viele karitative Organisationen; aber in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten eine beachtliche Verstaatlichung der "Caritas" stattgefunden.

Als weitere Ursache für das Phänomen, das hier als Exklusion bezeichnet wird, nenne ich die nachhaltige Individualisierung, die Mitte/Ende der 60er Jahre in Westdeutschland begann. Sehr vereinfacht kann man sagen: Die Bürgerfreiheit wird zunehmend als Selbstverwirklichung und nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Gemeinschaft verstanden. Parallel dazu findet eine vielfach beobachtete Funktionsentleerung der kleinen Lebenskreise statt: der Familie und der kleineren Gemeinschaften. Diese Entwicklung ist in den Städten wahrscheinlich weiter fortgeschritten als auf dem Lande.

Alles dies führt dazu, daß die kleineren Einheiten, die eine dauernde "inclusion" auch derer sicherstellen könnten, die nicht in den Arbeitsprozeß einbezogen sind, ihre Funktionskraft zumindest teilweise verlieren und im Hinblick auf die staatlichen Sozialsysteme auch nicht aktivieren.

Ich meine aber, man darf Ungleichheit nicht mit Spaltung gleichsetzen. Es gibt keine freie Gesellschaft der Gleichen. Eine Gesellschaft, die dem Bürger zwar Chancengleichheit gewährt, aber keine Ergebnisgleichheit anstrebt, hat unausweichlich Ungleichheiten zur Folge, die, wenn sie sehr groß werden, als Ungerechtigkeit empfunden werden können. Die Ungleichheiten lassen sich relativieren, beispielsweise durch ein progressives Steuersystem oder auch auf andere Weise. Wenn man bedenkt, daß etwa 40 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland überhaupt keine Lohn- und Einkommensteuern zahlen, weitere rund 40 Prozent dieses Personenkreises ungefähr 30 Prozent des Steueraufkommens erbringen und rund 20 Prozent die übrigen 70 Prozent, dann zeigt dies, daß Ungleichheiten im Einkommen zumindest relativiert werden. Ich meine damit nicht Steuerhinterziehung und dergleichen - das sind keine legalen, sondern illegale Handlungsweisen.

Man sollte also mit Begriffen wie "Ungleichheit" und "neue Spaltungen" behutsam umgehen. In Ostdeutschland wird die Ungleichheit sehr viel intensiver erlebt und deshalb mehr als Ungerechtigkeit empfunden als in Westdeutschland. Das hängt nicht zuletzt mit den Lebenserfahrungen der vergangenen 40 Jahre zusammen, als die Einkommensspreizung jedenfalls beim allergrößten Teil der Bevölkerung - nicht mehr als 1:3 bis 1:4 betrug, je nachdem, wie man die niedrigsten Einkommen definiert. Das Professoreneinkommen an der Leipziger Universität lag im Januar 1990 im Durchschnitt bei 2000 Ostmark; während eine Sekretärin zwischen 600 und 700 Ostmark verdiente. Das galt für die Kombinate und fast alle anderen Bereiche ebenso. Die inzwischen sehr große Einkommensdifferenzierung bedarf deshalb der nachhaltigen Erklärung, und wenn diese versagt, wird die Ungleichheit als Ungerechtigkeit empfunden. Hier besteht ein wichtiger Zusammenhang mit den Vorstellungen von der Gesellschaftsordnung.

Huber

Der Begriff "Exklusion" scheint zu einem neuen Signalwort für die Verwerfungen und Verschiebungen zu werden, die sich im Zeichen der "Globalisierung" in den europäischen Gesellschaften vollziehen. Wer von solcher Exklusion spricht, verbindet damit in aller Regel die Befürchtung, daß die Kohäsionskräfte der Gesellschaft schwinden, ja der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt in Frage gestellt wird.

Es handelt sich um ein europäisches Thema, wie der britische Premierminister Tony Blair bei seiner Rede vor der französischen Nationalversammlung unterstrichen hat. Er konnte dabei breiter Zustimmung sicher sein, wenn er vom "Kampf gegen alle Formen "sozialer Ausgrenzung" sprach.

Man sieht daran, daß der Begriff der Exklusion, für den ich als Übersetzung den Begriff der Ausgrenzung verwenden will, voraussetzungsreich und auf besondere Weise normativ besetzt ist. Diese normativen Voraussetzungen muß man nach meiner Auffassung zu klären versuchen, bevor man sich der Frage zuwendet, ob sich in Deutschland Ausgrenzungsprozesse vollziehen, die als Gefahr für die hoffentlich entstehende Bürgergesellschaft angesehen werden müssen, und vor allem, was im Blick auf solche Prozesse geschehen kann.

Deshalb will ich meine Überlegungen etwas grundsätzlicher ansetzen, als Sie vielleicht erwartet haben. Aber sie zielen auf die konkreten Erfahrungen und Problemstellungen, die Herr Biedenkopf genannt hat. Ich tue dies in fünf Thesen.

1. Die Kritik an sozialer Ausgrenzung setzt eine Kultur der Anerkennung voraus.

Die katholischen Bischöfe in den USA veröffentlichten im Jahr 1986 einen Hirtenbrief über die katholische Soziallehre und die US-amerikanische Wirtschaft, dem sie den Titel gaben: "Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle." In der Entwicklung der katholischen - aber nicht nur der katholischen - Soziallehre wurde dieser Hirtenbrief dadurch zum Meilenstein, daß er die überlieferten Vorstellungen von Gerechtigkeit weiterentwickelte.

Die auf Aristoteles zurückgehende Tradition unterscheidet bekanntlich zwei inhaltliche Aspekte der Gerechtigkeit, nämlich kommutative und distributive Gerechtigkeit. Die kommutative Gerechtigkeit geht von der Gleichheit der beteiligten Partner bei allen Vereinbarungen und Austauschverhältnissen aus; die distributive Gerechtigkeit handelt von der Zuteilung von Rechten und Möglichkeiten gemäß dem jeweils unterschiedlichen Status der Gesellschaftsglieder.

Diesen beiden Aspekten stellte der Hirtenbrief von 1986 die kontributive Gerechtigkeit als dritten Aspekt zur Seite. Diese bezieht sich darauf, daß jedes Gesellschaftsglied die Pflicht, aber auch das Recht hat, das Seine zum Wohl der Gesellschaft im Ganzen beizutragen. Aus dieser kontributiven - man könnte auch sagen: partizipatorischen - Dimension von Gerechtigkeit folgerten die katholischen Bischöfe in den USA damals: "Soziale Gerechtigkeit beinhaltet auch die Verpflichtung, wirtschaftliche und soziale Einrichtungen so zu organisieren, daß Menschen ihren Beitrag zur Gesellschaft in Freiheit und Würde im Bewußtsein der Wertschätzung ihrer Arbeit leisten können." Daran schloß sich die Feststellung an: "Wirtschaftliche Verhältnisse, die viele arbeitsfähige Menschen arbeitslos, unterbeschäftigt oder unter entwürdigenden Bedingungen arbeiten lassen, erfüllen die Anforderungen dieser drei Grundformen der Gerechtigkeit nicht."

Ich füge hinzu: Auch wenn man die Rolle von Erwerbsarbeit für die Identitätsfindung der menschlichen Person anders definieren muß, als sie in unserer Tradition definiert ist, gilt diese Aussage. Man hat also die Doppelaufgabe, Veränderungen in unserem Verständnis von Arbeit im Verhältnis von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und sozialer Arbeit im weitesten Sinne des Wortes zu berücksichtigen, aber trotzdem jeden Anschein zu vermeiden, als verharmlose man die Folgen und den Skandal einer hohen langfristigen Arbeitslosigkeit.

Wer ein solches kontributives Konzept von Gerechtigkeit betont, setzt ein anspruchsvolles Konzept der menschlichen Person voraus. Er rechnet damit, daß jeder Mensch um seiner Würde willen das Recht hat, seine Gaben zu entfalten, mit ihrer Hilfe sein Leben zu gestalten und seinen Beitrag zum gemeinen Besten zu leisten.

Diese Gerechtigkeitsvorstellung verbindet sich deshalb mit einer Vorstellung von menschlicher Freiheit, die ich im Begriff der kommunikativen und kooperativen Freiheit zu fassen versuche. Freiheit verwirklicht sich nicht einfach in der wechselseitigen Abgrenzung von Individuen - Individualisierung ist nicht alles, was über Freiheit zu sagen ist;-, sondern in ihrer Kommunikation und Kooperation. Der Freiheitsbegriff wird nicht zureichend verstanden, wenn er nur im Bann gegenwärtiger Individualisierungstendenzen betrachtet wird. Er wird vielmehr von problematischen Verkürzungen befreit, wenn er in seinen kommunikativen und kooperativen Dimensionen wahrgenommen wird. Dazu aber nötigt bereits der Gedanke, daß jeder, der Freiheit für sich selbst wahrnehmen will, auch dem anderen/der anderen dieselbe Freiheit zuzuerkennen bereit sein muß.

Freiheit beruht auf wechselseitiger Anerkennung; ein ernsthaftes Konzept der Freiheit wird deshalb am ehesten dort vertreten, wo der Gebrauch der eigenen Freiheit mit dem Respekt vor der Freiheit der anderen verbunden wird, wo auf diese Weise Freiheit und Verantwortung zusammen gesehen werden. Eine kommunitaristische Verschiebung des Freiheitsverständnisses führt nicht etwa zu einem schwächeren Begriff der Freiheit, sondern zu einem stärkeren.

In gesellschaftlichen Verhältnissen, die von dieser Grundüberzeugung bestimmt sind, bildet sich deshalb etwas aus, was ich als "Kultur der Anerkennung" bezeichnen will, die das normative Gegenmodell zu allen Vorgängen gesellschaftlicher Ausgrenzung bildet und in meinem Verständnis ein Grundelement dessen ist, was wir in einem normativen Verständnis "Bürgergesellschaft" nennen könnten.

2. Die Kultur der Anerkennung wird immer wieder durch eine Anthropologie der Ungleichheit gefährdet. Sie verweigert bestimmten Personengruppen die kontributive Gerechtigkeit.

In der Geschichte Deutschlands in unserem Jahrhundert herrschte die Kultur der Anerkennung, wie wir alle wissen, keineswegs unangefochten. Die sozialdarwinistische Vorstellung von einer Überlegenheit der Stärkeren wurde immer wieder zur Legitimation dafür benutzt, Schwächere von gesellschaftlichen Beteiligungsrechten auszuschließen. Die antisemitische Agitation des Nationalsozialismus und der Völkermord am europäischen Judentum und an anderen Gruppen sind die unvergleichbaren Auswirkungen einer zum Exzeß getriebenen Anthropologie der Ungleichheit. Sie beruhten auf der Vorstellung einer wesensmäßigen Überlegenheit der arischen Rasse und auf der Forderung nach Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung dessen, was man "rassische Reinheit" nannte.

Auch unter dem Deckmantel einer kommunistischen Gleichheitsideologie konnte sich faktisch eine Politik der Ausgrenzung vollziehen. Stalinistische Säuberungen beriefen sich darauf, daß Menschen, die sich der kommunistischen Ideologie und der stalinistischen Staatspraxis entzogen, damit auch ihre Rechtsstellung im Gemeinwesen verwirkt hatten.

Nach 1989 schließlich haben ethnische Homogenitätsvorstellungen in Europa in erschreckender Weise an Resonanz gewonnen und in der Vorstellung "ethnischer Säuberungen" eine zutiefst bedrückende Gestalt angenommen.

Ausgrenzungsideologien begegnen auch in akademischem Gewand. Überlegungen der utilitaristischen Philosophie beispielsweise zielen darauf, zwischen dem Menschen als einem Angehörigen der Spezies *Homo erectus* und der Person als zur Selbstbestimmung fähigem Wesen zu unterscheiden und denjenigen Menschen, die zu solcher Selbstbestimmung angeblich nicht in der Lage sind, Menschenwürde und Lebensrecht abzusprechen.

Die Beispiele ließen sich vermehren. In all solchen Vorstellungen und Praktiken regiert eine Anthropologie der Ungleichheit, die sich der Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen verweigert und bestimmten Gruppen die gesellschaftliche Teilhabe oder sogar das Lebensrecht vorenthalten will.

Ich möchte unter dem Stichwort der Exklusion diese Dimension des Problems mitgenannt haben, an die wir zunächst nicht denken, wenn wir an die über Erwerbsarbeit vermittelte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen denken. Ich erwähne sie deshalb, weil es sich um ein auch in Deutschland durchaus virulentes Problem handelt, wie ich noch zeigen werde.

Am Ende des 20. Jahrhunderts kann man mit guten Gründen sagen, daß die Auseinandersetzung mit der Anthropologie der Ungleichheit zu den Kernproblemen dieses Jahrhunderts gehört. Die Verpflichtung auf den Respekt vor der gleichen Würde aller Menschen ist deshalb kein abstraktes Prinzip, sondern sie ist aus leidvollen Erfahrungen erwachsen.

3. Es ist notwendig, zwischen intendierten und pragmatisch hingenommenen Exklusionen zu unterscheiden. Doch in ihren Auswirkungen können die als Nebenwirkung hingenommenen Abgrenzungen nicht minder gravierend sein, als die aus politischen oder ideologischen Gründen intendierten.

In Deutschland verstärken sich gegenwärtig die sozialen und wirtschaftlichen Diskrepanzen. Insofern vollziehen sich Exklusionsprozesse, die nicht unbedingt von den Akteuren intendiert sind. Sie sind sozusagen Nebenwirkungen der Standortpolitik. Aber auch im gegenwärtigen Deutschland gibt es ideologisch begründete Ausgrenzungen.

Insbesondere im Osten Deutschlands verfestigt sich gegenwärtig ein ideologisch fixierter Rechtsextremismus in großen Teilen der jungen Generation, der in hohem Maße beunruhigend ist. Die Verbote rechtsextremer Organisationen haben daran nichts geändert. Verstärkt bemühen sich vielmehr die Anhänger rechtsextremer Überzeugungen, in die Alltagskultur einzudringen, in ihr die Hegemonie zu übernehmen und Andersdenkende auszugrenzen. Offen und erfolgreich wird das Ziel proklamiert, "national befreite Zonen" zu schaffen. In manchen Fällen ist auch der Versuch erfolgreich, staatlich getragene Einrichtungen - zum Beispiel kommunale Jugendclubs - in die Hand zu nehmen und Andersdenkende mit Gewalt von ihnen auszuschließen.

Aus Brandenburg, auf das ich mich aus eigener Kenntnis beschränken will, gibt es beunruhigende Berichte darüber, daß auch gewaltsame Übergriffe hingenommen und nicht mit der nötigen Klarheit polizeilich verfolgt werden. Eine offene Debatte über das Ausmaß und die Ursachen rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen und bei ihren Eltern aber gilt als Standortgefährdung. Eine gezielte und aktive politische Behandlung des Themas ist deshalb nur schwer zu erreichen.

Bei dem Thema, das uns heute zusammenführt, wird man gewiß nicht in erster Linie an diese ideologisch motivierten Ausgrenzungen denken, die jedoch in der sozialen Situation gerade der neuen Bundesländer eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben. Und auch ihre Auswirkungen auf die politische Kultur im Lande sind gravierend.

Solche ideologischen Ausgrenzungen und die ihnen entsprechenden Handlungen verbinden sich in weiten Bereichen unserer Gesellschaft mit einer Mentalität der Gleichgültigkeit und des Wegschauens, die im Ergebnis derartigen Denkweisen zugute kommt. Diese Mentalität enthält die Botschaft: "Im Grunde hast du recht, aber du solltest nicht mit den Gesetzen in Konflikt kommen." Ähnlich beschreiben viele Untersuchungen das Verhältnis zwischen rechtsextremen Jugendlichen in den neuen Bundesländern und ihren Eltern: nicht etwa als einen Konflikt, sondern als die

Übereinstimmung in der Grundhaltung, nur mit dem elterlichen Rat: Gerade nicht mit den Gesetzen in Konflikt. Diese Art von Exklusion läßt sich ohne Zivilcourage, die Tugend der Bürgergesellschaft schlechthin, nicht eindämmen, geschweige denn überwinden.

Für gravierend halte ich in diesem Zusammenhang auch die Signale, die derzeit von der offiziellen Ausländerpolitik in unserem Lande ausgehen. Von der menschenrechtsorientierten Aufnahmebereitschaft, die in der Tat in hohem Maße quantitative Probleme mit sich geführt hat, hat sich die politische Grundorientierung in Deutschland immer stärker zu der Auffassung verschoben, daß die Begrenzung des Zuzugs und die Nutzung aller Möglichkeiten, den Aufenthalt zu beenden, die derzeit entscheidenden politischen Aufgaben seien. So sehr die Motive für diese Verschiebung zu würdigen sind, so nüchtern muß man aber auch die Auswirkungen sehen. Sie betreffen viele menschliche Einzelschicksale, wirken sich aber zugleich auch auf das politische Klima im Ganzen aus.

Wenn die derzeit diskutierten neuerlichen Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz in Berlin von politisch verantwortlicher Seite mit der Aussage angepriesen werden, auf dieser Grundlage könne allein in Berlin 40.000 Menschen die Sozialhilfe gänzlich entzogen und dadurch eine jährliche Einsparung von einer halben Milliarde Mark erreicht werden, dann geht das nicht nur an allem vorbei, was man realistischerweise durch eine solche Änderung erwarten kann. Es ist in sich selbst die Sprache der Exklusion, die hier gesprochen wird.

4. Ausgeschlossen ; durch eine "Politik der Kaltstellung". Arbeitslosigkeit und Frühverrentung vermitteln das Gefuuhl, "nicht gebraucht zu werden".

Bude

Ich will zunächst wie mein Vorredner etwas zum Begriff Exklusion sagen. Wenn wir den Begriff verwenden, nehmen wir offenbar einen Wahrnehmungswechsel vor von oben/ unten zu drinnen/draußen. Beim Ungleichheitsbegriff stehen Prozesse des Auf- und Abstiegs im Zentrum, beim Exklusionsbegriff Prozesse der Ausgrenzung und der Verelendung. Es geht um Phänomene des Herausfallens aus den gesellschaftlichen Tätigkeitsformen, des Abkoppelns von den dominanten Reproduktionskreisen, des Kontaktverlustes zu den verschiedenen Anerkennungssystemen und der Resignation und Gleichgültigkeit in bezug auf die formgebenden Zivilisationsleistungen des einzelnen.

Wir müssen es sagen: Es geht um Ordnung, Sauberkeit und Selbstdarstellung. Man denkt sofort an Bilder von Obdachlosigkeit, Jugenddelinquenz, Straßenkriminalität und die diversen Formen des vielleicht nicht illegalen, aber doch informellen Kleinhandels, den Sie heute bei jedem Gaststättenbesuch gewärtigen.

Dies geschieht in einer Zeit von Grenzöffnungen für Kapital, Informationen und Arbeitskräfte, von Privatisierungen öffentlicher Unternehmen, von Deregulierung der industriellen Beziehungen und der damit einhergehenden Instabilität von Produktionsmärkten und der Unsicherheit von Arbeitsmärkten - jedenfalls gemessen an dem goldenen Vierteljahrhundert nach dem zweiten Weltkrieg.

Die Fragen, die uns beschäftigen, lauten also: Nehmen die Phänomene von Exklusion in diesem Sinne zu? Werden die Prozesse unausweichlicher? Sind immer mehr Menschen davon betroffen? Wie geht die gesellschaftliche Mehrheitsklasse, um den Begriff von Ralf Dahrendorf aufzunehmen, damit um? Und was bedeutet dies alles für die großen Integrationsideen unserer Gesellschaft?

Diese Diskussion ist in Deutschland vergleichsweise jung, und die damit zusammenhängenden Fragen sind ziemlich neu. In den USA, in Großbritannien und in Frankreich gibt es diese Debatten seit langem. Man kann dort deshalb auf entsprechende sozialwissenschaftliche wie auch öffentliche Begriffe zurückgreifen, um die Probleme zu beschreiben. In den USA und in Großbritannien geht es um den Begriff der "underclass", der Unterklasse, der aus der gesellschaftlichen Selbstthematisierung nie verschwunden ist. Dafür sind die Traditionen des britischen Kolonialismus und des amerikanischen Segregationismus verantwortlich.

Allerdings bestehen gewisse Unterschiede in der Bedeutung des Begriffs. In Großbritannien ist die Wahrnehmung der Existenz einer Unterklasse zumindest seit der Errichtung des britischen Wohlfahrtsstaates auf die Vorstellung einer voll ausgebildeten "citizenship" bezogen, was die Bedingungen rechtlicher, politischer und sozialer Teilnahme betrifft. Die Unterklasse entsteht nach diesem Verständnis aus ungerechtfertigten Partizipationssperren, die sich besonders für die Einwanderer aus dem Commonwealth in subtilen Formen politischer, sozialer und ökonomischer Apartheid zeigen.

Es waren Beveridge, Marshall und andere, die die kämpferische Rhetorik des Klassenkonflikts durch die Inklusion der "citizenship" ersetzten und damit den Begriff der Unterklasse normativ aufluden: Es handelt sich um diejenigen, die trotz der Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates durchs Raster fallen.

In den USA steht als Meßlatte hinter dem Unterklassenbegriff die meritokratische Mittelklassenkultur des verdienten Lebens und des erworbenen Besitzes. Das ist etwas anderes. Das Ghetto ist sozusagen das Gegenbild zur Vorstadtgemeinde. Der lethargische schwarze Mann oder die von "welfare" lebenden jungen schwarzen Mütter, die sich von verschiedenen Männern Kinder machen lassen, das sind sozusagen die Schreckgespenste für den weißen Statussucher und Pyramidenkletterer, der die Werte der Familie und seines Landes hochhält. Von daher wird verständlich, daß die amerikanischen Untersuchungen zur Unterklasse - und zwar in rechter wie in linker Variante - sich um normative Verirrung durch wohlfahrtsstaatliche Abhängigkeit kümmern.

Die Frage, die dahintersteht, lautet: Wie kommt es in dem Land, in dem jeder sein Glück machen kann, zu diesen, auf bestimmte Räume und Gruppen konzentrierten Prozessen der Benachteiligung? Der amerikanische Begriff der Unterklasse zeugt von der unverminderten Bedeutung der zugeschriebenen Merkmale von Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit und religiöser Herkunft für die Lebenschancen und das Lebensschicksal des einzelnen. Das ist natürlich ein Skandal im Glaubenssystem des liberalen Individualismus.

In Frankreich sind die Ausgeschlossenen, "les exclus", die Parias der Nation. Der französische Exklusionsbegriff ist auf die Vorstellung einer zentralen politischen Macht bezogen, die von neuen "gefährlichen Klassen" in Frage gestellt wird. Der hymnische Republikanismus der französischen Tradition mit seiner eigentümlichen Verbindung aus kultureller Mission und nationalem Integrationspathos kann von seiner traditionellen Bestimmung her massenhafte Exklusion nicht dulden. Kopftuchaffären, noch mehr als Vorstadtkrawalle, schlagen sich daher in erregten nationalen Debatten nieder. Die republikanische Synthese ist in Gefahr.

Während also der angelsächsische Begriff der Unterklasse systematische Benachteiligungen aufgrund einer Stigmatisierung wegen angeborener oder zugeschriebener Merkmale von Aussehen, Zugehörigkeit oder Überzeugung zum Thema macht, verbindet sich mit dem Exklusionsbegriff in Frankreich die Vorstellung von Einschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabe, die mit dem Mangel des Französischseins, was Kultur, Bildung und Lebensart angeht, zusammenhängen. Es sind also ganz unterschiedliche Konnotationen, die sich mit diesen Begriffen verbinden.

Daran sieht man, daß die Vorstellung einer Gefährdung unserer Gesellschaft durch Exklusion - diesen Begriff jetzt in einem allgemeineren Sinne gebraucht - etwas mit nationalen Traditionen des Selbstverständnisses zu tun hat und daß der Resonanzboden dieser Vorstellungen in der Mehrheitsklasse liegt. Wir müssen demnach, wenn wir über das Problematischerwerden des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Phänomene der Exklusion sprechen, von der Situation der hegemonialen Mittelklasse ausgehen.

Bevor ich etwas zur spezifisch deutschen Problematik sage, möchte ich daher die Frage aufwerfen, auf welche gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge die fühlbare Aktualität des Exklusionsthemas zurückgeht. Dazu muß man wohl etwas zu dem neuen ökonomischen Regime des von manchen als flexibel bezeichneten Kapitalismus sagen oder zu der Phase des Übergangs, in der wir uns augenscheinlich befinden.

Der kürzlich verstorbene politische Ökonom Mancur Olson hat in einem Aufsatz aus den frühen 60er Jahren auf die paradoxe Wirkung eines rapiden ökonomischen Wachstums hingewiesen. Olsons These ist, daß ökonomische Wachstumsschübe keineswegs allen oder auch nur den meisten Teilnehmern einer Volkswirtschaft zugute kommen. Im Gegenteil, wenige gewinnen, und viele verlieren.

So schafft ein technologischer Sprung nach vom eine neue Chancenstruktur, was die Verteilung zwischen neuen Schlüsselindustrien und alten Standardindustrien, was die Bewertung verschiedener Typen produktiver Arbeit und was die geographische Konfiguration von Produktionsstandorten betrifft. Der dem Wachstum inhärente Wandel erscheint als destabilisierende Kraft, weil er dramatische Verwerfungen im sozialen Gefüge mit sich bringt.

Das zeigt sich im Auftreten von zwei neuen Klassen: den neuen Reichen und den neuen Armen. Auf der einen Seite finden wir eine Konzentration spezifischer Gewinner, die die veränderten Strukturen in Produktion, Marketing und Management für sich zu nutzen wissen: Firmengründer, Organisationspezialisten, Kapitalbeschaffer und Produktinnovateure. Sie bilden womöglich eine neue

Formation wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht. Jedenfalls entfalten sie ihren Einfluß auf die politische Macht und suchen die Zusammensetzung von innovativem Kapitalismus, ausgleichendem Staat und politischer Demokratie in ihrem Sinne zu verändern.

Auf der anderen Seite sehen wir eine überraschend große Anzahl neuer Armer, die viel empfindlicher und erregter auf ihre Um- und Zurücksetzung und auf ihre relative Verarmung reagieren als die, die sowieso nichts anderes gekannt und erwartet haben. Es geht um Formen gesellschaftlicher Deklassierung durch rapiden ökonomischen Wandel, die diejenigen treffen, deren Position durch eine bestehende soziale und politische Ordnung garantiert zu sein schien. Es gibt so etwas wie eine Querkategorie von Freigesetzten und Aussortierten, die nicht gleich in der Gosse landen, sich aber durch die Reorganisation von Abteilungen, neue Vorgesetzte und andere Aufgaben getroffen und verwundet fühlen. Gerade erworbene Firmenanteile werden wieder abgestoßen, feste Hierarchien aufgelöst und ganze Betriebseinheiten geschlossen. Das ist offenbar in solchen Phasen rapiden ökonomischen Wandels eine weitverbreitete Erfahrung.

Das Niederdrückende an solchen Erfahrungen besteht in der Aushöhlung der moralischen Ökonomie der Arbeitsgesellschaft. Weder individuelle Leistung noch kollektive Anrechte zahlen sich nämlich in Erwartungskontinuität aus. So diffundiert in weite Bereiche der Mehrheitsklasse der einst lebenslang Beschäftigten und Vollversicherten ein Gefühl schwindender Kontrolle über die eigene Existenz. Jeder kennt jemanden, der sich um Weiterbildung bemüht, Einsatzbereitschaft demonstriert und Wohlverhalten an den Tag gelegt hat und der trotzdem plötzlich nicht mehr gebraucht wurde. "Falling from grace" hat Katherine Newman ihre klassische Untersuchung über Abstiegs- und Verlustprozesse in der amerikanischen Mittelklasse schon Mitte der 80er Jahre genannt. C. Wright Mills hat seinen Begriff der Statuspanik auf solche Prozesse bezogen.

Was für Olson Anfang der 60er Jahre ein Phänomen von Aufholgesellschaften in der Phase des ökonomischen Take-offs war, scheint sich heute in globalem Maßstab abzuspielen. Die paradoxen Effekte rapiden ökonomischen Wachstums lassen sich gegenwärtig an Krisen der Anpassung der klassischen nationalen Ökonomien an einen globalisierten Güter-, Arbeits- und Kapitalmarkt studieren. Branchen, die sich mit internationaler Billigkonkurrenz auseinandersetzen müssen, stehen solche Branchen gegenüber, die sich in einem qualitativen Innovationswettbewerb ohne direkte Arbeitskostenkonkurrenz befinden. Doch in jedem Fall setzen globalisierte Effizienz und Innovationsstandards nationale Sicherungs- und Umverteilungssysteme unter Druck. Das scheint eine allgemeine internationale Situation zu sein.

Nach der Verzögerung durch den Vereinigungsboom hat diese Entwicklung auch die neue Bundesrepublik erreicht. Die vereinte Nation erfährt sich plötzlich als labiles Subzentrum einer weltweiten Marktwirtschaft, was unübersichtliche Deklassierungsprozesse zur Folge hat. Bei der zunehmenden Finanzorientierung der Wirtschaft gibt es eine gewisse Präferenz für Kostenrationalität, die als magischer Investitionsindikator gilt.

Es kommt aber noch ein Zweites hinzu: Die klassischen Volkswirtschaften, besonders Europas, befinden sich offensichtlich im Übergang von einem industriellen zu einem postindustriellen Entwicklungsmuster. Damit meine ich nicht in erster Linie das Aufkommen einer Dienstleistungsökonomie, sondern den merkwürdigen Sachverhalt, daß eine negative, um nicht zu sagen: inverse Beziehung zwischen Produktivitätssteigerung und Beschäftigungsentwicklung besteht. Die Formel vom "Wachstum ohne Beschäftigung" bringt dies nur unzureichend zum Ausdruck. Industrielle Produktivitätssteigerung schlägt sich seit Anfang der 90er Jahre nicht mehr in verstärkter Beschäftigungsnachfrage nieder. Im Gegenteil, Länder und Industrien mit geringerer Produktivitätssteigerung entfalten größere Nachfrage nach Arbeitskräften als solche mit höherer Produktivitätssteigerung.

Am günstigsten ist natürlich die Mischung beider Komponenten, was in den USA der Fall zu sein scheint.

Ich lasse Überlegungen über die möglichen Ursachen dieses Umstands auf sich beruhen, um auf eine Wirkung für die gesellschaftliche Erfahrungsbildung hinzuweisen. Es war in der Phase des intensiven industriellen Wachstums leicht, Arbeitskräfte von niederen produktiven zu höher produktiven Bereichen zu transferieren. Aber der umgekehrte Weg fällt heute ziemlich schwer. Wer sich einmal als Arbeiterelite in der Autoindustrie gefühlt hat, mag sich jetzt nicht als Monteur in einer Autowaschanlage verdingen.

Das hat für die Lebensführung und die Lebensauffassung der Leute erhebliche Konsequenzen. Konnten sich die Generationen in der entwickelten Ökonomie auf einer Linie des Wechsels zu den

immer fortgeschritteneren Wirtschaftssektoren begreifen - klassisch natürlich der Wechsel vom ersten zum zweiten Sektor;- , ist nunmehr von einer Generation zur nächsten ein Wechsel von der Industrie in den Dienstleistungssektor und da von einem Vollzeit- zu einem Teilzeitarbeitsplatz möglich und sogar wahrscheinlich.

Das Wichtige ist, daß es sich dabei um erfahrbare Diskontinuitäten in Familiengeschichten handelt, die nichts mit Kriegen oder Revolutionen zu tun haben, sondern mit einer endogenen Entwicklung der Ökonomie selbst. Das macht die Sache schwieriger, als wenn man sagen kann: Ein Gesellschaftssystem ist zusammengebrochen.

Noch ein dritter Punkt, der für die gesellschaftliche Wahrnehmung von Exklusion wichtig ist: Das ist die Entwicklung in den Städten. Von der amerikanischen Stadtsoziologin Saskia Sassen stammt ein Szenarium für die Stadt der Zukunft, das von neuen Kämpfen in der städtischen Gesellschaft und im städtischen Raum berichtet. Die neuen Metropolen des Weltmarkts sind ihrer Ansicht nach lebendige, aber in sich gesplante Gebilde. So hat die Expansion des finanzindustriellen Komplexes nicht nur Beschäftigungsmöglichkeiten für hochqualifizierte und hochbezahlte Fachleute, sondern gleichzeitig für niedrig bezahltes und unqualifiziertes Personal geschaffen. Das System der Broker, Investmentbanker, EDV-Spezialisten, Immobilienhändler und Versicherungsexperten kann nur funktionieren, wenn es eine Menge Leute gibt, die aufräumen, instand halten, saubermachen und sichern.

Was beiden Gruppen gemeinsam ist, sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Chancen an Risiken binden. Deshalb lockt die Stadt nicht nur junge alleinstehende Erwerbstätige an, die mit der Tugend der Orientierungslosigkeit spielen, sondern vor allem Arbeitsmigranten, die zu einer Kultur des Zufälligen verdammt sind. Die Global City - das ist der Ausdruck von Saskia Sassen - ist durch eine Polarisierung der Lebensweisen gekennzeichnet: auf der einen Seite die Bewohner aus der Headquarter Economy mit ihren Interessen an gehobenen Konsumwünschen und auf der anderen Seite die Ansammlung derer, die sich mit kleinen Diensten zufriedengeben müssen.

Dazwischen wird der Raum leerer, weil die einst tragenden Mittelschichten sich spätestens nach der Geburt des zweiten Kindes in die Vorstädte und ins Umland zurückziehen. Wir haben also eine sich polarisierende Stadtlandschaft, aus der sich die Mitte zurückzieht. Das läßt sich an der neuen Weise, wie über Berlin geredet wird, gut studieren. Es gibt einen Diskurs über Berlin, bei dem sehr viel von Verslumung und gleichzeitig von ostentativem Konsum die Rede ist. Das ist offenbar das Lebensgefühl vieler in der deutschen Hauptstadt.

Diese drei Entwicklungen - das gleichzeitige Auftreten der neuen Reichen und der neuen Armen; die dramatischen Diskontinuitäten der Berufsbiographien, nicht im Leben des einzelnen, sondern, was vielleicht noch wichtiger ist, in der Generationenfolge; und die Polarisierung des städtischen Lebens - sensibilisieren die Wahrnehmung für Exklusion. Was aber noch entscheidender ist: Sie machen Formen von Exklusionserfahrungen möglich, die im Prinzip jeden treffen können. Sie sind nicht auf bestimmte Problemgruppen beschränkt - die illegalen Immigranten, die entbehrlichen Berufe, die arbeitslosen Jugendlichen oder die unvermittelbaren Langzeitarbeitslosen;- , sondern betreffen immer mehr die Mehrheitsklasse unserer Gesellschaft.

Der vorherrschende Typ gefürchteter Exklusion ist die Erfahrung der Überflüssigkeit. Mir scheint das ein Begriff zu sein, der die deutsche Situation im Augenblick recht gut charakterisiert. Wenn man den Begriff der Überflüssigen und die Produktion von Überflüssigem in den Blick nimmt, hat man es mit einem gewissen semantischen Aspekt zu tun, auf den ich nur kurz hinweisen will. Sie kennen alle den überflüssigen Menschen aus der russischen Literatur des 19. Jahrhunderts: die Figur des Fürsten Oblomow, der sich in romantischer Nichtsnutzigkeit einem eindimensionalen Modernisierungsprozeß entgestellt.

Biedenkopf

Er brauchte nicht zu arbeiten!

Bude

[Forts.] Richtig; er brauchte auch nicht zu arbeiten.

Die humanistischen Gesellschaftsexperimente des 20. Jahrhunderts haben Überflüssigkeit in der Regel zu einer sozialmoralischen Kategorie gemacht - die "Arbeitsscheuen" und zu einem Vernichtungsgrund: die "Jüdischen Schädlinge" oder die "antisowjetischen Elemente". Das sind auch Konnotationen von Überflüssigkeit.

Im "Kapitalismus ohne Reservearmee", wie Burkart Lutz gesagt hat, hatte sich das Problem nach dem zweiten Weltkrieg erübrigt, kehrt aber heute - und das ist der wichtige Punkt in der Semantik des Begriffs - als betriebswirtschaftlicher Kostenbegriff wieder. Überflüssigkeit hat jetzt nichts mehr mit normativen Kriterien zu tun, sondern ist ein Kostenbegriff. Wer überflüssig geworden ist, dem wird gesagt: "Es geht um eine Umstrukturierung unseres Betriebes; ich habe nichts gegen Sie persönlich, das ist keine Minderwertung Ihrer Arbeit; aber es gibt eine Reorganisation, die Ihre Position überflüssig macht."

Den entscheidenden Punkt dabei sehe ich darin, daß Arbeit nicht mehr eine Wert- und Protestkategorie ist. Der klassische Arbeiter des Industriezeitalters konnte selbst in der Erfahrung seiner Arbeitslosigkeit auf die Nützlichkeit seiner Arbeit verweisen, die im Prinzip bestand. Das aus der Arbeiterbewegung stammende Konzept der industriellen Reservearmee konnte sagen: Wir sind nur arm, damit andere reich sein können.

Das gilt heute nicht mehr. Vielmehr belastet die Armut des einzelnen über die Sicherungssysteme alle. Armut ist eine Belastungskategorie, und Arbeit ist zu einem Kostenfaktor geworden, und zwar in der gesellschaftlichen Selbstthematisierung, nicht nur in einem ökonomischen Beschreibungssystem. Arbeit ist nicht mehr der große Integrator, sondern eine Quelle von Desintegration. Die dabei als Legitimationsgrundlage in Anspruch genommene Vorstellung eines Regimes globalisierter Effizienz und Innovation macht Überflüssigkeit in gewisser Hinsicht normal. Es gibt, wenn man sich einmal auf diese Art der Selbstbeschreibung unserer Gesellschaft einläßt, keine verlässlichen Orte mehr und keine unentbehrlichen Positionen.

Wenn das so ist, dann müssen wir uns das Phänomen von Überflüssigkeit genauer ansehen und mehr Klarheit darüber gewinnen, wie jemand überflüssig wird. Dabei sind die Überflüssigen eine außerordentlich fluide Masse, die sich der Festlegung auf eine Gruppendefinition entziehen. Es handelt sich nicht um einen Positions-, sondern um einen Prozeßbegriff.

Bei den Prozessen des Überflüssigwerdens kommen offenbar vier Komponenten ins Spiel, die aufeinander bezogen sind: bestimmte Erfahrungen mit der Arbeit, mit der Familie, mit Institutionen und mit dem Körper.

Die Erfahrung längerer Erfolglosigkeit bei dem Versuch des Wiedereintritts in das Beschäftigungssystem ist oft eine Ausgangslage für den Weg in die Überflüssigkeit. Es kann aber auch das Scheitern in einer Alternativrolle sein, wenn man etwa nicht damit zu Rande kommt, Ehrenarbeit leisten zu sollen.

Zweitens kann wichtig sein, daß die Familie auf die Erfahrungen der Beschäftigungslosigkeit nicht restabilisierend wirkt, sondern noch verwundbarer wird. Das läßt sich an Karrieren in die Überflüssigkeit sehr gut studieren.

Wenn dann drittens noch eine negative, beschämende Erfahrung mit den Institutionen, die Arbeitslosigkeit und Armut betreuen, hinzukommt, wird die Situation für den Betroffenen noch komplizierter.

Ein vierter Punkt schließlich kann der Einstieg in eine Sucht sein.

Wenn diese vier Komponenten zusammenkommen, scheint der Weg in die Überflüssigkeit unausweichlich zu werden.

Von daher ist es meiner Ansicht nach sinnvoll, drei Populationen zu unterscheiden: die Arbeitslosen, die Armen und die Überflüssigen. Man kann arbeitslos sein und sich überhaupt nicht überflüssig fühlen; man kann arm sein und sich nicht überflüssig fühlen. Es bedarf offenbar einer bestimmten dramatischen Kumulation von Tatbeständen, um in den Zustand, sich überflüssig zu fühlen, zu gelangen.

Wir haben in Deutschland keine Ghettos, in denen sich Zyklen der Benachteiligung konzentrieren. Es gibt bei uns keine Vorstädte, wo sich "gefährliche neue Klassen" das Terrain teilen. Es gibt auch nur sehr wenige zurückgebliebene Gebiete, wo die Halbtoten der Industriegesellschaft dahinvegetieren, wie das etwa in Wales der Fall ist. Deshalb sind die Begriffe wie "underclass" und "exclusion" bei uns lange Zeit nicht relevant gewesen. Trotzdem ist der deutsche Fall besonders interessant, weil man hier die prekären Mischungen aus Inklusion und Exklusion an Einzelfällen studieren kann, wie man aus der Gesellschaft herausfallen und trotzdem in ihr bleiben kann, aber von einem bestimmten Punkt immer stärker in Gefahr gerät, tatsächlich herauszufallen.

Darüber müssen wir sicher noch mehr wissen, damit wir nicht in einen sozialpolitischen Aktionismus verfallen, der neue Beschäftigungs- und Förderungsprogramme installiert, aber an das eigentliche Problem der Entstehung von Überflüssigkeit nicht herankommt. Das Hauptproblem ist: Wenn in der Mehrheitsklasse steigende Exklusion wahrgenommen wird, dann stellt sich die Frage: Wie steht es um die Integrationsidee unserer Gesellschaft, die diese Erfahrung thematisierbar und deutbar macht?

Die beiden großen Integrationsideen der alten Bundesrepublik haben sich offenbar überlebt. Zum einen die "Schicksalsgemeinschaft" nach dem Zweiten Weltkrieg - der Ausdruck stammt von Helmut Schelsky. Das war eine Gesellschaft des Weitermachens und des Wegduckens, wo nicht Stände und Klassen, sondern Kategorien der Betroffenheit wie Vertreibung, Flucht und Gefangenschaft die Verhältnisse bestimmten.

Die zweite Integrationsidee ab Mitte der 60er Jahre war, wie es Rainer M. Lepsius genannt hat, das Modell der "Arbeitnehmergesellschaft", in der sich ein universalistisch begründetes Anrechtssystem mit einer kapitalistischen Angebotswelt harmonisierte - ein großes Modell, das quasi den sozialdemokratischen Drive in allen unseren Volksparteien bestimmt hat. Allerdings war - Herr Biedenkopf hat darauf hingewiesen - diese Arbeitnehmergesellschaft mit grundsätzlichen Normalitätsfiktionen behaftet, besonders was die Beschäftigungsverhältnisse des Arbeitsbürgers und die Anrechte des Sozialbürgers betrifft.

Wir stehen heute vor der Notwendigkeit, eine neue Integrationsidee für die Bundesrepublik zu erfinden. Das ist noch nicht gelungen, und ich sehe darin eine immense politische Aufgabe. Wir brauchen eine neue Formel für die Bundesrepublik. Interessanterweise wird selbst von Grünen mittlerweile das Modell des "rheinischen Kapitalismus" hochgehalten. Ich halte das für den falschen Weg; denn auch der "rheinische Kapitalismus" hat ausgedient. Ich selbst befürworte eine Art experimentellen Kapitalismus, wohl wissend, daß diese Formel nicht mehrheitsfähig ist. Gemeint sind andere Formen des Umgangs mit Anrechten und Optionen, mit Möglichkeiten und Risiken und auch mit Vergangenheit und Zukunft. Vielleicht wäre dies ein Leitbild, um in der schwierigen Frage, die Bundesrepublik neu zu erfinden, ein wenig weiterzukommen.

Riedmüller

Alle drei Eingangsstatements waren sehr vorsichtig mit Entwicklungsbeschreibungen; aber wir haben genügend Stoff, um uns mit der Diagnose zu beschäftigen. Ich möchte vor allem die Praktiker auffordern, sich nicht von einer hier anklingenden akademischen Diskussion abschrecken zu lassen. Frau Klages, Frau Feyler, Frau Kahl und Herr Haas haben ja ganz konkrete Erfahrungen in Bereichen, in denen Exklusion schon stattgefunden hat. Leider fehlen heute Vertreter der Wirtschaftspraxis, deren Rolle wir mit übernehmen sollten.

Pfeiffer

In den drei Einführungsstatements habe ich zwei Aspekte vermißt. Zum einen die geradezu Explosion des Reichtums. Der Begriff der Ungleichheit lebt nicht nur davon, daß man differenziert die Ausgrenzung der Armen beschreibt; seit 1987 hat sich nämlich laut Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von mehr als 10.000 DM im Monat allein bis 1993 verdreifacht. Sie dürfte sich dank des Aktienbooms und weiterer Faktoren inzwischen vervierfacht haben - und das in einer Zeit, in der sich die Armut verdoppelte.

Der zweite Aspekt betrifft die Einwanderung. Sie ist ein entscheidender Faktor für das, was wir wachsende Ungleichheit und Exklusion nennen. Ich will das am Beispiel der Aussiedler deutlich machen; man könnte genausogut die Ausländer nehmen, über die Herr Heitmeyer derzeit forscht. Ich beschränke mich auf diejenigen, die von vornherein Deutsche sind, bei denen also die gestrige Debatte des Deutschen Bundestages zum Thema Staatsangehörigkeit keine Rolle spielt.

Seit 1988 sind etwa zwei Millionen Menschen als Aussiedler zu uns gekommen. Zunächst konnten sie gut integriert werden und waren nicht ausgeschlossen. Sie waren "Einwanderer de luxe" auch in der Behandlung durch den Staat. Seit 1992 hat sich das radikal gewandelt. Obwohl in Bonn das Geld fehlt, hat man weiterhin große Zahlen von Aussiedlern ins Land geholt - vielleicht auch, weil man weiß, was Aussiedler wählen. Eine Bremer Studie hat untersucht, wie sich die Zusammensetzung der Sozialhilfeempfänger verändert hat. Früher waren 80 Prozent von ihnen "Altdeutsche", und 20 Prozent kamen von außen. Heute sind in Bremen nur noch gut 40 Prozent der Sozialhilfeempfänger "Altdeutsche", während die Aussiedler, die etwa 3 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen, mit knapp 30 Prozent vertreten sind.

Wie sieht die Situation bei den Straftätern aus? Wenn ich dies als Fieberkurve der Gesellschaft und als Hinweis auf mangelnde Integration nehme, muß ich feststellen: In Landkreisen von Niedersachsen, in denen es eine extreme Zuwanderung von Aussiedlern gab, hat sich seit 1990 die Gewaltkriminalität um 75 Prozent erhöht, in Landkreisen ohne jede Aussiedlerzuwanderung um 14 Prozent. Weil man noch zweifeln könnte, ob diese extremen Unterschiede tatsächlich den Aussiedlern zuzuordnen sind, hilft ein Blick in die Gefängnisstatistiken. In Baden-Württemberg wurde kürzlich festgestellt, daß 15 Prozent der Insassen der größten Jugendhaftanstalt Aussiedler sind - bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe von nur 4 Prozent.

In Nordrhein-Westfalen besuchen von allen Aussiedlern, die zur Schule gehen, nur 6 Prozent das Gymnasium, während es bei den „Altdeutschen“ 30 bis 40 Prozent sind. Zu 75 Prozent und mehr sammeln sie sich in den Hauptschulen, den eigentlichen Verliererschulen, wodurch die Chancen, beispielsweise eine Lehrstelle zu bekommen, in Konkurrenz zu Realschülern und Gymnasiasten denkbar schlecht sind.

In unserer Winner-Loser-Kultur sind also die Aussiedler - und natürlich die Ausländer aus den Nicht-EU-Staaten - eindeutig für die Rolle des Losers prädestiniert. Aufgrund der Fremdheitsaspekte, zu denen etwa das Machoverhalten der jungen Männer gehört, das sie von zu Hause kennen, und auch wegen ihrer Sprachschwierigkeiten - häufig werden sie von Einheimischen als "Russen" beschimpft, sind die Aussiedler in der Tat nicht leicht zu integrieren.

So kommt es, daß viele von ihnen auf Dauer ausgeschlossen bleiben und kaum daran glauben können, jeder von ihnen sei seines Glückes Schmied. Meine Sorge angesichts dieser Situation ist - das wage ich öffentlich gar nicht zu sagen;- , daß die russische Mafia bei den Zehntausenden arbeitsloser junger Männer, die perfekt Russisch sprechen, ein Rekrutierungspotential vorfindet, das uns in Zukunft erhebliche Probleme bereiten könnte.

Biedenkopf

Das ist schon jetzt der Fall.

Pfeiffer

Das sehe ich auch so; die Polizei berichtet bereits davon.

Bedeutet Ausschließung also gleichzeitig Gefährdung für die Gesellschaft? Eine gefährliche Drehung erfährt dieser Tatbestand, wenn wir Kriminologen versuchen, das Thema Kriminalität als Fieberkurve in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Dann tragen wir nämlich zur Stigmatisierung dieser Menschen bei, und für die 90 Prozent gesetzestreuen Aussiedler oder Ausländer wird es doppelt schwer, weil ihnen auch noch das Mißtrauen entgegenschlägt, daß sie Kriminelle oder potentielle Mafiosi seien.

Lehmann-Grube

Ich möchte mit Nachdruck unterstützen, was Herr Pfeiffer gesagt hat: Mir fehlt das Stichwort "Reichtum" in dieser Debatte. Ich frage durchaus fordernd: Wann bekommen wir als Korrelat zur Armutforschung eine Reichtumsforschung? Dies scheint mir deshalb erforderlich zu sein, weil Armut ein sehr relativer Begriff ist. Der bei der Bemessung der Sozialhilfe zugrunde gelegte Warenkorb etwa kann sich, ohne daß an ihm Veränderungen vorgenommen werden, in seiner Wertigkeit allein durch das Konsumverhalten und die Ansprüche der Reichen wesentlich ändern. Das heißt, der Maßstab für Armut und Reichtum unterliegt permanenten Veränderungen.

Ein Aspekt, der in Ostdeutschland verschärfend hinzukommt, ist die Tatsache, daß dort die Vorstellungen gegenüber der als zulässig und noch erträglich empfundenen Einkommensspreizung völlig andere sind als in Westdeutschland. Die Diskussion über eine neue Integrationsidee für die Bundesrepublik, wie Herr Bude es genannt hat, muß sich dieses Spannungsverhältnisses bewußt sein, wobei ich gar nicht weiß, ob es eigentlich zutrifft, daß die Integrationsideen, die nach 1945 entwickelt wurden, ihre Wirkungskraft verloren haben. Mein Eindruck ist vielmehr, daß sie als Soll-Vorstellungen durchaus noch vorhanden sind, aber keine Entsprechung mehr in der gesellschaftlichen Realität finden.

Meine Frage ist also: Brauchen wir tatsächlich eine neue Integrationsidee? Sind nicht die Integrationsideen aus den 50-er, 60-er und 70-er Jahren noch tragfähig, wenn wir dafür sorgen, daß sie endlich ihre Wirkungskraft entfalten? Auch für solche Fragen ist das Spannungsverhältnis zwischen Reichtum und Armut von besonderer Bedeutung.

Bäcker

Welche Beiträge hat die bundesdeutsche Armutsforschung zu diesem Themenkomplex bisher geleistet? Traditionellerweise richtet sie sich auf die Einkommensarmut als Schlüsselkategorie. Es stellt sich die Frage: Hat empirisch feststellbar in Deutschland - differenziert nach Westdeutschland und Ostdeutschland - die Einkommensarmut in den letzten Jahren zugenommen?

Das Ergebnis ist erstaunlich; denn die Messungen belegen in den letzten Jahren ein relativ stabiles, leicht ansteigendes Niveau der Einkommensarmut. Bisherig zumindest ist kein steiler Anstieg zu beobachten. Sie wird gemessen - über die Meßmethoden kann man natürlich lange streiten - am Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten mit einem Einkommen unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens lebt. Dabei kommt man in Deutschland auf eine Quote von ungefähr 11 Prozent. Sie hat sich in den letzten Jahren etwas erhöht, weist aber keinen dramatischen Anstieg auf.

Eine solche Quote stellt überdies stets nur eine Momentaufnahme dar. Der Statistiker spricht von einer Querschnittsbetrachtung. Wie sieht es aber im Längsschnitt aus? Trifft die Befürchtung zu, daß in Deutschland der Kreis derjenigen größer wird, die sich dauerhaft; in einer schlechten Einkommenssituation befinden? Die Antwort lautet: Die Dauer der Einkommensarmut ist noch nicht sehr ausgeprägt. Vielmehr zeigt sich ein hoher Grad an Fluktuation. Diejenigen, die lange - mehr als zwei oder drei Jahre - in Einkommensarmut bleiben, sind noch in der Minderheit und machen etwa 10 bis 15 Prozent aller Armen aus. Bei der Mehrheit der Armen zeigen sich große Schwankungen, auch wenn Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Einkommensschichten kaum festzustellen sind. Die Mehrheit der Armen bewegt sich knapp oberhalb und knapp unterhalb des Niveaus von 75 Prozent, und viele fallen auch wieder in die Armut zurück.

Diese Aussagen sind natürlich gruppenspezifisch zu differenzieren. Interessanterweise waren die Älteren in den letzten Jahren von Armut weniger betroffen. Wenn es in Deutschland eine gesellschaftliche Gruppe gibt, der es relativ gut geht, dann ist es die ältere Generation. Dagegen hat die Gruppe von Familien mit Rindern an Bedeutung stark zugenommen; Kinderarmut ist ein drängendes Problem. Eine dritte Gruppe bilden die Arbeitslosen und eine vierte die Zugewanderten. Letztere zählen, wie Herr Pfeiffer richtig sagte, in besonders hohem Maße zu den Armen.

Dangschat

Herr Bäcker hat Zahlen der Armutsforschung unter anderem aufgrund des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) genannt. Dabei haben alle Wissenschaftler, die diese Untersuchungen betreut haben, zu einer Zeit, als die Armut noch sehr gering war, daraufhingewiesen, daß die ermittelten Zahlen des SOEP ungeeignet seien, um damit die Armut zu analysieren. Der Einwand war, die Stichprobe enthalte so wenige Arme, daß die Zahlen hochgerechnet werden müßten und man sich dabei an Werten zu orientieren habe, die man aus anderen Umfragen gewonnen hatte. Deswegen halte ich die dort ermittelten Zahlen - das gilt auch für Langzeituntersuchungen von Sozialhilfeempfängern - zwar nicht für unwichtig, aber für völlig unzureichend. Es fehlt nämlich nicht nur an einer Reichtumsforschung in unserem Lande, sondern auch die Armutsberichterstattung müßte wesentlich intensiviert werden und sich an ganz anderem Zahlenmaterial orientieren.

Anderenfalls geschieht genau das, was den Bremer Armutsforschern widerfahren ist. Ihre Zahlen werden im Sinne einer relativen Entwarnung interpretiert. Wenn nur drei bis fünf Prozent von dauerhafter Armut betroffen sind - und nicht elf Prozent;-, dann liegt es gewissermaßen auch an den Betroffenen selbst, da wieder herauszukommen. Deshalb halte ich diese Art von Armutsforschung eher für verklärend als aufklärend, weil sie die Frage, die uns eigentlich umtreiben müßte, gar nicht in den Blick bringt: Wie ist es möglich, daß in einer so reichen Gesellschaft wie der unseren die Integrationssteuerung versagt und wir nicht nur Armut bei all dem Wohlstand antreffen, sondern, wie wir von Herrn Bude gehört haben, Armut durch die Art und Weise, wie wir Wohlstand erzeugen, geradezu entsteht. Ungleichheit ist gleichsam die Voraussetzung für Wachstum geworden.

Es ist schwierig, auf die Ausführungen von Herrn Biedenkopf zu reagieren, weil man genau darauf achten muß, wie die Interpretationen, die gegenwärtig von der Wissenschaft geliefert werden, bei bestimmten Entscheidungsträgern ankommen. Wir haben von Herrn Biedenkopf gehört, der deutschen Gesellschaft fehle angesichts der bestehenden Herausforderungen jenes Maß an civil society, über das die US-amerikanische Gesellschaft offensichtlich verfügt. Dabei bleibt stets außen vor, daß wir es in Amerika mit einer civil society zu tun haben, die lediglich 50 bis 60 Prozent der amerikanischen Bevölkerung einschließt, das heißt, zugleich 50 bis 40 Prozent ausgrenzt. Unser Problem ist: Weil die Solidaritäts"decke" nicht mehr reicht, um alle zu wärmen, machen wir sie kleiner.

Weil wir im Globalisierungswettbewerb schneller laufen müssen, wollen wir uns vom Marschgepäck befreien und grenzen zunehmend Gruppen aus, ganz systematisch und institutionell unterstützt.

Hier wurde zu Recht gesagt, daß die Integration in die Gesellschaft bei uns über den Arbeitsmarkt stattfindet. Wenn die Menschen dort herausfallen, müssen sie halt versuchen, eine andere Form von Beschäftigung zu finden. Bei solcher Argumentation wird unterschlagen, inwieweit die Politik selbst die Arbeitsmarktentwicklung beeinflusst. In der Phase hohen Wirtschaftswachstums wurden ausreichend Überschüsse erwirtschaftet, die die Politik in die Lage versetzten, die Bürger von allen möglichen unangenehmen Dingen im Sozialbereich zu entlasten: von Krankheit und Behinderung bis zu Bildung und Ausbildung. Dies ist jetzt nicht mehr in gleicher Weise wie früher möglich. Die Folge ist eine Entsolidarisierung mit dem Argument: Wir haben kein Geld mehr. Die Politik hat außer acht gelassen, woher die Gelder zur Finanzierung kommen sollen.

Nun sagt Herr Biedenkopf: Die progressive Besteuerung Sorge schon für eine Art ausgleichender Gerechtigkeit: 40 Prozent der Bürger zahlen überhaupt keine Steuern, weitere 40 Prozent tragen mit 30 Prozent zum Steueraufkommen bei, und die restlichen 20 Prozent der Steuerzahler bringen 70 Prozent an Steuern auf. Mit anderen Worten: Wir belasten doch diejenigen, die viel Geld haben.

Biedenkopf

Ich habe Informationen gegeben und keine Werturteile ausgesprochen.

Dangschat

Aber Sie wissen auch, daß Informationen bestimmte Interpretationen nach sich ziehen. Die Dinge sehen ganz anders aus, wenn Sie die Entwicklung der Lohn- und Einkommenssteuer im Vergleich zu den Unternehmenssteuern sehen - eine deutliche Verlagerung der Steuerlast auf die abhängig Beschäftigten und den Faktor Arbeit. Sie sagen, es sei ein Fehler, die Arbeit so stark zu belasten. Auch Sie kennen die Partei, welche die Unternehmen erheblich entlastet hat, um, wie es hieß, auf diese Weise den Arbeitsmarkt anzukurbeln, was linden keineswegs gelungen ist. Das heißt, Sachverhalt und Argumentationsrichtung klaffen auseinander, ein generelles Problem, auch in unserer Diskussion. Deshalb plädiere ich dafür, stärker bei der Interpretation der Ursachen anzusetzen.

Herr Bude sagt, wir hätten es mit einer neuen Armut zu tun, genauer: mit einer neuen Erscheinungsform von Armut, die jetzt auch Mitglieder einer Bildungsschicht erfassen, die dies bisher nie erfahren haben. Was ist daran so neu? Umfang und Reichweite der Armut mögen neu sein, aber die strukturellen Ursachen sind längst bekannt. Wenn sich der Wasserspiegel senkt, steigt die Zahl der Inseln, und die Inseln selbst werden größer. Es taucht nunmehr wieder etwas auf, was uns in 25 erfolgreichen Jahren verborgen geblieben ist. Neu ist wahrscheinlich nur unsere Erkenntnis über die Phänomene an der Oberfläche.

von Klaeden

Ich habe den Eindruck, daß für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben die Frage, ob man einer Sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgeht oder nicht, in der öffentlichen Diskussion bei weitem überbewertet wird. Es gibt durchaus Gruppen -jedenfalls in Westdeutschland;- die sich mit einem Einkommen aus den Sozialversicherungssystemen, kombiniert mit Schwarzarbeit, ganz gut eingerichtet haben. Ein Indiz dafür ist, daß man bestimmte Dienstleistungen am Markt kaum mit Erfolg nachfragen kann, wenn man sie legal bezahlen will. Ein weiteres Indiz ist, daß im Sommer etwa auf den Ostfriesischen Inseln die Arbeitslosigkeit weniger als ein Prozent beträgt, während sie auf dem gegenüberliegenden Festland bei 15 oder 20 Prozent liegt.

Was in der Tat deutlich wird, ist die zunehmende Benachteiligung junger Menschen. So weist die Sozialhilfestatistik aus, daß der Anteil Jüngerer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, ständig größer wird. Ein weiteres Beispiel ist die derzeitige Debatte über die Reform des Beamtenrechts. Während für ältere Beamte unter dem Stichwort "Vertrauensschutz" die Privilegien erhalten bleiben, sollen sie für diejenigen, die in den öffentlichen Dienst neu eintreten, entfallen. Zugleich wird aber die Finanzierung der Altprivilegien den Jungen aufgebürdet, die gewissermaßen doppelt belastet werden, weil sie für ein Mehr an Leistungen weniger bekommen.

Dieser Trend zeigt sich nicht nur beim öffentlichen Dienstrecht, sondern betrifft die Lastenverteilung in unserer Gesellschaft insgesamt.

Heitmeyer

Ich halte das Begriffspaar Inklusion-Exklusion für zu schematisch. Auch mit den Gegenüberstellungen oben-unten oder innen-außen, die Herr Bude nannte, werden meines Erachtens die Phänomene nicht differenziert genug erfaßt. Deshalb hänge ich immer noch an den Begriffen Integration-Desintegration im Sinne eines dynamischen Prozesses. Die Menschen sind nicht ruck, zuck draußen oder drinnen, sondern sie erfahren Veränderungen auch innerhalb ihrer Bezugsgruppen. Wir sprechen hier von relativer Deprivation, wenn sich Menschen zwar noch im System befinden, aber bereits absteigen, etwa in einen prekären Wohlstand und dergleichen geraten. Das heißt, sie sind schon auf Desintegrationskurs, auch wenn sie noch innerhalb des Systems sind. Deshalb sollten wir fragen, wie man zu einer anderen Definition im Hinblick auf den Zugang zu den Funktionssystemen, die Teilnahme an den Institutionen, Zugehörigkeitsformen überhaupt sowie Akzeptanzprobleme kommen kann.

Des weiteren sollten wir zwei Dinge auseinanderhalten. Einerseits Einzelthematiken wie Arbeit, Armut und so weiter; andererseits den Gesamtrahmen, das heißt die Mechanismen des Zusammenwirkens von Integration und Desintegration. Wir müssen den Zugang zu den Funktionssystemen prüfen und fragen: Wie läuft dort die Entwicklung ab? Es gibt ja genügend Hinweise, daß diese Zugänge schwieriger werden. Die Folge ist, daß die betroffenen Menschen in Anerkennungs- und Existenzprobleme geraten.

Dabei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, was die Integration einer Gesamtgesellschaft im Hinblick auf gemeinsam geteilte Werte und Normen bedeutet. Wir sehen, daß sich die Gesellschaft pluralisiert, was viele Vorteile mit sich bringt, beispielsweise Freiheitszuwächse. Daraus resultieren dann aber möglicherweise an vielen Stellen Geltungsprobleme.

Was die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben angeht, nehmen wir in einzelnen Sektoren wahr, daß das Vertrauen in Institutionen abnimmt und vielfach Verdrossenheit die Folge ist. Lediglich Gruppen, die Herr Huber von den Kleinstädten Brandenburgs beschrieben hat, haben keine Schwierigkeiten, sich selbst wirksam in Szene zu setzen und Sozialräume zu besetzen. Das heißt, über kurze Handlungsketten bekommen sie Wirksamkeit zurückgemeldet.

Wir sollten uns dann die ausgleichende Sozialpolitik in diesem Set genauer ansehen: Wie hält ein gesellschaftliches Gewebe zusammen? Hier gibt es erhebliche Veränderungen, bis hin zur sozialen Polarisierung. Als Folge dessen bekommt die Gesellschaft Probleme mit der Gerechtigkeit. Wie sollen die Menschen damit umgehen?

In den Städten sehen wir, daß die Steuerungsfähigkeit der Kommunen drastisch zurückgeht. So lösen sich etwa sozial gemischte Wohnstrukturen auf, und die Segregationsprozesse nehmen zu. Das wird zum Teil als gewollte Politik verklärt, weil man nichts dagegen tun kann. Entsprechend nehmen die Stigmatisierungsprobleme innerhalb der Gesellschaft zu.

Wie steht es um stabile soziale Zugehörigkeiten, wenn auf der einen Seite die ökonomische und technologische Entwicklung auf Touren gerät, während das sozialisatorische Schneckentempo an dieser Stelle nicht mehr mitkommt? Richard Sennett hat sein Buch "Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus" gerade auf diese Tatsache ausgerichtet. Auch hier sehen wir ganz neue Entwicklungen, die innerhalb der Gesellschaft Akzeptanz- und emotionale Sicherheitsprobleme auslösen. Wir sollten also immer die Interdependenzen mitbedenken, damit wir uns nicht an einer Stelle festhaken und beispielsweise beim Thema Arbeit nur den Rückgang der Beschäftigung konstatieren, ohne die Folgen zu bedenken.

Meine These ist, daß eine Gesellschaft, die diese Mechanismen nicht im Zusammenhang sieht und sie nicht in den Griff bekommt, sich auf dem Weg in die Desintegration befindet und aus Gründen sozialer Ungleichheit oder ethnischer Ungleichwertigkeit erhebliche Gewaltprobleme bekommen wird.

Es gibt in diesem Zusammenhang ein riskantes Spiel mit der Ungleichheit, wobei ich derzeit fünf Diskurse, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, wahrnehme.

Der erste Diskurs betrifft das Muster "Gleichheit führt in die Irre"; wir müssen also von der; sozialen Gleichheit wegkommen, es geht nur noch um Fairneß. Da deutet sich ein politischer Legitimationswechsel hin zu individuellen Zuschreibungen und einer Entlastung der Politik an.

Ein zweiter riskanter Diskurs betrifft die kulturelle Differenz, die einen so hohen Stellenwert erhält, daß damit soziale Ungleichheit für die betroffenen Menschen - in diesem Fall die

Riedmüller

Wir haben offenbar Probleme, klar zu definieren, was tatsächlich vor sich geht. Die einen behaupten, eine Exklusion habe gar nicht stattgefunden, die Lage sei nicht so problematisch, wie sich aus den Armutszahlen ergebe. Die anderen sagen dagegen, es werde nur falsch gerechnet.

Geht es hier vielleicht um ein Problem der Wertmaßstäbe? Wenn der Wertmaßstab, die Inklusionsrichtschnur, die Teilhabe an der Erwerbsarbeit ist, dann ist jeder Arbeitslose ausgeschlossen. Die Debatte in Frankreich ist stark von diesem Gedanken geprägt.

Ich meine, wir sollten mit der Diagnose fortfahren, um die Wertmaßstäbe noch härter diskutieren zu können.

Feyler

Herr Heitmeyer, Sie haben gesagt: Die Starken setzen sich durch, die Schwachen bleiben zurück. Als ich kürzlich mit einigen Jugendlichen 200 Kilometer zu Fuß durch die Oberpfalz unterwegs war, hat mir ein junges Mädchen hinterher als ihre eindringlichste Erfahrung geschildert: daß die Starken den Schwächeren geholfen haben.

Wenn es heißt, wir lebten in einer pluralen Gesellschaft, dann erfahre ich diese Pluralität sehr eingeschränkt auf das monetäre Interesse, also keineswegs plural. Das einzige Ziel ist, an Geld zu kommen. Ich registriere keine Reichtumsdiskussion, sondern höre immer: Wir müssen sparen. Mein Arbeitgeber, das Europazentrum Meißen, wartet bis heute auf die zugesagte Fachkräftförderung des Landes, deren Auszahlung bisher nicht erfolgte. Ich habe mich im März deswegen arbeitslos melden müssen. Da frage ich mich: Wen betrifft eigentlich das Reden über Armut und Reichtum? Brauchen wir noch mehr Daten? Ist die Situation weniger schlimm, wenn die Zahlen gut ausfallen?

Das, was die drei Referenten vorgetragen haben, hat mich an vielen Stellen aufgrund meiner Erfahrungen in der konkreten Sozialarbeit betroffen gemacht. Wenn wir beispielsweise am Runden Tisch gegen Gewalt diskutiert haben, hieß es sofort: Ihr Ostdeutschen redet viel zu schnell von Ungerechtigkeit. Herr Biedenkopf sagte, die heutige Einkommensdifferenzierung werde in Ostdeutschland als ungerecht empfunden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß der Generaldirektor eines DDR-Kombinats nur dreimal soviel verdiente wie ich. Wenn Sie heute jemandem erklären sollen, warum er nur noch ein Zehntel von dem verdient wie der andere, dann soll er dies nicht als ungerecht empfinden dürfen? Ungerechtigkeit ist doch nicht nur eine Frage stimmiger Erklärungen.

Einfache Arbeiten, fordern Sie, sollten wieder attraktiver gemacht werden. Viele hätten mit einfachen Arbeiten begonnen und es hinterher zum Erfolg gebracht. Mein 16jähriger Neffe verdient sich momentan sein Taschengeld als Schuhputzer. Das macht ihm: großen Spaß; er kann es sich auch erlauben, denn sein Vater ist Stadtparlamentarier.

Aber wie steht es um die Integrationsidee? In den Bereichen, in denen ich arbeite - mit arbeitslosen Männern und Frauen, mit Jugendlichen und Problemfamilien, also Menschen, die bereits aus der Gesellschaft herausgefallen sind und nur sehr schwer wieder hereinkommen;-), erlebe ich ungeheure Spannungen und ein Auseinanderfallen der Gesellschaft. Wenn die Politiker das heiße Eisen nicht anfassen, wer hilft dann, wenn der einzelne sich schwer tut, seiner Verantwortung gerecht zu werden?

Nach der Wende habe ich gemeinsam mit 16 weiteren aktiven Bürgern in Sachsen den Verein "Katholische Arbeitnehmerbewegung" gegründet, weil ich meinte, wir müßten weiter basisaktiv bleiben. Vielleicht erinnern sich einige an diese Bürgerbewegung, als einfache Menschen versuchten, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wir haben eine Arbeitsloseninitiative ins Leben gerufen, weil wir nicht nur zuschauen, sondern helfen, verändern und mitdiskutieren wollten. Was nach zweijähriger ABM-Erfahrung mit sieben Arbeitnehmerinnen übriggeblieben ist, Herr Ministerpräsident, ist die Erfahrung von Ohnmacht und Vergeblichkeit unserer Bemühungen. Deshalb bin ich aus dieser Initiative ausgeschieden.

Allerdings bin ich sehr ungeduldig; vielleicht steht mir das im Wege. Wir haben im vorigen Jahr das Wohnungsbauprojekt "Kornblume" in Dresden eingeweiht, ein gelungenes Projekt mit 115 Personen, davon 77 Kindern. Diese von der Basis her umgesetzte Idee hat uns zum ersten Mal das Gefühl vermittelt: Wenn man miteinander etwas erreichen will, kann das auch gelingen. Aber schon beim anschließenden zweiten Wohnungsbauprojekt stellt sich das Ohnmachtsgefühl wieder ein; denn die Bürokratie ist dermaßen über uns zusammengeschlagen, daß wir es vielleicht nicht auf die Beine stellen.

Auch der Runde Tisch zum Thema "Frau und Erwerbsarbeit" ist eine Initiative von Frauen, mitzureden und sich auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Was wir indes feststellen, ist, daß dieser Runde Tisch

auf verantwortlicher politischer Ebene zu wenig ernst genommen wird, seine Öffentlichkeitswirksamkeit zu gering ist und selbst zu wenige Frauen dahinterstehen.

Über alle diese Dinge läßt sich wunderbar akademisch reden. Aber wenn ich dem so zuhöre, wird mir schwer ums Herz; denn ich frage mich: Wer fangt eigentlich an? Wer gibt etwas von seinem Reichtum ab? Wer diskutiert bis zu einem greifbaren Ergebnis ehrlich über dieses Thema?

Kahl

Ich denke, daß Situationen von Zusammenbruch und Aufbruch wie beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg oder nach 1989 besondere Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements freisetzen können. Leipzig ist kein schlechter Ort, um daran zu erinnern, daß die Bürger damals gerufen haben: "Wir sind das Volk" und die Übernahme von Verantwortung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft eingeklagt haben.

Daß das Gefühl von Aufbruch nicht lange angehalten hat, dafür gibt es verschiedene Gründe. Ich will nur einen Indikator nennen. Seit den siebziger Jahren bis zum Beginn der neunziger Jahre hatten Initiativen Konjunktur, die politische Veränderungen herbeiführen wollten. Eine Untersuchung aus Berlin belegt, daß in den siebziger Jahren 34 Prozent dieser Initiativen erfolgreich waren, während diese Zahl in den neunziger Jahren auf 11 Prozent zurückgegangen ist. Die Erfolgchancen haben also rapide abgenommen.

Ein anderes Moment ist, daß die von Bischof Huber angemahnte "Anerkennungskultur" sich einer dominanten "Kultur der Hauptamtlichkeit" gegenüber sieht mit einer Zuweisung von Zuständigkeiten und damit einer Aufspaltung von Lebenszusammenhängen. Es gibt beispielsweise in Schwerin eine Initiative, in der sich Jugendliche, Erwachsene, der Bürgermeister und andere dafür eingesetzt haben, daß Jugendliche ein Haus ausbauen können. Das ist daran gescheitert, daß ein einflußreicher Architekt erklärt hat, es sei undenkbar, daß Jugendliche an einem denkmalgeschützten Haus arbeiten.

Diese Kultur der Hauptamtlichkeit tötet bürgerschaftliches Engagement geradezu ab. Während die großen Verbände Macht kumulieren können, haben kleinere Initiativen, die innovativ sind, keine Chance, sich in den gesellschaftlichen Prozeß einzubringen.

Wenn wir über Abgrenzungen nachdenken, sollten wir auch darauf hinweisen, daß nicht nur bestimmte Personen aus der gesellschaftlichen Integration herausfallen, sondern daß viele gar nicht erst Zugang zur Gesellschaft erlangen. So wird Jugendlichen aufgrund der bestehenden Ausbildungsmisere zunehmend der Zugang zur Gesellschaft erschwert, was sie faktisch ausgrenzt. Ich will in diesem Zusammenhang nur anmerken, daß im Rahmen der Gesundheitsreform gegenwärtig darüber diskutiert wird, Kindern, die nach 1979 geboren sind, keinen Zahnersatz mehr zu gewähren. Niemand protestiert gegen solches Ansinnen.

Mit welchen Personen wollen wir zukünftig die Integration in dieser Gesellschaft bewerkstelligen? Welche Konsequenzen hat diese Frage im Zusammenhang mit Themen der Jugendarbeit? Hierzu fällt mir folgende Keuner-Geschichte ein: Der König eines großen Landes ruft alle Minister für 9 Uhr morgens zum Vortrag zusammen. Zunächst kommt der Innenminister zu Wort, dann der Reihe nach die anderen. Um 20 Uhr ist der König müde, und da der Bildungsminister noch an der Reihe ist, fragt der König: Was gibt es Neues in der pädagogischen Provinz? Darauf antwortet der Bildungsminister: Kennen Eure Majestät denn schon das Alte?

Es geht also darum, wie Probleme wahrgenommen werden, welchen Stellenwert Themen in dieser Gesellschaft erhalten, insbesondere im Hinblick auf die junge Generation. Ich gehöre nicht zu denen, die jammern und keine Möglichkeiten sehen. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung bemüht sich, Projekten Geltung zu verschaffen, von denen Lösungsvorschläge ausgehen. Ich konstatiere nur, daß es gerade für die Jugendlichen dieses Landes sehr schwierig ist, sich einzubringen. Dafür wünschte ich mir eine größere Offenheit.

Rovan

Ich komme aus einem Land, Frankreich, wo bei der letzten Wahl die demokratischen Parteien gerade 27 Prozent der Wählerschaft hinter sich gebracht haben. 46 Prozent haben sich der Stimme enthalten, und 16 Prozent haben für die extreme Rechte, die Faschisten, votiert. Wir sehen uns also in einer Situation, in der die Folgen der Exklusion die politische Wirklichkeit bereits aufs äußerste belasten.

Mit der Exklusion wächst politisch gesehen die Gefahr des Faschismus. Das heißt, diejenigen, die sich als Opfer der Ausgrenzung empfinden, votieren für Leute, die im Grunde die Ausschließung zum

Prinzip der Gesellschaft machen wollen. Wir haben es in der faschistischen Zeit erlebt: Je mehr Exklusion es gab, desto notwendiger wurde es, Objekte für die politische Aggression zu finden. Von den Nazis wurde diese Rolle den Juden aufgedrückt. In Frankreich haben wir heute fünf Millionen Immigranten, also sehr viel mehr, als es im Jahre 1932 Juden in Deutschland gab. Die Möglichkeit, sich mit dem Kampf gegen die Immigration eine substantielle politische Basis zu schaffen, macht das Phänomen der Exklusion jedenfalls zu einem Politikum ersten Ranges.

Ich bin indes nicht sicher, ob die Exklusion bereits dabei ist, ein allgemeineuropäisches Problem zu werden. Daß die Armut in Europa zugenommen hat - eine Entwicklung, die sich vermutlich fortsetzen wird und inzwischen ja auch, wie wir wissen, Deutschland erfaßt hat;- , dürfte aber unbestritten sein.

Wir alle wissen, daß diese Ausgrenzungsprobleme nicht mehr im Rahmen des einzelnen Nationalstaates gelöst werden können, weil sie nicht zuletzt weltweite Ursachen haben. Die wirklichen historischen Ursachen der Exklusion sind aus meiner Sicht die Globalisierung und die Privatisierung. Was uns ganz wesentlich in die heutige Lage geführt hat, ist die Prädominanz der Wirtschaft über die Politik, und ich plädiere deshalb im besten Colbertschen Sinne für die Wiederherstellung der Prädominanz des Staates über Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir müssen uns in Europa gegen die doppelte Aggression von "Wall Street und Peking" formieren. Zum einen müssen wir die Ideologie bekämpfen, die dem Shareholder entgegen dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft die ungeteilte Macht im Betrieb zuweist, und zum anderen müssen wir uns gegen das politisch-ökonomisch wirkende Dumping aus China zur Wehr setzen. Weder Frankreich noch Deutschland können diese Verhandlungen mit Amerika und China alleine führen, um die europäische soziale Marktwirtschaft gegen Wall Street und Peking zu verteidigen. Das kann nur Europa als Ganzes tun.

Wir müssen also mit aller Macht gegen eine Politik angehen, die eines Tages unweigerlich zu einem Wiederaufleben des Faschismus führen wird. Die Bedingungen sind in Europa sicher von Land zu Land verschieden; aber in einem Land wie Frankreich mit einer so starken Einwanderung dürfte es noch leichter als in Deutschland sein, die Aggression gegen die Immigranten zu schüren.

Wenn wir die Grundwerte unserer Gesellschaft - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte;- , für die wir in einer Zeit, als dies unumgänglich war, auch unter Einsatz des Lebens gekämpft haben, in einer sich schnell verändernden Welt aufrechterhalten wollen, kommen wir nicht darum herum, Exklusion nicht nur bei uns zu verhindern, sondern auch den Menschen in anderen Teilen der Welt, die diese Werte hochhalten wollen, zu helfen.

Maier

Im Wahlkampf im vergangenen Jahr in Hamburg war es nicht möglich, Ungleichheit zu thematisieren. Exklusion und Gewalt dagegen waren ein Thema. So kam etwa die Frage auf, ob die Stadt Streunern, Herumliegern, Bettlern, die bestimmte öffentliche Räume in Anspruch nehmen, den Aufenthalt dort verbieten sollte, um sie an den Stadtrand zu verbringen, wie aus der Administration vorgeschlagen wurde. Dagegen gab es eine ermutigende politische Reaktion aus der Bevölkerung, selbst aus der Mittelschicht, die so etwas ablehnte.

Wer also darf sich im öffentlichen Raum aufhalten? Was sich hier zeigt, ist, daß der Exklusionsbegriff - im Vergleich zu rein soziologischen Begriffen - ein politisches Element beinhaltet. Wer noch dazugehören soll, ist eine politische Fragestellung, die selbst in einem Wahlkampf thematisierbar ist, an dem sich doch die Armen oder die Unterschichten gar nicht beteiligen. Denn Wahlkämpfe in der Bundesrepublik sind heute weitgehend an Mittelschichten orientiert und von ihnen geprägt.

Ungleichheit zu thematisieren, ist in der Vergangenheit immer nur dann gelungen, wenn von unten her eine Bewegung entstand, die nach Gerechtigkeit verlangte. Wenn solche Protestbewegungen ausbleiben, werden Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit im Sinne von Inklusion-Exklusion unvermeidlich politisch instrumentalisiert, was bei einer mittelschichtorientierten Gesellschaftsperspektive nicht verwunderlich ist. Daß Exklusion durch nach wie vor bestehende Ungleichheits- und Desintegrationsprozesse entsteht, wird durchaus zugestanden, aber politisch skandalisierbar sind erst die daraus resultierenden Exklusionen, die bestimmte Bevölkerungsgruppen betreffen.

In diesem Zusammenhang finde ich bemerkenswert, wie in verschiedenen deutschen Städten das sogenannte New Yorker Modell diskutiert wird - Herr Pfeiffer hat darauf hingewiesen. In New York hat man auf die Situation wachsender Ungleichheit mit dem Verlangen nach Sauberkeit und einer Exklusionspolitik reagiert. Das hat viel Zustimmung gefunden. Entstehende Ungleichheit zieht also in

amerikanischen Vorstellungen Exklusion nach sich. In Hamburg hat die Bevölkerung ganz anders reagiert. Man will die Bettler zwar nicht so nahe an sich heranlassen, lehnt aber derart restriktive Maßnahmen, die faktisch eine Exklusion der Betroffenen zur Folge hätten, ab.

Eine an Bürgerrechten orientierte Gesellschaft muß sich zweifellos die Frage stellen: Wieweit darf die Gesellschaft Armut und soziale Desintegration hinnehmen, ohne darauf politisch zu reagieren? Wie angesichts massenhafter Migration eine Integration (Inklusion) politisch organisiert werden kann, weiß ich allerdings auch nicht.

Riedmüller

Die Politik reagiert also auf den Tatbestand der Exklusion mit einer Debatte über Sauberkeit. Mit anderen Worten: Wie können wir die Stadt im wahrsten Sinne des Wortes sauberhalten? Etwas anderes ist die von Herrn Pfeiffer gestellte Frage nach Einwanderung und Staatsbürgerschaft.

Pfeiffer

Zu Einwanderung und Staatsbürgerschaft nur ein kurzer Hinweis. Auf dem Höhepunkt kamen 400.000 Aussiedler nach Deutschland - zur Zeit sind es 130.000;- , die man unter dem Gesichtspunkt der Integration in die deutsche Gesellschaft als Einwanderer sehen muß. Nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" haben im vergangenen Jahr nur etwa 40.000 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die Integration von Ausländern, was die Staatsbürgerschaft angeht, geht in Deutschland schleppender vor sich als in Frankreich.

Riedmüller

Ich hätte noch weniger geschätzt.

Vester

"Kennen Majestät schon das Alte?" - eine in der Tat sehr wichtige Frage. Wir sind eine der reichsten Gesellschaften der Welt. Je mehr dieser - gesellschaftlich produzierte - Reichtum zunimmt, desto mehr reden wir von Armut und Prekarität. Bedingt ist diese Entwicklung nicht zuletzt durch die Zunahme intelligenter Humanproduktivkräfte, die sich seit 1950, statistisch gesehen, verfünffacht haben. Das heißt, die Zahl der Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulausbildung, die intelligente Arbeitsplätze mit flexibler und breiter Disposition innehaben, hat sich in diesem Zeitraum von 5 auf 25 Prozent erhöht. Immer weniger Leute produzieren ein immer höheres Sozialprodukt.

Die negativen Erscheinungen dieser Entwicklung sind bekannt; die Schere geht gewissermaßen immer weiter auseinander. Die steigenden Exportüberschüsse bei gleichzeitig wachsender Arbeitslosigkeit sind nur ein Indiz dafür.

Herr Lehmann-Grube sprach die Reichtumsentwicklung an; dies ist quasi nur die sichtbare Schaumkrone der gesellschaftlichen Entwicklung. Darunter liegen ganz andere Prozesse. Während die Inlandinvestitionen gegenwärtig stagnieren, gibt es enorme Zuwächse bei den deutschen Auslandsinvestitionen. Die multinationalen Konzerne erschließen im Ausland neue große Märkte mit entsprechendem Investitionsbedarf. Das heißt, einige wenige verfügen über den gesellschaftlichen Reichtum, den alle erarbeitet haben.

Deshalb bringen Herr Biedenkopf und andere Partizipationsmodelle in die Diskussion etwa das Thema Investivlohn;- , um zu verhindern, daß sich die Entwicklung nicht nur in Einkommenseffekten niederschlägt.

Schon Georg Wilhelm Friedrich Hegel hat 1820 in seiner "Philosophie des Rechts" gefragt: Wie kommt es, daß wir eine immer reichere Gesellschaft haben und eben deswegen die Armut zunimmt? Hegel hatte Smith und Ricardo gelesen, die als Begründung Akkumulation und Wachstum ausgemacht hatten.

Deshalb sollten wir uns von linearen Prognosen für die weitere Entwicklung verabschieden. Wir können nicht nur auf die 5 oder 10 Prozent der Reichsten und die 5 Prozent der Ärmsten starren, sondern müssen auch registrieren, was in der Mitte der Gesellschaft geschieht. Denn genau dort findet eine Spaltung statt. Neue Technologien und Produktionskonzepte werden eingeführt, um die Gewinnsituation zu verbessern. Die Produktivität steigt; es werden weniger Mitarbeiter benötigt. Die einen gewinnen dadurch; andere verlieren. Die Verlierer werden nicht sofort exkludiert, sondern

geraten zunächst in Schwierigkeiten und sind einem erheblichen Umstellungs- und Anpassungsstreß unterworfen.

Wir müssen Abschied nehmen von unilinearen Tendenzprognosen nach dem Motto: Der Prozeß der Individualisierung schreitet unaufhaltsam voran; alle Menschen werden Egoisten, nichts hält mehr zusammen. Oder das Gegenstück: Jetzt ist Schluß mit der Individualisierung; alle verelenden. Von solchen Tendenzen sind eben nicht alle, sondern nur einige betroffen. Die Individualisierung und die neue Armut sind vielmehr gleichzeitige Prozesse, die nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

Die Exkludierten reichen bis in die Mittelschichten hinein. Zu den neuen Unterschichten gehören etwa zum einen der Personenkreis, der nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und als Staats- und teilweise Wirtschaftsbürger ausgegrenzt ist; zum anderen die inkorporierten Armen und Dauerarbeitslosen, die etwa 10 Prozent ausmachen.

Neben diesen neuen Unterschichten, die eine Art Subproletariat darstellen, und, wie Herr Bude zu Recht sagte, nicht unter den Gegensatz von Arbeit und Kapital fallen, gibt es eine andere Zone, die in der großen Caritas-Studie von Hübinger und anderen "prekärer Wohlstand" genannt wird. Davon sind Menschen betroffen, die plötzlich durch ein Ereignis - Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes, Scheitern der Familie - so destabilisiert werden, daß sich ihre ganze Situation schlagartig verändert und sie in eine gefährliche soziale Lage geraten können, die sie keineswegs immer selbstverschuldet haben. Diese Gruppe wird auf 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung geschätzt.

Das bedeutet nicht, daß es diesen allen sehr schlecht geht. Wir sind ein reiches Land, und selbst Menschen mit einem prekären Wohlstand haben einen Lebensstandard, der in anderen Ländern als eher hoch angesehen wird. Bei uns aber gilt er als nicht akzeptabel, weil dies zu sozialen Segmentierungen führt. Kinder aus solchen Gruppen, die mit den anderen nicht mehr mithalten können, stoßen bei ihren Spielkameraden oder in der Schule auf Ablehnung. Zum prekären Wohlstand zählen durchaus Gruppen aus der Mittelschicht.

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu berichtet in seinem jetzt auf deutsch erschienenen Buch "Das Elend der Welt" ("La Misère du Monde") über die sogenannte interne Ausgrenzung, die beispielsweise mit der Öffnung des Bildungssystems einhergeht. Während wir 1950 ungefähr 100.000 Studenten hatten, sind es heute, wenn man die Fachhochschulen mitrechnet, 2,4 Millionen; davon sind 530.000 Frauen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden sich allerdings nicht verändert hat. Das ist eine gewaltige Zunahme; aber diese jungen Menschen haben in großen Teilen keine klare Berufsperspektive mehr und müssen diese Unsicherheit während ihrer ganzen Gymnasial- und Hochschulzeit mit sich herumtragen. Das ist mit interner Ausgrenzung gemeint.

Da werfen populistische Politiker bei uns Richtern und Staatsanwälten vor, daß sie nicht hart genug bestrafen. Sozialarbeiter, selbst die Polizei geraten in die Schußlinie. Mit anderen Worten: Die Feuerwehr soll schuld sein, wenn es brennt; denn sie wird ja stets in der Nähe des Geschehens gesehen! Lehrer klagen, daß große Gruppen ihrer Schüler, besonders in den Berufsschulen, total demotiviert sind, weil ihnen jegliche berufliche Perspektive fehlt.

Diese Destabilisierung von Lebensstrategien in der Mitte müssen wir in die Überlegungen mit einbeziehen, damit wir uns nicht allein auf die dramatischen Entwicklungen konzentrieren und damit andere Situationen verharmlosen, die ebenfalls schwer zu bewältigen sind.

Ich denke nicht, daß wir es mit einem allgemeinen Kohäsionszerfall zu tun haben. Es gibt! nach wie vor kohäsive Milieus in unserer Gesellschaft, die sich nicht in einem unaufhaltsamen Zerfallsprozeß befindet. Da hält vieles zusammen - immerhin leben 55 Prozent der Menschen bei uns in Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern. Es braucht nicht erst der Forderungen des Kommunitarismus, sondern das wird vielfältig praktiziert.

Deshalb stimme ich Herrn Lehmann-Grube zu: Die alten Integrationsmodelle sind keineswegs out. Das extreme neoliberale Modell war meines Erachtens nur ein Versuchsballon, beginnend mit dem Nobelpreis für Milton Friedman 1976 und einer großen Meinungsoffensive, die den Sozialdarwinismus und die Leistungsdifferenzierung salonfähig gemacht haben. Die Umsetzung erfolgt aber nicht lupenrein, auch wenn gewisse konservative Kreise dahin tendieren. Die Mobilisierungsfähigkeit der Arbeitnehmersgesellschaft bei einer gewissen staatlichen Regulierung steht politisch jedenfalls noch nicht voll auf der Tagesordnung. Vielleicht benötigen die alten Integrationsmodelle eine moderne Form, um; eine Lösung der jetzigen Probleme voranzubringen.

Biedenkopf

Wir sollten im weiteren Verlauf der Debatte versuchen, diejenigen näher zu identifizieren, an die sich unsere Forderungen richten. "Die" Politik, "die" Wirtschaft, wie es hier immer heißt, sind keine brauchbaren Adressaten für gesellschaftliche Forderungen. Es gibt Politiker und allenfalls noch die politischen Parteien, wobei wir in den letzten Jahren die Beobachtung machen konnten, daß die politischen Parteien als antwortfähige Adressaten immer weniger in Frage kommen, weil sie in sich selbst so viele Widersprüche aufweisen, daß sie sich nur noch auf sehr allgemeine Positionen verständigen können. Gerade wegen der thematischen Annäherung der beiden großen Volksparteien werden wir eine immer stärkere Personalisierung in der Politik bekommen. Wir müssen also von den Personen sprechen, von denen wir etwas erwarten.

"Die" Wirtschaft als Adressaten gibt es noch weniger. Die Wirtschaftsverbände haben auf ihre Mitglieder so gut wie keinen Einfluß mehr. Das Handwerk denkt völlig anders als beispielsweise die Großindustrie. Alle diese Gruppierungen sehen sich ganz unterschiedlichen Entwicklungs- und Entfaltungschancen gegenüber, was schon die Identifikation des jeweiligen Eigeninteresses höchst schwierig macht. Diese Unterschiede werden durch die geographischen Erweiterungen noch größer. Dafür braucht man gar nicht den Begriff der Globalisierung heranzuziehen; denn dieser Prozeß findet bereits seit ungefähr 30 Jahren statt. Er hat sich in den letzten Jahren lediglich dramatisch verstärkt, weil inzwischen etwa die Hälfte der Menschheit in den Prozeß zusätzlich einbezogen ist.

Für ganz entscheidend halte ich - das hat Herr Rovon angesprochen - die Ökonomisierung der Politik. Ich meine allerdings, nicht der Staat, sondern die Politik muß wieder die Herrschaft über die Wirtschaft erhalten. Man kann das ja unterschiedlich organisieren: zentralistisch wie in Frankreich oder föderal wie in Deutschland. Hier geht es um zwei ganz unterschiedliche Staatsbegriffe. Frankreich ist gegen Demonstrationen in Paris: sehr viel anfälliger als Deutschland gegen Demonstrationen in Bonn. Insofern ist auch die Reaktion des Staates verschieden. Aber das Grundphänomen der Ökonomisierung der Politik ist auch meine Sorge.

Ich finde, es ist nicht ohne eine gewisse Ironie, daß man die Plädoyers, die hier gehalten werden, sehr gut auch gegen den Euro verwenden könnte. Die Argumente, die wir gehört haben, wehren sich nämlich gegen die rein ökonomisch induzierten Zwänge zu gesellschaftlichen Veränderungen, auf denen im Grunde die ökonomische Integration Europas beruht.

Das Hauptargument, das heute geltend gemacht wird - man kann es kaum überbewerten;-, lautet, daß wir die gemeinsame Währung brauchen, um die strukturellen ökonomischen und sozialen Veränderungen erst hervorzubringen, die man für die Wettbewerbsfähigkeit Europas unter Gesichtspunkten der Globalisierung für erforderlich hält. Es gibt eine vor allem in Frankreich stark vertretene Gegenposition, die mehr für einen europäischen Protektionismus plädiert, so wie dies etwa bei Mitgliedern der französischen Zentralbank deutlich wird. Ich interpretiere das jetzt nicht negativ. Es gibt eine eindeutige Frontstellung zwischen den Anhängern eines unbegrenzten freiheitlichen Welthandels und denjenigen, die sagen: Daran geht Europa zugrunde, weil - überspitzt formuliert - die Ökonomisierung der europäischen Integration die europäische Kultur und die europäische Kommunität zerstört.

Was die Politik angeht, können wir nicht davon absehen, daß politische Entscheidungen letztlich durch Mehrheiten zustande kommen. Wenn aber, wie alle Umfragen zeigen, zwei Drittel der Bevölkerung nach wie vor mit ihren Verhältnissen recht zufrieden sind, gibt es ein starkes Beharrungsvermögen, insbesondere in der Sozialpolitik. Die ist nämlich anders als zu Beginn der Nachkriegsentwicklung - längst Mittelstandspolitik geworden. Auch wenn in alten Parteiprogrammen steht, die Sozialpolitik sei vor allem für die Schwachen da, die sich nicht selber helfen können, dienen 34 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die in diesen Sektor fließen, in Wirklichkeit der Sicherheit der großen Mehrheit der Bevölkerung, die sich deshalb dagegen wehrt, daß sich da etwas ändert - solange sie diese Sicherheit nicht in Frage gestellt sieht.

Bude

Sie finanziert es auch!

Biedenkopf

Aber diese Finanzierung geschieht auf eine zunehmend unökonomische Weise. Das sagen diejenigen, die diese Systeme administrativ und politisch besetzt halten, natürlich nicht; denn die großen Kollektivsysteme vermitteln Macht. Diese Machtfrage wird überhaupt nicht diskutiert. Ich schätze, daß allein die gesetzliche Rentenversicherung rund 82.000 Personen beschäftigt.

Abgesehen davon gibt es eine Gruppe von Politikern, die sich ihre Wiederwahl von dem Versprechen erhoffen, die Rente zu erhöhen.

Gerade als Politiker würde ich mich freuen, wenn man diese Verhältnisse etwas näher unter die Lupe nähme. Es ist völlig wirkungslos, die Politik allgemein zu adressieren. Das mag intellektuell befriedigen, ist aber ohne jede Wirkung; denn die Politik wird sich so nie angesprochen fühlen.

Rovan

Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger des Euro, weil ich meine, daß er den einzigen Weg darstellt, zu einem europäischen Staat zu kommen. Wirtschaftlich ist mir der Euro letzten Endes gleichgültig. Was ich will, ist eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik und eine gemeinsame Haltung gegenüber Wall Street und Peking.

Biedenkopf

Das ist der fundamentale Dissens zwischen Deutschland und Frankreich.

Riedmüller

Ich halte den Hinweis von Herrn Biedenkopf für sehr wichtig, die Politik selber zum Thema zu machen und die politische Wahrnehmung dieser gesellschaftlichen Entwicklungen und Konflikte zu diskutieren, bevor man die Frage stellt, was in die Politik transportiert werden kann.

Scholle

Was wir in den 90-er Jahren in vielen kommunalen Bereichen erleben, sind in der Tat verstärkte Ausgrenzungsmechanismen, die dort wirksam werden - trotz aller Bemühungen der Städte und Gemeinden, dem gegenzusteuern.

Das; zeigt sich beispielsweise beim Thema Obdachlosigkeit und Nichtseßhaftigkeit. Obdachlosensiedlungen, die in den 70-er Jahren abgerissen wurden, sind wieder aufgebaut worden und inzwischen voll belegt - weil es keinen billigen Wohnraum mehr gibt. Das trifft nicht nur die bisherige Gruppe der Obdachlosen, sondern ebenso viele junge Menschen; auch Frauen gehören verstärkt dazu.

Ich nenne einen anderen Bereich: 30 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind heute Kinder und Jugendliche; in den neuen Bundesländern sogar 40 Prozent. Das bedeutet letztlich, daß; diese Menschen von klein auf mit der Sozialhilfe und deren Mechanismen in unserer Gesellschaft groß werden. Sie haben nie etwas anderes kennengelernt. Daß wir es hier mit Ausgrenzungsphänomenen zu tun haben, liegt auf der Hand.

Jugendarbeit ist in weiten Bereichen eingestellt worden. Dort, wo wir Kindern und Jugendlichen in schwierigen Entwicklungsphasen helfen müßten, weil sie unsicher sind, wie ihre Zukunft aussieht, fehlen jegliche Perspektiven und Hilfestellungen. Diese Jugendlichen kommen in vielen Fällen aus Familien, die von der Sozialhilfe leben, weil der Vater - sofern er überhaupt noch vorhanden ist - ebenso arbeitslos ist wie die Mutter und die nachwachsenden Jugendlichen ebenfalls. Aus einem solchen Kreislauf der Ausgrenzung finden sie kaum noch heraus.

Die Politik deckt häufig den Mantel über solche Tatsachen. Wir führen statt dessen lieber Diskussionen über den Mißbrauch von Sozialhilfe, den es natürlich auch gibt. Dabei geht es zwar ebenfalls um Millionen, aber nicht um Milliarden wie auf anderen Gebieten.

Bei den erwachsenen Arbeitslosen haben wir gegenüber den Langzeitarbeitslosen einen Ausgrenzungsmechanismus entwickelt. Menschen fallen irgendwann aus der Arbeitslosenversicherung heraus und kommen dann in die Sozialhilfe. Das bedeutet, die Arbeitsmarktpolitik wird zunehmend vom Arbeitsamt auf die Kommunen und auf die Sozialhilfe verlagert. Hier müssen sich Bund, Länder und Gemeinden etwas einfallen lassen. Wenn sich nämlich jemand erst einmal in der Sozialhilfe befindet und das Arbeitsamt sich nicht mehr um ihn kümmert - weil man sich bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe möglichst entlasten möchte;- , ist jegliche Rückkehr in den Arbeitsmarkt praktisch verbaut. In den Städten und Gemeinden schaffen wir dann Instrumente unter dem Stichwort "Arbeit statt Sozialhilfe", die aber bei weitem dem Bedarf nicht Rechnung tragen. Dieser Arbeitslose ist auf Dauer aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt.

Herr Bude hat das Gefalle zwischen den Städten und dem ländlichen Raum angesprochen. Ich kann das aus meiner Kenntnis bestätigen. Wenn in einer Großstadt, sagen wir, 30.000 oder 40.000

Sozialhilfeempfänger leben, für die die Stadt aufkommen muß, dann hat sie durch Sozialhilfeausgaben über 150 Millionen DM weniger in der Kasse als eine Kleinst- oder Großstadt, die viel weniger Sozialhilfeempfänger haben. Eine solche Großstadt kann viel weniger helfen, um Ausgrenzungsprobleme zu mildern.

Klages

Ich arbeite seit 13 Jahren ehrenamtlich an der Basis. Ich habe seinerzeit in Heidelberg mit der Integration von Nichtseßhaften, wie sie damals genannt wurden, begonnen. Heute spricht man von Wohnungslosen. Das Modell, das wir daraus entwickelt haben, hat sich wirklich bewährt.

Durch diese langjährige Arbeit habe ich sehr viel darüber erfahren, warum jemand aus unserem System herausfällt und weshalb es so unendlich schwer - wenn nicht ganz und gar unmöglich - für ihn ist, wieder hereinzukommen, wenn er erst einmal auf der Straße gelandet ist. Dabei wollen 95 Prozent aller derer, die auf der Straße sind, durchaus integriert sein und als unauffällige Bürger wieder in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Sie schaffen es aber nicht allein; deshalb brauchen sie Hilfe.

Hier ist ein psychologisches Moment sehr wichtig: Die Betroffenen wollen äußerst ungern etwas mit einem Amt zu tun haben. So müssen sie bei den verschiedensten Ämtern Sozialamt, Arbeitsamt, AOK, Einwohnermeldeamt - Formulare ausfüllen, wozu sie häufig gar nicht in der Lage sind. Sozialberater gibt es kaum, die dabei helfen könnten - allenfalls: einige ehrenamtliche. Hier setzen wir an, indem wir von unserem Verein die Menschen auf die Ämter begleiten und sie beim Ausfüllen der Formulare unterstützen - was den Angestellten untersagt war mit dem Hinweis, das sei aus Datenschutzgründen verboten. Hinzu kommt, daß die Gespräche auf dem Amt sehr viel friedlicher verlaufen, wenn eine kompetente Begleitperson dabei ist. Sonst trauen sich die Betroffenen nicht, trinken sich aus lauter Angst Mut an, werden dem Personal gegenüber ausfallend, und entsprechend verlaufen dann die Gespräche.

Inzwischen haben sich die Einstellung und das Verhalten der Ämter durch meine Initiative! nachhaltig geändert. Vor 13 Jahren habe ich die ersten drei - völlig verwahrlosten Nichtseßhaften untergebracht, und innerhalb von sechs Monaten stieg die Zahl auf 54. Die Menschen werden relativ schnell - mitunter von einem Tag zum anderen - wieder integriert, wenn man die Dinge richtig anpackt. Ein Wohnungsloser bekommt eine Wohnung erst dann, wenn er einen Mietvertrag vorweisen kann, den er aber als Mittelloser nicht erhält. Dazu wurde mir dann vom Sozialamt erklärt: Man würde doch die Miete zahlen - schließlich haben wir das beste Sozialsystem der Welt;-, aber die Leute wollten gar nicht wohnen. Solche Teufelskreise muß man durchbrechen und zeigen, daß sie eben doch wollen.

Ich habe jemanden zwei Jahre lang in seinem Kampf unterstützt, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, die ihm verweigert wurde, obwohl er als Deutscher im Elsaß geboren war, nach dem Krieg aber - ebenso wie seine Eltern - zum Franzosen gemacht wurde. Wir wurden von einem Amt zum anderen geschickt, waren aber letztlich erfolgreich. Jetzt darf er wieder Deutscher sein.

Was ich immer wieder erlebe, ist, daß die Bürokratie die Menschen daran hindert, aus der Exklusion herauszukommen und in die Gesellschaft zurückzukehren. Wenn es mehr Initiativen wie die unsere gäbe und sich so etwas in allen Gemeinden entwickeln würde, könnten wir sicherlich in einer überschaubaren Zeit ungeahnte positive Ergebnisse erzielen.

Riedmüller

Ihr Beitrag legt den Schluß nahe, daß wir vor allem auch die Bürokratie ändern müßten.

Klages

In Heidelberg ist tatsächlich eine Änderung eingetreten. Es gibt jetzt eine Wohnungsnotsteile; denn der Verlust der Wohnung ist immer der letzte Schritt, wenn jemand aus dem System herausfällt. Dabei müssen wir allerdings unterscheiden: Wenn jemand obdachlos wird, landet er nicht automatisch auf der Straße. An die zwei Millionen Menschen sind von den Kommunen mit einem Nutzungsvertrag - nicht mit einem Mietvertrag - in Billig- Pensionen oder Notunterkünften untergebracht. Wer unter den Brücken schläft, sind die Wohnungslosen.

Übrigens: Wenn sie von der Polizei erwischt werden, müssen sie einschließlich Gebühren 144 DM für eine Nacht zahlen oder für 15 Tage ins Gefängnis. Wenn Sie überlegen, welche Kosten dem Staat durch diese geradezu absurde Praxis entstehen, können Sie sich unschwer ausrechnen, daß sich Millionenbeträge einsparen ließen, wenn man dieses Problem anders - und sicherlich auch humaner - angeht. Sie werden mir zugestehen, daß ich hier nicht irgendwelche linken Ideologien verrete,

sondern froh wäre, wenn sich in dieser Republik etwas mehr der gesunde Menschenverstand durchsetzen würde.

Haas

Herr Biedenkopf hat Zweifel angemeldet, daß wir bereits in einer Bürgergesellschaft leben. Das sehe ich ähnlich. Vielmehr stelle ich fest, daß die Menschen in der Bundesrepublik in ganz verschiedenen Welten leben, mit unterschiedlichem Lebengefühl und einer unterschiedlichen Werteordnung. Und wenn wir von Exklusion sprechen, dann orientieren wir uns an einer bestimmten Welt, nämlich der der gut verdienenden Erwerbstätigen.

Als Polizeipräsident werde ich mit einem anderen Aspekt dieser Thematik konfrontiert, daß nämlich Arbeitslosigkeit und Armut in Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit münden und die Betroffenen aus diesen Gründen manchmal auch straffällig werden. Eben dies stellt dann eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung, für diese Welt der etablierten Erwerbstätigen, dar. Wir kommen ja nicht auf den Gedanken, den aus dieser Welt Ausgeschlossenen anzupfehlen: Du kannst auch in deiner anderen Welt leben, aus der du nicht ausgeschlossen bist.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. In einem Wohngebiet in Stuttgart, in dem überwiegend sozialschwache Menschen wohnen und in dem es Jugendbanden gibt, wurden zwei Häuserblocks, in denen unter anderen Beschäftigte von Daimler-Benz leben, von diesen Jugendlichen terrorisiert, indem diese nächtlich Krawall veranstalteten, so daß die Bewohner nicht zur Ruhe kamen. Daraufhin entschloß sich der Hauseigentümer, einen privaten Wachdienst zu engagieren - die Polizei hat er gar nicht erst gefragt, weil er sich von uns ohnehin keine Abhilfe versprach. Kaum trat dieser Wachdienst in Aktion, hörten wir aus Kreisen der Jugendlichen, Wachdienst, das sei doch absolut "geil"; so etwas würden sie auch gern machen. Das heißt, diese Jugendlichen, die in einer ganz anderen Welt leben und die nie eine Chance haben, ohne ordentlichen Hauptschulabschluß irgendwie in die Berufswelt einzusteigen, würden es durchaus sinnvoll finden, Bürgerhäuser zu bewachen und auf diese Weise nicht nur Geld zu verdienen, sondern sich auch sozial nützlich zu machen - trotz ihrer so ganz anders gearteten Lebensweise und ihres je eigenen Lebensgefühls.

In einem anderen Stadtteil, in dem ein Revier das Projekt "Integration statt Ausgrenzung" durchführt, gibt es Schulklassen, bei denen nur ein Bruchteil der Schüler eine Lehrstelle in der Tasche hat; die meisten nicht. Wenn man so etwas sieht, muß man sagen: Wir können die Exklusion zwar nicht verhindern, wir können aber den Folgen von Exklusion begegnen, wenn wir die anderen Lebenswelten gesellschaftlich wahrnehmen. Wir könnten den jungen Aussiedlern sagen: Ihr habt zwar keine Chance, irgendwann einmal Facharbeiter bei Daimler-Benz zu werden; dafür sprecht ihr zu wenig Deutsch, habt auch keine entsprechende Ausbildung. Aber läßt es sich nicht auch in eurer Gemeinschaft der Rußlandaussiedler sinnvoll leben, und wie können wir euch dabei psychologisch durch Anerkennung und auch finanziell unterstützen?

Dangschat

Ich kann das nicht als sinnvolle Alternative sehen, Herr Haas. Ich verstehe, daß man versuchen muß, an die Lebensverhältnisse dieser Menschen anzuknüpfen. Aber ihnen Wachdienste anzubieten, weil sie es "geil" finden, halte ich für eine ganz gefährliche Lösung. In Hamburg haben wir Erfahrung mit einem Wachdienst bei der S-Bahn gemacht, der anfangs viele solcher Personen rekrutiert hatte. Das Ergebnis war, daß diese Leute vornehmlich ausländische Jugendliche aufs Korn nahmen, um an denen ihre Macht zu demonstrieren, bis hin zu körperlichen Übergriffen.

Händel

Ich möchte aus der Sicht des Gewerkschafters zu drei Aspekten Stellung nehmen. Der erste Aspekt betrifft die von Herrn Biedenkopf beklagte "Ökonomisierung der Politik" ich würde eher von einer "Verbetriebswirtschaftlichung der Politik" sprechen, mit der wir gegenwärtig konfrontiert sind. Wir haben in unserem Land nicht nur einen Reichtum angesammelt wie nie zuvor in unserer Geschichte - worauf Herr Vester zu Recht hingewiesen hat;- , sondern wir haben einen Produktivitätsanstieg erlebt - allein in den letzten fünf Jahren ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität um 40 Prozent gestiegen;- , der uns in die Lage versetzt, immer mehr Güter mit immer weniger Arbeitskräften zu produzieren.: Während die Unternehmen Jahr für Jahr Rekordgewinne erzielen, sind die Reallöhne in den letzten sechs Jahren gesunken. Außerdem sind wir Exportweltmeister, legt man die Bevölkerungszahl zugrunde. Das heißt, die ganze Argumentation, wir seien die großen Globalisierungsverlierer, ist

schlichtweg falsch. Dennoch fehlen in Deutschland nach neuesten Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) acht Millionen Arbeitsplätze.

Diese Zusammenhänge sollten wir nicht außer acht lassen, zumal uns eine Reihe ernstzunehmender Zukunftsforscher und Wirtschaftsexperten eine noch ungünstigere Entwicklung prognostizieren. So sagen der Club of Rome und andere voraus, daß wir in etwa zehn Jahren sämtliche Güter und Dienstleistungen mit nur 20 Prozent der Weltbevölkerung produzieren können und damit weitere eine Milliarde Menschen arbeitslos würden. Es läßt sich leicht ausmalen, was eine solche Entwicklung an Armutswanderungen in die wohlhabenderen Regionen auslösen würde und mit welchen Verteilungskonflikten wir dann konfrontiert wären. Es ist sehr zu bezweifeln, daß wir dies in unserer Gesellschaft bewältigen könnten.

Bei alledem hilft uns der Streit über die Definition von Armut und dergleichen nicht viel weiter. Mein Eindruck ist, daß wir den Armutsbegriff zu eng fassen. Aus meiner Praxis weiß ich, daß es Armut auch im ersten Arbeitsmarkt gibt. Wenn man heute soviel über die Starrheit von Tarifverträgen lamentiert, wird übersehen, daß viele Betriebe gar nicht mehr in den Geltungsbereich von Tarifverträgen fallen. Ich kenne jedenfalls Arbeitnehmer, die seit vierzig Jahren berufstätig sind und die sich heute gezwungen sehen, Stundenlöhne von zehn oder elf DM zu akzeptieren, nur um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Sie können sich selbst ausrechnen, daß es bei solchen Verdiensten hinten und vorne nicht reicht; zum Teil liegen die Betroffenen noch unterhalb des Regelsatzes der Sozialhilfe. Und nach der letzten Rentenreform wird eine Frau, die ein durchschnittliches Monatseinkommen von 3000 DM gehabt hat, nach vierzig Berufsjahren mit einer Rente von knapp 700 DM auskommen müssen und damit deutlich unter dem Existenzminimum in diesem Lande liegen.

Im Übrigen halte ich es für recht kurzschlüssig, Herr Biedenkopf, den Mitarbeitern von VW, die nur noch vier Tage arbeiten müssen, zu unterstellen, sie wüßten mit den drei Tagen Freizeit nichts anzufangen, und deshalb habe die Schwarzarbeit zugenommen. Ich kenne eine ganze Reihe Leute, die sich einen 620-DM-Job besorgen, weil sie Existenzängste haben und nicht wissen, wie es weitergeht, zumal sie bei all der vielbeschworenen Arbeitszeitflexibilisierung zum Teil erhebliche Einkommensverluste hinnehmen müssen. Außerdem erleben sie beinahe täglich, wie Arbeitsplätze durch steigende Produktivität wegrationalisiert werden. Das alles trägt nicht gerade dazu bei, voller Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Herr Bude sprach vom "experimentellen Kapitalismus", um unser gegenwärtiges Gesellschaftsmodell zu charakterisieren. Ich kann mir darunter wenig vorstellen. Was ich wahrnehme, ist vielmehr ein knallharter Wall-Street-Kapitalismus. Den alten rheinischen Konsens-Kapitalismus zumindest partiell wiederzubeleben, ist den Gewerkschaften jedenfalls bislang mißlungen.

Auf der anderen Seite laufen in der Politik Debatten des Inhalts, wir könnten unsere Gesellschaft dadurch stabilisieren, daß wir die wachsende Armut aus dem Wertschöpfungsprozeß alimentieren nach dem Motto: Wenn immer weniger Menschen Beschäftigung finden, müssen wir eben versuchen, mit dem, was wir aus dem Wertschöpfungsprozeß abzweigen können, die Armut zu lindern. Diese Perspektive, wie sie beispielsweise im Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission deutlich wird, halte ich für falsch und irreführend.

Ich würde lieber über eine solidarische Gesellschaft nachdenken - ein Begriff, der für viele altmodisch klingen mag. Um zunehmende Exklusion zu vermeiden, müssen wir Arbeit im ersten Arbeitsmarkt anders verteilen und möglichst viele Menschen an der Wertschöpfung beteiligen. Außerdem halte ich es für unbedingt erforderlich, im gesellschaftlichen Kontext darüber zu diskutieren, wie Arbeit im zweiten oder dritten Arbeitsmarkt nicht als Arbeit zweiter Klasse verstanden wird für die Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht werden. Wir müßten statt dessen die gesellschaftliche Arbeit - Bildung, Erziehung, Forschung und Lehre - stärker thematisieren, die ein wesentliches Element in einem zukünftigen Gesellschaftsentwurf sein sollte.

Richter

Als Pfarrer und gelernter "Ossi" will ich die Frage nach den Werten aufgreifen, die hier bereits angeklungen ist. Wenn beispielsweise von Statuspanik die Rede war, bedeutet das für mich, daß wir uns nicht mehr sicher sind, ob wir die gegenwärtige Lage zukünftig werden aufrechterhalten können, insbesondere wenn wir an unsere Kinder oder Enkelkinder denken.

Es hieß, die Politik müsse wieder den Primat vor der Wirtschaft erlangen - aber von Ethik habe ich nichts gehört. Angeblich gründet unsere Staats- und Gesellschaftsordnung nach wie vor auf christlichen Grundwerten. Was ich aber wahrnehme, ist eine weitgehende Marginalisierung dieser

Werte, und auch den Kirchen gelingt es nicht, sie in Politik und Wirtschaft wirklich zur Geltung zu bringen. In der DDR war die Marginalisierung christlichen Denkens durch den dominierenden Marxismus offenkundig, während in Westdeutschland diese Rolle, wie es scheint, von der D-Mark übernommen wurde. "Marx" und "Mark" machen in dieser Hinsicht wohl keinen so großen Unterschied.

Ich meine, bei all unseren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Analysen und Entscheidungen sollten wir die Frage nach Menschenwürde und Menschenrechten wieder stärker mit einbeziehen, sonst bleiben wir bei Problemanalysen stehen und können keine den Menschen gerecht werdenden Therapien entwickeln. Hier hätten die Kirchen eine wichtige Aufgabe, die sie bisher nur sehr unvollkommen wahrnehmen.

Nun sind Wirtschaft und Technik ja keine Naturgegebenheiten, sondern Menschenwerk. Und da bin ich immer etwas ratlos, wenn ich höre: Davon kommen wir nicht mehr los. Natürlich will ich nicht zu Rousseau und zum einfachen Leben zurück, aber daß diese Dinge veränderbar und steuerbar sind, dürfte doch einsehbar sein. Das heißt, ich möchte an unsere Kreativität appellieren, uns auf das zu besinnen und danach zu handeln, was für die Lebensqualität der Menschen unverzichtbar ist.

Vielleicht sehen Sie darin eine naiv-christliche Forderung. Aber wenn ich höre, das Kapital sei ein scheues Reh, das man nicht erschrecken dürfe, weil es uns sonst davonspringt, dann kann ich nur sagen: Welch eine Vergötzung findet hier statt? Das ist auch ein Appell an die Kirchen und uns Christen, weniger exegetische Sandkastenspiele zu betreiben, sondern uns in diese Existenzfragen unserer Gesellschaft stärker einzumischen.

Riedmüller

Lassen Sie mich zum augenblicklichen Stand unserer Diskussion nur soviel anmerken: Wir haben eine Reihe von Annäherungen an das Phänomen der Exklusion versucht, ohne daß! sich wissenschaftlich, politisch oder gesellschaftlich eine eindeutige Definition abzeichnet. Immerhin haben wir eine recht gute Vorstellung davon erhalten, welche Gruppen! wohl dazu zu zählen sind, auch im europäischen Vergleich.

Ich möchte anregen, daß wir im weiteren in unsere Überlegungen mit einbeziehen, wie dieser Tatbestand politisch wahrgenommen wird und welche gesellschaftlichen Konflikte daraus resultieren können. In Frankreich gibt es eine Arbeitslosenbewegung, die durchaus politisch und gesellschaftlich relevant ist. In Deutschland fehlt dergleichen bisher noch. Ist so etwas zukünftig auch bei uns zu erwarten?

Grunenberg

Herr Richter sprach nochmals das Verhältnis von Politik und Ökonomie an. So sehr ich Viviane Forrester in dem zustimme, was sie in ihrem Buch "Der Terror der Ökonomie" an Phänomenen beschreibt, halte ich es doch für voreilig, in das periodisch immer wiederkehrende Lamento einzustimmen, die Wirtschaft habe die Herrschaft über die Politik ergriffen, jetzt müsse die Politik den Primat zurückgewinnen. Ich meine, die Zusammenhänge sind komplexer. Was ich wahrnehme, ist eine Funktionalisierung des Politischen mit der Konsequenz, daß der Bürgergesellschaft die politische Dimension mehr und mehr wegbricht.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. 1994 hat das Institut für Demoskopie in Allensbach eine Untersuchung durchgeführt, deren Kernaussage lautete: In bezug auf Freiheit und Gleichheit würden die Ostdeutschen ganz überwiegend die Gleichheit und die Westdeutschen die Freiheit präferieren. Dazu hieß es dann erklärend, die Ostdeutschen wüßten eben noch nicht so recht, was politische Freiheit ist; bei ihnen würden die vierzig Jahre lang eingeübten Muster der Fürsorgegesellschaft dominieren; deshalb habe die soziale Gleichheit dort einen höheren Stellenwert als die politische Freiheit.

1998, nur vier Jahre später, stellte Allensbach die gleiche Frage und mußte erstaunt zur Kenntnis nehmen, daß inzwischen die Westdeutschen - nach den Erfahrungen einer sich verstärkenden Wirtschaftskrise - ebenfalls die soziale Gleichheit höher einschätzen als die politische Freiheit.

Als Politikwissenschaftlerin folgere ich daraus, daß in Westdeutschland das Politische stets gewissermaßen als Zugabe zur sozialen Absicherung betrachtet wurde. In der DDR geschah das gleiche, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Was 1989 - in dieser wahrhaft weltgeschichtlichen Zäsur - versäumt wurde, war, eine politische Gründung vorzunehmen, deren eine Bürgergesellschaft unbedingt bedarf, wenn sie nicht zu einem rein sozialen Konglomerat degenerieren soll.

Was also fehlt - auch in dieser Debatte;- , ist die Dimension der politischen Selbstvergewisserung. In der amerikanischen Revolution sprach man davon, daß die Gesellschaft einen "body politic" habe; was eben meinte, daß sich die Bürgergesellschaft nicht nur als Sozialverband, sondern als politischer Verband (Verfassung, Gewaltenteilung, Institutionen) konstituiert. Das heißt, die Bürgergesellschaft ist nicht vornehmlich ein Auffangbecken für die Exkludierten oder eine Kompensation entfallender staatlicher Leistungen. Sie ist auch nicht nur eine Verantwortungsgemeinschaft. Worauf es vielmehr ankäme, wäre, auf der Grundlage unserer historischen Erfahrungen eine Art geschichtlich-politischen Horizont zu entwickeln, der eine Perspektive für die Zukunft ermöglicht.

Was den Gleichheitsbegriff angeht, so hat dieser zumindest zwei Konnotationen: soziale und politische Gleichheit. Als Idee, die ein Gemeinwesen zusammenhält, ist die politische Gleichheit so selbstverständlich geworden, daß sie kaum mehr thematisiert wird. 1989 war sie nicht mehr als eine Art Beigabe des Anschlusses, ohne daß sich daraus politisch etwas entwickeln konnte. Deshalb fehlt der Debatte über die Bürgergesellschaft das, was manche als Vision oder als Leitidee bezeichnet haben. Die Konzentration auf die soziale Gleichheit unterminiert - das ist meine These - die politische Gleichheit und damit die politische Dimension der Bürgergesellschaft.

Was in den Untersuchungen von Allensbach deutlich wird, ist gerade die Unterschätzung des politischen Regelwerks durch die Bürger, als sei dieses nur dazu da, die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen paßförmig zu machen und möglichst schnell umzusetzen. Diese Einstellung finde ich besorgniserregend. Wir leben heute an einer Schnittstelle der Moderne, wo das politische Regelwerk Gefahr läuft, entleert zu werden. Man sollte sich zumindest darüber klarwerden, daß infolge einer solchen Entwicklung Sinndefizite entstehen, die nirgendwo aufgefangen werden können. Dann führen die Debatten über soziale Ungleichheit letztlich nur zu der unverbindlichen Forderung, wir sollten uns doch bitte alle um soziale oder ethische Werte bemühen.

Ich habe auch Probleme mit unserer Art, die soziale und politische Wirklichkeit zu kategorisieren. Dabei hantieren wir mit Modellen, die aus dem 19. Jahrhundert stammen. Da ist dann von Gesamtheit oder Ganzheit die Rede. Joseph Rovin hat schon daraufhingewiesen, daß die Globalisierungsdebatte auch in Richtung Auflösung der Nationalstaaten geführt wird und die Unterscheidung der traditionellen Innen- und Außengrenzen mehr und mehr obsolet wird. Das heißt, der Begriff der Gesamtgesellschaft hat allenfalls noch als regulative Idee für die Menge der Einzelbiographien eine Bedeutung.

Wenn jedoch die Grenzen zwischen Innen und Außen verschwinden, brauchen wir neue Orientierungen. Statt einer Gesamtgesellschaft wird es mehr und mehr segmentierte Teilgesellschaften geben, und wir müssen uns fragen, auf welche Weise und auf welcher Ebene sich die einzelnen Segmente noch aufeinander beziehen.

Riedmüller

Ich würde Ihre These, Frau Grunenberg, sogar noch zuspitzen: Von Bestandsgefährdungen zu reden, wenn an den Rändern Auflösungserscheinungen entstehen, ist vielleicht auch das falsche Denkmodell. Möglicherweise können moderne Gesellschaften auch ohne eine soziale Integration nach altem Muster leben. Bei den Amerikanern funktioniert das jedenfalls schon sehr lange.

Rudolph

Mein Eindruck ist, daß wir der Frage, was Wirtschaft und Technik für unser Thema bedeuten, bisher nicht zureichend nachgegangen sind. Was wir feststellen, ist, daß sich unsere Arbeitswelt in einer großen Umbruchphase befindet und Arbeitsplätze verlorengehen. Woher sollen neue Arbeitsplätze kommen? Wo gibt es Impulse, die dazu führen, daß, sagen wir, im Leipziger Umland, im Osten von Berlin oder im alten westsächsischen Industriegebiet, wo alles weggebrochen ist, im großen oder im kleinen neue Arbeitsplätze geschaffen werden? Ich meine, ohne diesen Aspekt läßt sich diese Debatte nicht fruchtbar führen.

Bei der Diskussion um das Thema Ausgrenzung fällt mir des weiteren auf, daß in vielen Fällen die Lage für den einzelnen im Grunde gar nicht so katastrophal ist. Sie könnten sie persönlich durchaus bewältigen, sehen sich aber dazu dennoch nicht imstande und empfinden deshalb das Gefühl von Niedergang und Demoralisierung. Vielleicht erinnern Sie sich an den großen Essay von Georg Simmel, in dem er der Frage nachgeht: Wie ist Gesellschaft überhaupt möglich? Im Grunde grenze es doch an ein Wunder, daß sich dieses Gewimmel von einzelnen Menschen irgendwie als ein Kollektivum, als Gesellschaft begreift, dem sie alle angehören. Und Simmel sagt - ein, wie ich finde, genialer Gedankengang -: Worauf es ankommt, ist, daß die Menschen selbst ein Bild von dieser Gesellschaft haben und ihre Existenz in den Rahmen dieses Gesellschaftsbildes einbringen können.

Die Frage ist: Woraus kann der einzelne heute ein solches Gesellschaftsbild herleiten, nachdem die traditionellen Gesellschaftsbilder zerbrochen sind und die ideologischen sich sozusagen vor der Geschichte blamiert haben? In einer fraktionierten oder, wie Frau Grunenberg sagt, segmentierten Gesellschaft sehe ich letztlich nur die Möglichkeit, daß jeder einzelne selbst versucht, sich in dieser Gesellschaft zu "positionieren" und seinen eigenen Ort zu finden, gewissermaßen als regulative Idee, wie Frau Grunenberg meinte. Vielleicht ist unsere Existenz in dieser Gesellschaft als ein Projekt zu begreifen, in dem der einzelne für sich zu definieren sucht, in welchem Rahmen er sich als nützlich und gerechtfertigt empfindet. Das kann von ganz kleinen praktischen Projekten bis zu der Frage reichen, wie wir zu einer neuen großen Integrationsidee für unsere Gesellschaft gelangen können, was Herr Bude angesprochen hat.

Was wir in Deutschland nach 1989 noch nicht einmal ansatzweise wahrgenommen haben, ist aber, welche Idee sich aus der Vereinigung, die da so plötzlich und unerwartet über uns gekommen ist, herleiten läßt. Warum ist dieser Gedanke nicht stärker zum Tragen gekommen? Warum ist es beispielsweise nicht gelungen, den Anpassungs- und Umstellungsprozeß, der in den neuen Bundesländern in Angriff genommen werden mußte, sozusagen gesamtgesellschaftlich zu adeln? Wir tun so, als müsse jeder einzelne diese Leistung erbringen und es sei an ihm, ob er das Gefühl hat, dies sei ihm gelungen oder damit sei er gescheitert. Als gesamtgesellschaftlicher Prozeß ist dieses Problem jedenfalls weder im Westen noch im Osten angegangen worden. Dies hätte die große Leistung sein können, aus der unsere Gesellschaft ihre Rechtfertigung bezieht.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu dem sogenannten New Yorker Modell, das hier angesprochen wurde. Dahinter steckt die Idee, eine gewisse Integration durch die Androhung von Ausschließung zu erreichen. Ich meine, diese Idee ist zumindest überlegenswert, auch wenn sie sich vielleicht nicht auf unsere Städte übertragen läßt. Ich denke beispielsweise an die Verschandelung unserer Städte durch die Graffiti-Schmierereien und die Aggressionen, die das bei den Bürgern auslöst. Die Berliner Polizei hat versucht, dieses Unwesen recht massiv zu bekämpfen, und zwar mit einigem Erfolg.

Daraus will ich nicht folgern, Exklusion sei hier ein Mittel der Integration gewesen, aber die Frage ist legitim: In welchem Maße kann Exklusion statthaft sein, wenn dadurch der Integrationsprozeß gefördert wird? Man darf natürlich den Exklusionsbegriff nicht dahingehend überdehnen, jegliche Handlungen solcher Art als moralisch verwerflich zu verdammen, sondern es gilt herauszufinden, wo Exklusion eine positive Wirkung haben kann. Bei den Graffiti-Schmierereien ist das sicher positiv zu interpretieren. In anderen Fällen dürfte es schwieriger sein. Ich meine aber, darüber muß man zumindest diskutieren.

Schröder

Herr Vester sprach von "prekärem Wohlstand". Was ich mich frage, ist: Was ist eigentlich der Maßstab für Mißstände? Ist die Gesellschaft sozusagen verantwortlich dafür, daß möglichst alle Menschen glücklich sind? Da würde meine Kritik ansetzen; denn die Gesellschaft als solche kann überhaupt keine Verantwortung tragen, sondern nur juristische oder natürliche Personen. Deshalb sollte man immer auch den Adressaten benennen, der für die angenommenen Mißstände in Anspruch genommen werden kann.

Prekärer Wohlstand könnte entstehen, wenn zum Beispiel eine Ehe scheitert oder jemand schwer krank wird und dadurch auch die anderen Lebensbezüge ins Rutschen geraten. Dafür sind weder der Staat noch die Gesellschaft verantwortlich, sondern entweder die Betroffenen selbst oder etwas, das man auch Schicksal nennen könnte, und daß so etwas vorkommt, ist noch kein gesellschaftlicher Skandal.

Auch beim Begriff Exklusion schwingt immer mit, daß da jemandem Unrecht widerfährt, er jedenfalls gegen seinen Willen ausgegrenzt wird. Das mag für einen Großteil der Fälle, die wir vor Augen haben, zutreffen. Es gibt aber auch einzelne oder Gruppen, die sich selbst ausschließen und eine Gegenkultur etablieren wollen. So wurde mir aus einer Schule berichtet, daß Schüler, die Zeugen einer Gewaltanwendung waren, sich weigerten, vor der Polizei auszusagen. Als man sie fragte, was sie machen würden, wenn sie selbst die Betroffenen wären, antworteten sie: Dann rufen wir bestimmt nicht die Polizei, sondern wissen uns schon selbst zu helfen! Eine solche Einstellung findet sich vor allem bei rechtsgerichteten gewaltbereiten Jugendlichen.

Ich frage mich, ob wir es hier quasi mit einer fatalen Karikatur der Zivilgesellschaft zu tun haben, in der sich verschiedene Gruppen "auf ihrer Insel" selbst organisieren. Worauf ich also hinweisen möchte, ist, daß Ausgrenzung nicht nur etwas ist, das Menschen in unserer Gesellschaft widerfährt, sondern

daß es auch Menschen gibt, die sich bewußt ausgrenzen wollen. Die harmloseste Form ist vielleicht dieser merkwürdige Zwang zur Nonkonformität, den sich viele auferlegen.

Huber

Frau Grunenberg hat daraufhingewiesen, auch in Westdeutschland würden sich die Prioritäten verändern, vom Wert Freiheit hin zum Wert sozialer Gleichheit. Nun hat die Formulierung von Wertprioritäten stets wesentlich mit Knappheitserfahrungen zu tun. Es muß also keineswegs so sein, daß Freiheit für die Menschen weniger wichtig geworden ist, sondern die Ursache für die von Ihnen zitierte Entwicklung kann eben darin liegen, daß soziale Gleichheit weniger gegeben ist. Insofern ist das Ergebnis der Allensbacher Untersuchung unschwer zu erklären.

Soziale Gleichheit ist in der Tat inzwischen auch in Westdeutschland zu einem knappen Gut geworden. Einerseits verschärfen sich Verarmungsprozesse, andererseits hat das, was vorhin so vornehm Einkommensspreizung genannt wurde, erheblich zugenommen. Herr Pfeiffer hat daraufhingewiesen. Es ist auch kein Zufall, daß das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage vor einem Jahr nicht nur einen Armuts-, sondern auch einen Reichtumsbericht einfordert und das grundgesetzliche Postulat "Eigentum verpflichtet" nicht nur auf das Eigentum, sondern auch auf das Vermögen bezieht. Hier entwickelt sich ein Legitimationsdefizit, das unsere Aufmerksamkeit verdient und das über die Interpretation von Frau Grunenberg hinausgeht.

Des weiteren möchte ich fragen, ob die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse tatsächlich eine Abkehr vom Nationalen bedeuten. Ich bin nämlich ganz im Gegenteil der Meinung, daß sich die Frage nach der nationalen Identität der Deutschen erheblich verschärfen wird, wenn sich diese Identität nicht mehr an der D-Mark festmachen kann, weil es künftig den Euro gibt. Drauf gibt es bisher keine konstruktive Antwort, die sich ja nicht mehr nur an einem aus ökonomischen Kategorien abgeleiteten Leitbild orientieren kann.

Insofern, Herr Bude, hilft auch Ihr experimenteller Kapitalismus nicht weiter. Wenn wir uns nämlich bei der Frage nach der nationalen Identität nicht mit nationalistischen Antworten herumschlagen wollen, müssen wir konstruktive Antworten finden und kommen nicht darum herum, an historische Bezüge anzuknüpfen.

Bude

Das entspricht aber sicher nicht dem angelsächsischen Verständnis des experimentellen Kapitalismus.

Huber

Das behaupte ich auch nicht. Vielmehr müssen wir in Kontinentaleuropa dieses Problem in spezifischer Weise angehen, um mit den Verzerrungen fertig zu werden, die ich im Referat beschrieben habe.

Was wir brauchen, ist ein Integrationsmodell, das den Stellenwert der kleineren innerhalb der größeren Gemeinschaft thematisiert; denn diese größere Gemeinschaft muß gewissermaßen ein Wirkungszusammenhang von vielen kleineren Gemeinschaften werden - um das Wort "Gesellschaft" hier zu vermeiden. Die einzige Antwort darauf kann gewiß nicht nur der Verfassungspatriotismus sein, sondern ich traue mich sogar, eine Art von kulturellem Patriotismus zu fordern. Denn Herr Richter hat zu Recht nach den Quellen gefragt, aus denen sich ein gesellschaftlicher Konsens erneuern kann.

Herr Rudolph hat ein Integrationsmodell angesprochen, bei dem Integration auch durch Exklusion erreicht werden kann. Am Beispiel Amerika wird deutlich, daß es offenbar genügt, etwas mehr als die Hälfte der Mitbürger zu integrieren, um die Stabilität der Gesellschaft zu gewährleisten; auf den Rest kann man verzichten, weil er nicht gefährlich wird. Bisher konnte man sich in der Bundesrepublik Deutschland mit der Meinung beruhigen, die hohe Arbeitslosigkeit gefährde die Integration nicht, weil die Arbeitslosen als Protestpotential nicht mobilisierbar seien. Ob die ersten Arbeitslosendemonstrationen, die wir erlebt haben, ein Signal sind, daß sich das ändert, weiß ich nicht. Bisher konnte man jedenfalls eher gelassen damit umgehen.

Herr Rudolph hat die These aufgestellt, Exklusion sei in bestimmten Fällen notwendig, um die Integration zu erhalten. In seinem Beispiel ging es allerdings um die Exklusion von Verhaltensweisen und nicht von Personen. Aus christlicher Sicht kommt es gerade auf die konstitutive Unterscheidung zwischen der Person und ihren Verhaltensweisen, Taten und Leistungen an. Letztere sind zwar wichtig, dürfen aber niemals zur Definition der menschlichen Person verwandt werden. Es gibt

sozusagen eine unabhängige Instanz in der menschlichen Person, die ihre Würde ausmacht und die nicht dadurch verlorengeht, daß menschliches Handeln mißlingt. Daß Menschen würdelos handeln, hebt ihre Würde nicht auf. Das ist der kühne Gedanke, der besagt, daß Exklusion dort ihre Grenze hat, wo sie nicht nur die Verhaltensweisen, sondern die Person selbst ausgrenzt.

Hannah Arendt spricht in diesem Zusammenhang davon, das elementare Recht des Menschen sei das Recht, Rechte zu haben, das heißt, als Person anerkannt zu sein, unabhängig von Staatsangehörigkeit oder der Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen und dergleichen. Meine Grundüberzeugung lautet: Es ist in der Tat die elementare Voraussetzung für die Humanität einer Gesellschaft, die säkulare Bedeutung dieser zentralen christlich begründeten Unterscheidung fruchtbar zu machen.

Grunenberg

Zu einem meines Erachtens problematischen Verständnis von Freiheit gehört auch, diese nur als Wert zu definieren und aus dem Handlungsbereich vollkommen herauszunehmen. Dazu möchte ich ebenfalls Hannah Arendt zitieren: "Freiheit ist die Fähigkeit zur Stiftung des Gemeinwesens." Zu definieren, was das heißt, wäre einer Denkanstrengung auch in diesem Kreis wert. Das sind nicht zwei konträre Ebenen.

Maier

Das ist gerade nicht der christliche Begriff von Freiheit.

Jann

Wenn Unternehmen die Profite erhöhen und ihre Aktionäre reich machen und gleichzeitig ihre Arbeitnehmer entlassen, dann ist das ein politisches Problem. Zu fragen ist daher: Wie können wir verhindern, daß eine Unterschicht entsteht, die durch Drogen- oder Alkoholmißbrauch, Kriminalität, Vandalismus und Rassismus ein Gefährdungspotential für die Gesellschaft darstellt? Denn, Herr Heitmeyer hat darauf verwiesen, desintegrierte Gesellschaften sind mit der Gewaltproblematik konfrontiert; Herr Rovon sprach darüber hinaus von einer drohenden Faschistisierung der Gesellschaft.

Nun ist die Bürgergesellschaft früher sicher ausgeprägter gewesen; denn die institutionelle Infrastruktur - Familien, Vereine, Schulen, kirchliche Gemeinden und so weiter - ist heute schwächer geworden; in Osteuropa war sie übrigens nie besonders stark. Diese Infrastruktur zu erneuern, ist die zentrale Herausforderung. Deshalb ist zu fragen, was sich auf der lokalen Ebene - "all politics is local" heißt die klassische amerikanische Formulierung - ändern läßt, um diesem Desintegrationsprozeß gegenzusteuern.

Eine Möglichkeit, die ich sehe, ist, darauf hinzuwirken, daß sich die riesigen Komplexe, die Soziale Leistungen professionell verwalten, allmählich auflösen, indem wir die Handlungsfähigkeit der Bürger stärken, beispielsweise über ein Bürgergeld. Das heißt, statt die Angebote zu verfeinern, die Anbieter öffentlicher Dienstleistungen weiterhin ihre Macht ausspielen zu lassen, sollten wir der Nachfrage, also dem Bürger selbst, mehr Einfluß verschaffen.

Untersuchungen in den USA zeigen, daß beispielsweise in Gemeinden, in denen Eltern zwischen verschiedenen Schulformen selbst wählen können ("school choice"), der Zusammenhalt stärker ist als in Gemeinden ohne solche Wahlmöglichkeit.

Aber nicht nur auf der lokalen, auch auf der Zentralebene muß sich etwas tun. Tony Blair, der heute so vielen als Vorbild gilt, hat nach seinem Amtsantritt in Downing Street Nr. 10 eine einzige neue Stabsstelle mit dem höchst bezeichnenden Titel "social exclusion unit" eingerichtet - kaum vorstellbar, daß so etwas im Bundeskanzleramt möglich wäre. Blairs Botschaft, die er schon in seinem Wahlkampf zum Ausdruck brachte, lautet: Exklusion ist heute für Großbritannien das größte Problem, dem er jetzt mit diesem eher symbolischen Akt - aber ich halte symbolische Politik für sehr wichtig - Ausdruck verliehen hat.

Dabei nannte er zwei konkrete Punkte, mit denen sich die Stabsstelle vordringlich beschäftigen soll. Zum einen soll innerhalb eines Jahres versucht werden, das Problem der Wohnungslosen, die auf der Straße leben ("rough sleeping", wie es in Großbritannien heißt), möglichst voll beseitigt werden. Zum anderen soll das Problem derjenigen, die ihre Grundschulausbildung abbrechen ("school drop-out"), nachhaltig angegangen werden. Das mögen sehr praktische Probleme sein, aber es kommt darauf an,

abstrakte Konzepte wie Exklusion - in der politischen Debatte mit konkreten Lösungsvorschlägen zu verbinden.

Solange es aber über derartige Themen keine öffentliche Diskussion gibt, wird die Politik nichts tun. Es macht auch keinen Sinn, hierfür die Medien zu beschimpfen; denn Herr Heitmeyer und Herr Pfeiffer haben vielfach Gelegenheit, ihre Thesen in der Presse zu vertreten. Die Dinge sind also durchaus bekannt. Worauf es ankommt, ist, daß die Politik diese Fragen auf die Tagesordnung setzt. Hier ist nicht die lokale, sondern die zentrale Ebene gefragt. Ob dies allerdings unser jetziger Bundeskanzler tun wird, möchte ich bezweifeln.

Riedmüller

Das ist ein handfester Vorschlag, der sich an die Politik richtet. Doch auch die Feststellung von Herrn Schröder scheint mir wichtig, daß es Menschen gibt, die sich selbst bewußt ausschließen wollen. Andere dagegen kämpfen gegen die Exklusion an. Wie können deren Interessen vertreten werden?

Heitmeyer

Von zunehmender Arbeitslosigkeit ist eine Gruppe besonders betroffen, nämlich die Migranten, die damit kaum noch die Möglichkeit haben, über Arbeit, die zu gesellschaftlicher Anerkennung führt, integriert zu werden; das gilt vor allem für die Jugendlichen. Was wir feststellen, ist, daß die Arbeitssegmente, in denen die Migranten bisher tätig waren, in den Städten wegbrechen, zumal im produzierenden Gewerbe. Und in neuen Betrieben werden in der Regel höhere Qualifikationsanforderungen gestellt, die Migranten nicht erfüllen können.

Bisher ging man davon aus, die Integration der Migranten zumindest über die Generationsabfolge regeln zu können. Während die erste Generation sich noch weitgehend an der Herkunftsgesellschaft orientiert und die zweite Generation sich mehrere Optionen offenhält, meinte man, daß die dritte Generation bereit ist, sich in die neue Gesellschaft, die ja ihre Gesellschaft ist, voll zu integrieren. Das hat in vielen Fällen durchaus auch funktioniert, klappt jetzt aber immer weniger angesichts der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten, die die Integration erleichterten.

Es ist also zu befürchten, daß die jungen Menschen der dritten Generation kaum noch die Chance haben, ihr eigenes ethnisches Milieu zu verlassen. Vielleicht sind die Türken als die größte Migrantengruppe am ehesten in der Lage, eine funktionsfähige eigene Infrastruktur aufzubauen. Das hat aber eine Rückwendung in eben dieses eigene ethnische Milieu zur Konsequenz, was erhebliche Probleme für die Mehrheitsgesellschaft mit sich bringen kann, wenn die Zugänge zu deren Funktionssystem mehr und mehr für Migrantenkinder versperrt sind.

Hier wäre die Politik gefordert, auf eine Öffnung der Systeme hinzuwirken; aber für diese Forderung ist sie sowohl auf kommunaler wie auf Landes- oder Bundesebene bisher völlig blind. Offensichtlich hat man total verdrängt, daß man die Menschen, die bei uns im Lande leben und hier auch bleiben wollen, und zwar zu Recht, nicht wieder herauspedieren kann.

Damit ist zugleich eine demographische Entwicklung verbunden, die man selten zur Kenntnis nimmt. Ein Beispiel: In Nordrhein-Westfalen wird im Jahre 2010 der Anteil der sogenannten Ausländer in der Altersgruppe von 20 bis 40 Jahren in großen Städten etwa 45 Prozent betragen. Diese Menschen strömen auf den Arbeitsmarkt, brauchen Wohnraum und so weiter, während die Mehrheitsgesellschaft sich zunehmend abschließt und es insbesondere an Arbeitsplätzen fehlt. Diese Entwicklung wird nirgendwo in der Politik - das gilt ausnahmslos für alle Parteien - wahrgenommen. Im Gegenteil, was sich zeigt, sind zunehmend rabiate Abwehrhaltungen, die seitens vieler Politiker - aus unterschiedlichen Motiven heraus - an den Tag gelegt werden.

Von daher halte ich eine andere Integrationspolitik für unbedingt notwendig. Anderenfalls sehe ich voraus, daß eine Erosion der sozialen Verteilungs- oder Wohlfahrtspolitik stattfindet und diese immer mehr durch eine Politik verschärfter Kontrollen ersetzt wird. Ich sehe jedenfalls mit Sorge, daß das Thema öffentliche Sicherheit allmählich die Diskussion über die soziale Sicherung ablöst.

Die Kardinalfrage ist: Wie hält man die Gesellschaft zusammen? Das ist keine Frage der Werthomogenität, ein Thema, bei dem schon zu viele im Nebel herumstochern, um von Strukturproblemen abzulenken. Aber die Einführung verstärkter Kontrollmechanismen mit entsprechenden polizeilichen Maßnahmen oder mit Hilfe privater Wachdienste oder ähnlichen Ordnungspartnerschaften - halte ich jedenfalls für keine wünschenswerte Perspektive.

Ich habe die Migrantengruppen bewußt angesprochen, weil die meisten von ihnen in den Städten leben, die für das, was sich in der Gesamtgesellschaft tut, sicher maßgebend sind.

Bäcker

Herr Biedenkopf sagte, daß die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik - konkret: das Sozialversicherungssystem - an der Mittelschicht orientiert und nicht auf die sozial Schwachen bezogen seien. Diese Diagnose ist sicher richtig. Ich meine aber, gerade aus der Mittelschichtorientierung haben wir einen hohen Grad an Integrationsfähigkeit in der Gesellschaft gewonnen.

Dafür ein Beispiel, das sich auf die gesetzliche Krankenversicherung bezieht. Die Frage nach Exklusion und Inklusion ist ja immer auch auf Gesundheit und Krankheit bezogen. Trotz vieler Einschnitte ist bisher bei uns eine gleiche gesundheitliche Versorgung weitgehend gesichert. Um es plastisch auszudrücken: Den sozialen Status eines Menschen erkennt man in Deutschland noch nicht am Gebiß, was in vielen anderen Ländern keinesfalls selbstverständlich ist. Dies wird dadurch erreicht, daß unser Krankenversicherungssystem bis weit in die Mittelschicht hinein ausgedehnt wurde und über die Pflichtmitgliedschaft ein Ausgleich von guten und schlechten Risiken stattfindet.

Die Kritik an der Mittelschichtorientierung zeigt nun eine allmähliche Abkehr von diesem Pflichtverbund an. Das heißt, die "guten" Risiken wandern in die für sie günstigeren Privatversicherungssysteme ab, die geringere Beiträge verlangen. Das führt in der Tendenz dazu, daß wir ein zweigeteiltes Gesundheitssystem erhalten: Auf der einen Seite haben wir dann eine minimale Grundversorgung, während es auf der anderen Seite die privatversicherte bessere Zusatzversorgung gibt, wie das heute schon in den USA der Fall ist. Hier stellt sich eine eminent politische Frage: Wollen wir das alte System im wesentlichen beibehalten, oder gehen wir zu einem System über, das sich stärker an der privaten Gesundheitsvorsorge orientiert?

Herr Biedenkopf beklagte dann, daß die sogenannten einfachen Arbeiten in Deutschland unterbewertet werden. Dabei meinen Sie offenbar, wenn wir diese einfachen Arbeiten höher bewerten würden, wäre das ein Beitrag zur Lösung der Arbeitslosigkeit. Was Sie aber übersehen, ist, daß die Vermehrung der Niedriglohnarbeitsplätze zugleich die soziale Ausgrenzung der Betroffenen verstärkt. Diejenigen, die auf diese Weise nur wenig verdienen, sind gezwungen, bei denen zu arbeiten, die das Geld haben, um sich die gewünschten privaten Dienstleistungen auf dem freien Arbeitsmarkt zu kaufen. Das wäre, mit Herrn Heitmeyer zu sprechen, in der Tat ein riskantes Spiel, weil es die Exklusion vorantreibt.

Das betrifft auch eine zentrale Grundentscheidung, die Herr Bude erwähnt hat: Soll, wer arbeitet, damit sein Existenzminimum sichern können? Das ist nicht nur eine materielle, sondern auch eine kulturelle Frage. Bisher war es in der Bundesrepublik Konsens, daß jemand, der voll arbeitet, damit zumindest soviel verdienen muß, wie er zum Überleben braucht. Wird dieser Konsens jetzt in Frage gestellt, und welche Konsequenzen hätte das für die Gesellschaft?

Herr Biedenkopf hat des weiteren ausgeführt, daß die kleinen sozialen Netze, namentlich die Familie, ihre Integrationskraft mehr und mehr verlieren. Ich wäre da nicht so skeptisch wie Sie, sondern meine, daß die Familie nach wie vor eine Fülle von sozialen Aufgaben bewältigt - von der Kindererziehung bis zur Pflege alter Menschen. Richtig ist aber, daß die familiäre Unterstützung heute an bestimmte Voraussetzungen gebunden und keineswegs mehr so selbstverständlich möglich ist. Dabei zeigen alle Untersuchungen, daß die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit erheblich abgemildert werden, wenn die kleinen sozialen Netze tragfähig sind.

Wenn dagegen in der Wirtschaft mit neoliberaler Verve die Forderung obenan steht, daß Leistung sich wieder lohnen muß und das Denken in Kosten-Nutzen-Relationen und Rentabilitätsberechnungen sich auf alle Lebensbereiche erstreckt, dann darf man sich nicht wundern, wenn in den kleinen Lebensbereichen die Bereitschaft zur Solidarität schwindet. Wer von 8 bis 17 Uhr im Arbeitsleben seine Ellenbogen gebrauchen muß, wird nach Dienstschluß kaum nach anderen Werten leben und sich für die Nachbarschaftssolidarität einsetzen oder Bürgerarbeit leisten. In einer Niedriglohnökonomie bleibt für derlei Dinge wenig Raum. Solche gesellschaftlichen Rückwirkungen sollten wir bei unseren politischen Strategien mitbedenken.

Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß sich in den nächsten Jahren die regionalen Ungleichgewichte nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland verstärken werden. Wenn beispielsweise auf der politischen Ebene - ich denke an die Initiative von Bayern und Baden-Württemberg - versucht wird,

den Länderfinanzausgleich in Frage zu stellen, dürfte das den Zusammenhalt der Bundesländer untereinander schwächen.

Biedenkopf

Ihre Interpretation der Initiative von Bayern und Baden-Württemberg geht völlig an dem tatsächlichen Sachverhalt und den zugrunde liegenden Intentionen vorbei.

Dubiel

Es ist noch nicht so recht klargeworden, was der Begriff Exklusion eigentlich bedeutet, und es fällt offenbar schwer, ihn phänomenologisch einzukreisen. Ralf Dahrendorf hat darauf hingewiesen, daß Ungleichheit von einem bestimmten Schwellenwert an für die Demokratie gefährlich wird. Er orientiert sich dabei an der sogenannten "goldenen Nachkriegszeit", die bis etwa Mitte der 70-er Jahre reicht. In der Zeit gelang es - einmalig in der Geschichte des Kapitalismus;- drei Dinge relativ konfliktfrei zusammenzubringen: erstens eine Reichtumsproduktion auf kapitalistischer Grundlage; zweitens die Integration der Gesellschaft über die Beteiligung des einzelnen an der Erwerbsarbeit; drittens die Entwicklung von Bürgerrechten.

Dieser Dreiklang ist in den letzten Jahren immer weniger gegeben. Und ein Teil unseres Problems ist, daß wir, die wir politisch und intellektuell in diesem Zeitraum aufgewachsen sind und sozialisiert wurden, unsere Kriterien für Normalität von daher beziehen und die heutigen Exklusionserscheinungen gewissermaßen als Abweichung von diesem Normalzustand, wie wir es sehen, interpretieren, ohne uns bewußtzumachen, daß wir es mit einer geschichtlich gesehen einmaligen Situation zu tun hatten.

Dahrendorf schließt daraus eher resignativ: Wenn ein in der globalen Orientierung radikalierter Kapitalismus die beiden anderen Imperative - soziale Integration und Bürgerrechte - verdrängt, dann gibt es im Grunde nur zwei "perverse Optionen": entweder die Demokratie abzuschaffen - das ist die asiatische Lösung - oder den Sozialstaat - das ist die amerikanische oder die angelsächsische Lösung.

Der Soziologe Michael Young hat 1950 die utopische Fabel geschrieben "Rise and Fall of the Meritocracy" - also Aufstieg und Fall der Leistungsgesellschaft. Darin entwickelte er die Vorstellung, daß im Jahre 2010 die Gesellschaften durch Computer und Techniken der Leistungsmessung in der Lage sind, den Beitrag des einzelnen Individuums zum Sozialprodukt exakt zu messen und ihm entsprechend seinen Status in der Gesellschaft zuzuweisen. Mit anderen Worten, durch Computerberechnungen, Gentests und ähnliche Dinge ist es möglich, die perfekte Leistungsgesellschaft herzustellen.

Dies hat bei Young indes eine fürchterliche Konsequenz. Wenn nämlich der einzelne durch Leistungskriterien vollkommen ausdefiniert wird, verliert er jegliche Menschenwürde. Die totale und ausschließliche Orientierung am Leistungsprinzip schafft massive Entfremdungsprobleme in der gesamten Bevölkerung - mit Ausnahme derer, die zu den obersten Führungskadern gehören. Young läßt am Ende seiner Fabel gegen dieses System die Frauen revoltieren, die die Computer zerstören und ein neues System errichten, das die Zugehörigkeit zur Gesellschaft an andere Kriterien knüpft. Sicher eine durchaus visionäre Geschichte.

Worauf es mir ankommt, ist, daß wir den Begriff des "Bürgers" neu definieren und diese bürgerliche Gesellschaft nicht mehr nur als eine Ansammlung von egozentrischen Atomen interpretieren. Bürger- oder Zivilgesellschaft ist für mich eine Gesellschaft, in der gewissermaßen assoziative Potentiale durch geeignete Strukturen gefordert werden und die einzelnen Individuen gemeinschaftliche Bindekräfte entwickeln und frei entfalten können.

Vor diesem Hintergrund würde es bei der Zukunft des Sozialstaats nicht vornehmlich darum gehen, wie man die Besitzstände verteidigt. Denn die herkömmliche Form des Sozialstaats war vor allem darauf ausgerichtet, den einzelnen in persönlichen Notlagen zu schützen. T. H. Marshall hat den Sozialstaat mit der Idee verbunden, daß jeder Mensch als Bürger ein Recht darauf hat, seine sozialen Ansprüche zu realisieren und auf diese Weise ermächtigt ist, am bürgerlichen Gemeinwesen teilzunehmen. Dies ist jedenfalls eine ganz andere Logik des Sozialstaats, über die nachzudenken sich lohnen würde.

Riedmüller

Wir reden hier über soziale Gruppen, die entweder schon ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind, beispielsweise die Immigranten. Wie definieren diese Menschen selbst ihr Leben? Auch dazu gibt es Untersuchungen. Mag sein, daß die Politik wenig darüber weiß, weil sie den Kontakt zu den Menschen verloren hat.

Dubiel

Das größte Problem, das ich bei uns sehe, ist eher ein kulturelles Phänomen, daß nämlich Sinnstiftung und Identitätsfindung eng mit der Erwerbsarbeit gekoppelt sind, sozusagen das protestantistische Erbe in uns, das unsere Geltung als Person über die Teilhabe an bezahlter Arbeit definiert. Es gilt heute mehr, bei McDonald's einen miesen Job auszuüben, als ein Kind großzuziehen, sicher ein reichlich absurder Maßstab, an dem die Wertschätzung als Person festgemacht wird. Und solange sich diese Einstellung nicht ändert, werden wir uns mit dem gesellschaftlichen Umbau schwertun.

Pfeiffer

Die These lautet: Die Ausgegrenzten werden immer jünger; sie werden immer fremder; sie werden immer machtloser, und wenn wir nicht aufpassen, werden sie immer frustrierter und gefährlicher. Wenn die beiden letztgenannten Entwicklungen eintreten, wird die Sozialpolitik in der Tat durch eine Kontrollpolitik abgelöst. Das kann man am Beispiel der USA belegen. Die beiden ersten Punkte sind ausreichend bestätigt. Aber der dritte Punkt, die zunehmende Machtlosigkeit, ist von besonderem Interesse. In Frankreich herrscht bei den Arbeitslosen die Illusion: Wenn man auf die Straße geht, erreicht man - zumindest in den Medien - Aufmerksamkeit; auch die Politik tut so, als sei sie tief betroffen. Dabei sitzen die Politiker das Problem nur aus; denn die Arbeitslosen halten nicht sehr lange durch, irgendwelche Räumlichkeiten zu besetzen; ihr Widerstand bröckelt und bricht schließlich ab, ohne daß die Polizei groß einschreiten müßte. Das heißt, die Proteste bewirken letztlich 'nicht allzuviel.

Entscheidend scheint mir eine andere Frage: Wer von den Sozialhilfeempfängern geht denn zur Wahl? Die Jungen wählen ohnehin nicht; die Ausländer dürfen nicht, und der Rest ist so frustriert, daß eine wachsende Zahl ihr Wahlrecht nicht mehr ausübt. Da hat sich seit den 50-er und 60-er Jahren eine radikale Änderung vollzogen. Damals gingen die Arbeitslosen und die Armen am 1. Mai noch auf die Straße zur Demonstration und lauschten ergriffen den Pathosreden des IG-Metall-Vorsitzenden Brenner, der ihnen erzählte: Wenn ihr nur richtig wählt und solidarisch seid, kommt irgendwann der Sozialismus, und wir werden gewinnen. Die Wahlbeteiligung lag damals bei 90 Prozent, während sie heute in bestimmten Stadtteilen unter 50 Prozent liegt, weil, wie Wahlforscher herausgefunden haben, die Armen vielfach nicht mehr wählen.

Das hat eine verhängnisvolle Konsequenz, wie man in den USA beobachten kann: Wenn die Armen und Ausgegrenzten überwiegend nicht mehr zur Wahl gehen, kann die Politik es sich leisten, deren Interessen unberücksichtigt zu lassen. Wenn den Armen egal ist, ob Schröder oder Kohl oder Biedenkopf regieren, dann braucht sich die Politik um diese Menschen nicht mehr zu kümmern. Das ist die Situation in den USA; dort liegt die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen scheinbar noch bei 50 Prozent, in Wirklichkeit aber weit darunter; denn es wählen nur 50 Prozent derer, die sich in Wählerlisten eintragen lassen] und das sind nur 60 bis 70 Prozent der Wahlberechtigten. Bei Kommunalwahlen ist die reale Wahlbeteiligung inzwischen in den großen Städten auf unter 20 Prozent gesunken. Die Folge ist, daß in den USA die Demokratie schrittweise in eine Oligarchie übergeht. Die Politik kann den Sozialstaat abschaffen, weil sie es sich leisten kann, die davon betroffenen Bürger zu ignorieren und sich primär um die Interessen derer zu kümmern, die überwiegend noch zur Wahl gehen - die Bürger aus der weißen Ober- und Mittelschicht. Gegenüber den Armen ersetzt eine radikale Kontrollpolitik immer mehr die Sozialpolitik.

Was in den USA praktiziert wird, ist schärfer als das, was Le Pen in Frankreich fordert. So gibt es in Kalifornien ein Gesetz, wonach jemand, der zum dritten Mal einen Wohnungseinbruch begangen hat, eine lebenslange Freiheitsstrafe erhält ("three strikes and you are out"), und zwar zwingend ohne Ermessensspielraum für den Richter. An die 6000 Lebenslängliche haben weder einen Mord noch ein anderes schweres Kapitalverbrechen begangen, sondern sie sind lediglich mehrfach auffällig und damit der Gesellschaft lästig geworden. Ohne daß die Kriminalität wesentlich angestiegen ist, wurde die Zahl der Gefängniszellen seit 1982 von 400.000 auf über 1,6 Millionen vervierfacht. Gegenwärtig sitzen in den USA 1,7 Millionen Menschen in überfüllten Strafanstalten; das sind pro 100.000 Einwohner 650; in Europa sind es zwischen 50 und 100. In Kalifornien verbüßen pro 100.000 Einwohner 1500 eine Gefängnisstrafe, etwa 25mal so viele wie in Europa. Eine solche Dimension der

Ausgrenzung gibt es allenfalls noch in China; auch die Todesstrafe wird nirgendwo so häufig verhängt wie in den USA und in China. In diesen beiden Ländern kann man geradezu von einer Unkultur der Auseinandersetzung mit "Abweichlern" sprechen.

Die Ausgaben für das Gefängniswesen liegen in Kalifornien beispielsweise fast bei zwanzig Prozent des Staatsetats; bei uns sind es ein bis zwei Prozent. In der "New York Times" stand kürzlich ein Artikel über "The New Industrial Complex" in dem es hieß, Profite ließen sich heute weniger in der Rüstungsindustrie, sondern beim Gefängnisbau machen. Das ist die moderne Sozialpolitik: Man diszipliniert, weil man die Verhältnisse anders nicht in den Griff bekommt, und die Todesstrafe feiert fröhliche Urständ. Kein Politiker wird mehr gewählt, der gegen die Todesstrafe ist. Nachdem das "Reich der Bösen", die Sowjetunion, untergegangen ist, geht es jetzt bei der Kriminalitätsbekämpfung um die Vernichtung des Bösen im Innern. Alles konzentriert sich in einer nahezu faschistoiden Weise darauf, durch Wegsperrungen, Drohen mit der Todesstrafe und dergleichen die gefährliche Unterschicht zu disziplinieren, weil man meint, sie anders nicht mehr beherrschen zu können.

Ich füge hinzu: Wenn man dann noch berücksichtigt, daß bei den Wahlen nur die Reichen kandidieren können - wer anders sollte mehrere Millionen Dollar für einen privaten Fernesehwahlkampf aufbringen;- , dann ist die Tendenz zur Oligarchie manifest. Dabei gelten die USA weltweit als Hort der Demokratie und stellen sich selbst auch so dar.

Auf der anderen Seite gibt es in den USA aber auch eine ausgeprägte Bürgerkultur, die den Sozialstaat in Grenzen zu ersetzen vermag. In etwa 400 amerikanischen Städten bestehen inzwischen "Community Foundations", in denen sich Bürger materiell und persönlich engagieren, manchmal in Partnerschaft mit dem Staat, manchmal neben ihm. Dort herrscht das Bewußtsein vor: Wir müssen uns selbst um die Dinge kümmern und können nicht alles der Polizei überlassen.

Das ist wiederum etwas, was mich an der amerikanischen Gesellschaft fasziniert und wo sie uns Europäern voraus ist. Vielleicht entwickelt sich jetzt auch in Deutschland eine solche Bürgerkultur. In einigen Städten gibt es bereits Bürgerstiftungen, die sich für die Gemeinschaft engagieren wollen.

Aber ich gebe Herrn Heitmeyer recht: Im Augenblick sind wir dabei, an die Stelle der Sozialpolitik eine Kontrollpolitik zu setzen.

Bude

Ich bin in mancher Hinsicht optimistischer als die meisten von Ihnen. Ich meine, wir müssen uns vor einem Denkfehler hüten, der unsere ganze Diskussion durchzieht, indem hier allzusehr in Kontingenten gedacht wird. So als gäbe es ein ganz bestimmtes Kontingent von Erwerbsarbeit, das jetzt anders verteilt werden oder durch andere Tätigkeitsformen, beispielsweise durch Bürgerarbeit, ersetzt werden muß. Ich halte diesen Denkansatz für falsch. Dies stimmt nur für eine ganz bestimmte Form von Arbeit.

Wie viele Untersuchungen zeigen, wird heute mehr gearbeitet als früher. Es gibt einen wachsenden Arbeitsmarkt, auf dem durchaus Entgelte gezahlt werden, die allerdings weder der Sozialversicherung noch der Steuer zugänglich sind. Was sich hier zeigt, ist, daß die Art der Arbeit in erheblichem Maße durch ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen mitgeprägt wird.

Ich nenne dafür nur einen wichtigen Einflußfaktor: die Produktinnovation. Dazu erklärt der amerikanische Wachstumstheoretiker Paul Romer, daß wir unmittelbar vor einem neuen Wachstumsschub stehen, der sich eminent auf das Arbeitsvolumen auswirken wird - und zwar positiv;- , weil der Innovationsschub, der durch die Computerrevolution ausgelöst wurde, erst jetzt voll zum Tragen kommt. Romers Thesen werden heute in den USA viel diskutiert. Ich will sie mir nicht schnell zu eigen machen, meine aber, daß es uns guttun würde, einmal anders an das Thema Arbeit heranzugehen und unsere Denksperren zu überwinden.

Zu Herrn Huber möchte ich sagen, daß wir die Besitzer von Geldvermögen, die in unserem Wirtschaftssystem eine sehr wichtige Funktion haben, nicht vorschnell unter normative Kuratel stellen sollten. Es war kein anderer als Keynes, der gezeigt hat, daß die Geldwirtschaft für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus von grundlegender Bedeutung ist. Man braucht nur zu hören, wie sehr der brasilianische Staatspräsident Cardoso - übrigens einst ein herausragender Theoretiker der Dependenztheorie - daran interessiert ist, daß sich in seinem Land reiche Leute ansiedeln, weil er hofft, daß sie dazu beitragen werden, die ökonomische Situation in Brasilien zu verbessern. Ich warne also vor vorschnellen Urteilen, wenn es um ökonomische Sachverhalte geht.

Ich sehe gegenwärtig die große Chance, daß wir in Deutschland einmal intensiv über das herkömmliche Verhältnis von Arbeits- und Staatsbürger nachdenken. In der deutschen Tradition sind Arbeits- und Staatsgesellschaft eng verbunden. So werden beispielsweise Transferleistungen, die bei Arbeitslosigkeit gezahlt werden, an strikte Bedingungen gebunden, etwa daran, daß, wer Arbeitslosenunterstützung erhält, sich keine bezahlte Arbeit nebenher suchen darf, und ähnliche relativ absurden Beschränkungen. Wenn es uns gelingt, das komplexe institutionelle Gefüge aus Staats-, Arbeits- und Bürgergesellschaft so zu verändern, daß die Bürgergesellschaft deutlicher präferiert wird, könnten wir viele Probleme ganz anders angehen, wie uns das zum Beispiel die Amerikaner und die Engländer vormachen.

Wichtig wäre aus meiner Sicht die Politisierung von Risiken, wenn es um Fragen des sozialen Zusammenhalts geht. Nicht sämtliche Risiken in einer sich verändernden Gesellschaft, die ja auch neue Optionen freigibt, können durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen abgedeckt werden. Hier ist in der Tat die Bürgergesellschaft gefordert, die in den USA, wie Herr Pfeiffer zu Recht sagt, ganz andere Formen spontaner Assoziationen entwickelt. Im Deutschen kennen wir in diesem Zusammenhang den schönen Begriff Verein.

Dangschat

Die Frage, ob es eine Gesamtgesellschaft gibt, kann man sicherlich nicht mit Ja oder Nein beantworten; sie dürfte jedenfalls in unterschiedlichen Zusammenhängen verschieden interpretiert werden. Insofern hat auch unser Thema "Exklusion als Gefahr für die Bürgergesellschaft" verschiedene Aspekte. Von außen betrachtet, mag es den Anschein haben, als würden, insbesondere in Ostdeutschland, Menschen aus der Gesellschaft herausgedrängt werden, die unter normativen Aspekten zur Gesamtgesellschaft gehören, auch wenn es Interessen und Kräfte gibt, die bestimmte Gruppen am liebsten ausgrenzen würden angesichts der schwieriger werdenden ökonomischen Verhältnisse.

In diesem Zusammenhang ist es sicher wichtig, welche Konsequenzen wir aus den Globalisierungsprozessen ziehen - ein Thema, das in Deutschland kaum artikuliert wird. Im wesentlichen stehen sich dabei zwei Grundpositionen gegenüber. Die traditionelle Antwort lautet: Wir brauchen mehr Wachstum und Wettbewerb, damit neue Arbeitsplätze entstehen und mehr Menschen integriert werden können. Ich halte das für den falschen Weg; denn es hat sich gezeigt, daß keine Gesellschaft mehr in der Lage ist, Wirtschaftswachstum und soziale Integration in Einklang zu bringen. Dort, wo das Wachstum am stärksten ist, findet auch die schärfste soziale Polarisierung statt. In diesen Bereichen entstehen nur sehr wenige neue Arbeitsplätze; vielmehr haben wir es da mit äußerst komplizierten Verteilungsfunktionen zu tun.

Ich meine auch, daß wir uns im europäischen Rahmen, den Herr Rovon angesprochen hat, weder an der asiatischen noch an der amerikanischen Lösung orientieren sollten. Sicher trifft es zu, daß es heute keine gesamtgesellschaftlichen Interessen mehr gibt - vielleicht hat es sie nie gegeben;- , sondern nur partielle Interessen, die man aber früher besser integrieren konnte.

Herr Schröder hat nun daraufhingewiesen, daß es auch so etwas wie eine freiwillige Segregation gibt. Wir rücken halt weg von denen, die uns nicht passen, und wenden uns denen zu, die so sind wie wir. Wer könnte etwas dagegen haben? Es ist schließlich die freie Entscheidung des einzelnen. Auf diese Weise nimmt aber die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit beispielsweise in der Nachbarschaft immer mehr ab. Wir erleben das doch bereits sehr hautnah. Wenn etwa, wie in Hamburg teilweise praktiziert, Bettler und andere Gruppen von bestimmten Orten vertrieben werden unter polizeilicher Androhung einer Ordnungsstrafe bis hin - im Wiederholungsfall;- , daß die Betroffenen in Gewahrsam genommen werden, nachdem man sie zunächst an den Stadtrand verbracht hat, dann heißt das nichts anderes, als daß sich die Gesellschaft legitimiert fühlt zu bestimmen, wer sich im öffentlichen Raum wo aufhalten darf.

Zu den Zahlen, die Herr Pfeiffer für Amerika nannte, möchte ich noch ergänzen, daß gegenwärtig 80 Prozent der Gefängnisinsassen Schwarze und unter 30 Jahre alt sind. Um die Sicherheit in den Städten zu gewährleisten, wird für Jugendliche eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, und wenn sie sich nicht daran halten, wandern sie in den Knast.

Pfeiffer

Ich füge hinzu: In der Altersgruppe der 18- bis 30jährigen sitzen mehr Schwarze im Gefängnis als an Colleges studieren.

Dangschat

Was hier stattfindet, sind Segmentationsprozesse, das heißt, wir grenzen bestimmte Menschengruppen aus, weil die übrige Gesellschaft mit den sozialen Problemen, die sich an gewissen Punkten konzentrieren, nichts mehr zu tun haben will nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn. Ich meine, damit müssen wir uns auf andere Weise auseinandersetzen, als das bisher geschehen ist.

Herr Heitmeyer hat daraufhingewiesen, daß ethnische Minderheiten beginnen, ihre eigenen Netzwerke zu schaffen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den Armen, die ebenfalls eigene Netzwerke ausbilden. Das hat Konsequenzen für die gesamtgesellschaftliche Identitätsbildung, die eben auch subkulturelle Formen zulassen muß. Anderenfalls zerfällt die Gesellschaft in unterschiedliche Identitätsbereiche, die nach eigenen Normenvorstellungen zu leben beginnen. Welche Vorstellungen von Integration in die Gesamtgesellschaft sind dann noch möglich, wenn Menschen - aus welchen Gründen auch immer an den Rand oder darüber hinaus gedrängt werden?

Es ist beispielsweise fraglich, ob Armutsbekämpfungsprogramme, wie sie in Nordrhein-Westfalen oder in Hamburg angedacht sind, mehr bewirken, als die Betroffenen nur ruhigzustellen und lediglich einige Strategien zu entwickeln, damit sie ihren Alltag innerhalb bestimmter Räume, die ihnen zugewiesen werden, einigermaßen gestalten können.

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft wird besonders dort gepredigt, wo es nicht realisiert wird. Wo man sich - zum Teil unter großen Schwierigkeiten - darum bemüht, ist die Mittelschicht sehr schnell dabei, Strafen zu fordern, wenn es nicht so funktioniert, wie sie es gern haben möchte. Diese Entwicklung ist in den USA besonders ausgeprägt.

Riedmüller

Herr Maier, ist der Hamburger Senat dabei, amerikanische Wege zu beschreiten?

Maier

Ich denke, das ist nicht der Fall.

Wir haben bisher über zwei Integrationsmöglichkeiten gesprochen: Integration durch Arbeit und Integration durch Werte, kulturelle Identitäten und dergleichen. Beides ist heute problematisch geworden. Daß es mit der Erwerbsarbeit nicht mehr geht, darüber besteht weitgehend Konsens, auch wenn man, wie Herr Bude, das Kontingentierungsargument nicht akzeptiert. Und was die Werte oder die kulturelle Identität angeht, so ist kaum vorstellbar, daß sich die preußisch-deutsche Nationenbildung in anderer Form noch einmal wiederholen wird. Auch das christliche Abendland bietet angesichts der vielen ethnischen und kulturellen Minderheiten in unserem Land keine gemeinsame Plattform mehr.

Damit ist aber auch dem Sozialstaat weitgehend der Boden entzogen, der im nationalstaatlichen Rahmen an eben den beiden Polen, nämlich kulturelle Identität und Erwerbsarbeit festgemacht war. Es ist kein Zufall, daß der Sozialstaat in Deutschland zum einen an der preußisch-deutschen Armee orientiert war und zum anderen - insbesondere nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg - durch die Weckung nationaler Solidaritätsgefühle, nicht zuletzt durch die Erfahrung gemeinsam erduldeten Leides, seine Schubkraft erhalten hat. Darauf können wir heute nicht mehr zurückgreifen. Auf der anderen Seite ist eine europäische Identität bei weitem noch nicht so ausgereift, daß sich ein europäischer Sozialstaat mit entsprechenden Solidaritätsgefühlen darauf aufbauen ließe.

Wenn aber die traditionellen Solidaritätsressourcen nicht mehr vorhanden sind, woran können wir uns dann orientieren? Die stärksten Solidarorganisationen in Europa waren in der Vergangenheit die Gewerkschaften, die Parteien und die Kirchen beziehungsweise die kirchennahen Verbände, wie Caritas und dergleichen, weniger die Vereine, Herr Bude. Das galt im übrigen auch in Deutschland. Alle diese Gemeinschaften sind aber gerade in den Bereichen, in denen die Desintegration am weitesten vorangeschritten ist, so gut wie ohne Einflußmöglichkeiten. Nicht nur, daß die Betroffenen nicht mehr zur Wahl gehen, wie Herr Pfeiffer sagte; in den betreffenden Stadtvierteln gibt es auch kaum noch Vereine. Die Gewerkschaften und die Parteien sind dort ohnehin nicht präsent, und auch der Einfluß der Kirchen ist äußerst gering.

Was wir in Hamburg versuchen - zugegebenermaßen mit Ungewissen Erfolgsaussichten;- ist so etwas wie eine lokale Sozialpolitik. Mit Hilfe eines sogenannten Stadtteilmanagements bemühen wir uns, in den problematischen Stadtvierteln Selbsthilfeaktivitäten der Bewohner in Gang zu setzen, die wir auch finanziell unterstützen. Zudem muß man die Betroffenen erst einmal dazu bringen, sich

überhaupt an solchen Selbsthilfeprojekten zu beteiligen. Das heißt, sie brauchen organisatorische Hilfe, damit funktionsfähige Strukturen entstehen und auch Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen der dort sich bildenden Aktivitäten geschaffen werden.

Ein Beispiel, das leider überwiegend nur negative Schlagzeilen gemacht hat, ist die Hamburger Hafensstraße, wo Häuser in herausgehobener Lage besetzt worden waren. Diese Hausbesetzer sind heute dabei, die Gebäude und Wohnungen zu renovieren und instand zu setzen. Zugleich sind sie inzwischen zu anerkannten Fürsprechern für das ganze Stadtviertel geworden, und zwar mit gewissem Erfolg. Als beispielsweise das Hafenskrankenhaus geschlossen werden sollte, waren sie die Vorkämpfer für eine Initiative, die dies verhindern wollte. Das war vielleicht in einem alten Stadtviertel mit gewachsenen sozialen Strukturen eher möglich als in den anonymen Massenquartieren, die nach dem Krieg entstanden sind und in denen es keine handlungsfähigen Strukturen gibt, sondern nur desorganisierte Armut.

Dort muß es uns erst einmal darum gehen, so etwas wie Kollektive zu begründen, die dann - das muß man auch sehen - sofort in Opposition zur Stadtverwaltung gehen, indem man uns beispielsweise vorwirft, zuwenig Geld zu geben und auch von der Administration her zuwenig Ideen zu entwickeln, was sicher zutrifft. Ich sehe aber keine andere Alternative, als zunächst zu versuchen, eine Art von Gemeinschaftsbildung zu erreichen.

Damit komme ich auf den Grundgedanken von Frau Grunenberg zurück: Wenn es nicht mehr funktioniert, über den Nationalstaat, über kulturelle Identitäten und über die Arbeitsgesellschaft Integration zu bewirken, dann brauchen wir Formen politischer Neustiftungen, in denen Solidarbeziehungen entwickelt werden. Das reicht natürlich keineswegs aus; aber es könnte dazu dienen, die alten Solidarbeziehungen, die es ja auch immer noch gibt, wirkungsvoll zu unterstützen. Deshalb sehe ich da ein wesentliches Feld, wo städtische Sozialpolitik ansetzen kann, die gerade nicht mehr wie die klassische Sozialpolitik den individuellen Einzelfall im Auge hat, sondern bestimmte soziale Projekte in benachteiligten Stadtrevieren gewissermaßen "bürgergänglich" macht, um damit zu erreichen, daß Strukturen entstehen, die eine Beteiligung ermöglichen.

Auf diese Weise würden wir nicht nur Defizite des Sozialstaats ausgleichen, sondern gleichzeitig der Demokratie einen Dienst erweisen, indem wir verhindern, daß bei uns amerikanische Verhältnisse eintreten. Daß Europa in der Vergangenheit eine andere Entwicklung genommen hat, ist nicht zuletzt der Arbeiterbewegung zu danken gewesen, die es den Armen in der damaligen Industriegesellschaft ermöglichte, sich zu organisieren und ein Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl zu entwickeln. Das ist in der sogenannten postindustriellen Gesellschaft kaum mehr denkbar. Ich sehe jedenfalls nicht, wie es den Armen heute gelingen kann, aus sich heraus ein Selbstbewußtsein zu kreieren. Allein das Bewußtsein, ein Mensch zu sein, weckt kaum die Bereitschaft, sich zu aktivieren. Dazu bedarf es konkreter Tätigkeitsfelder im Gemeinwesen, und ich denke, dabei können die Kommunen ein Stück weit helfen.

Riedmüller

Haben Menschen, die in solchen Vierteln leben oder die lange Zeit arbeitslos sind, tatsächlich kein Wertbewußtsein? Äußerungen wie: "In Hamburg ist keiner für uns zuständig; niemand kümmert sich um uns" deuten jedenfalls daraufhin, daß durchaus ein Wertbewußtsein vorhanden ist, das nur nicht in bestimmten gesellschaftlichen Aktivitäten seinen Ausdruck findet.

Maier

Es ist ein großer Unterschied, wenn jemand als Verkäufer der Obdachlosenzeitung "Hinz ; Kunzt" auftritt oder nur noch ein Bettler ist, der aus jedem Sozialbezug herausgefallen ist. Die Verkäufer der Obdachlosenzeitung haben ein Selbstbewußtsein, und sie sind auch stolz darauf, etwas zu leisten.

Was übrigens nicht gelungen ist, war der Versuch, unter der Initiative der organisierten Obdachlosen, die als Zeitungsverkäufer eine Art Kristallisationspunkt bilden, auch andere Personengruppen zu aktivieren. Ich denke auch, daß jeder Mensch über ein gewisses Selbstbewußtsein verfügt, das aber bei vielen nicht ausreicht, sich in der Öffentlichkeit zu aktivieren. Hier sind Politik und Gesellschaft gefordert, ihre Bemühungen zu verstärken.

Klages

Neuerdings heißt es in einschlägigen Zeitungsartikeln: Sozialhilfeempfänger sollten arbeiten. Das mußten sie aber immer schon. Sie sind verpflichtet, sogenannte gemeinnützige Arbeit für die

Gemeinde zu leisten, und zwar 70 Stunden im Monat - es können auch ein paar Stunden weniger sein. Wenn sie mehr arbeiten, entfällt für diese "Überstunden" die Zusatzvergütung von 3,50 DM pro Stunde.

Arbeitslosenhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger dagegen dürfen nicht gemeinnützig tätig sein. Sie müssen zu Hause herumsitzen, auch wenn sie nur wenig mehr als den Sozialhilfesatz bekommen. Angenommen, sie finden einen 620-DM-Job oder wollen stundenweise etwas hinzuverdienen, dann müssen sie automatisch mit Abzügen beim Arbeitslosengeld rechnen - abgesehen von all den bürokratischen Formalitäten, mit denen sie konfrontiert werden und die sie häufig gar nicht bewältigen können. In vielen Fällen sind das auch nur sehr kurzfristige Jobs, und danach sitzen die Betroffenen wieder ohne Geld da. Ich kann jeden Arbeitslosen nur warnen, sich auf so etwas einzulassen.

Warum noch niemand auf den Gedanken gekommen ist, Empfängern von Arbeitslosenhilfe gemeinnützige Arbeit zu ermöglichen, zu der viele durchaus bereit wären, dafür fehlt mir jedes Verständnis. Dabei wird in unserer Gesellschaft zu Recht geklagt, daß viele Dinge unerledigt bleiben, weil es am Geld fehlt. Diese Menschen könnten entsprechend ihrer Qualifikation und Vorbildung auf den verschiedensten Feldern eingesetzt werden: von Umweltaktivitäten bis hin zu Museumsdiensten. Darunter sind auch Tätigkeiten, die jemand ausüben kann, der körperlich nicht mehr ganz so fit ist.

In Heidelberg gibt es eine Stelle, die Arbeiten für Sozialhilfeempfänger vermittelt, beispielsweise in der Wäscherei eines Krankenhauses. Ich selbst habe mich bemüht, eine zuverlässige Frau in einem Altenheim unterzubringen. Entsprechende Anfragen in verschiedenen Altenheimen wurden generell abschlägig beschieden. Wir brauchen niemanden, hieß es unisono; selbst wenn er oder sie nichts kosten - die Stadt wollte die Zusatzvergütung, besagte 3,50 DM, zahlen. Das heißt, daß jemand Tätigkeiten übernimmt, die kein Pfleger leisten kann, weil keine Zeit dafür da ist - vorlesen zum Beispiel oder Spazieren gehen mit alten Leuten;- , ist nicht erwünscht. Denn man müßte so eine Hilfskraft ja anweisen und sich irgendwie um sie kümmern, und das ist schon zuviel. Also unterbleiben derlei Dinge, was ich höchst bedauerlich finde.

Auch Arbeitslosenhilfeempfänger würde ich gern in gemeinnützige Tätigkeiten vermitteln, ohne daß ihnen von ihrem Entgelt etwas abgezogen würde, wenn sie ein wenig hinzuverdienen. Dann könnte man auch auf all die unseligen Formalitäten verzichten.

Herr Maier sagte, man müßte sich um bestimmte Dinge kümmern. Man könnte beispielsweise Schulhöfe, die während der Ferien und an den Wochenenden nicht benutzt werden, öffnen, damit Kinder dort spielen können. Dafür braucht man Leute, die so etwas beaufsichtigen. Ich nenne sie einmal "Kümmerner", die ähnliche Dienste verrichten, wie etwa Politessen. Sie müßten sich ausweisen können als Bedienstete der Stadt, die für ein minimales Entgelt dort ihren Dienst tun und auch über bestimmte Kompetenzen verfügen. Solche Leute könnten auf Kinderspielplätzen darauf achten, daß dort keine Hunde frei herumlaufen oder auf einer der Neckarwiesen bei uns in Heidelberg kein Feuer entzündet wird. In Kinder- oder Altenheimen könnte man arbeitslose Sozialpädagogen oder Sozialarbeiter einsetzen, denen man auf diese Weise zugleich helfen würde, ihr Selbstwertgefühl zu erhöhen und ihr Image in der Öffentlichkeit aufzuwerten. Damit wäre beiden Seiten geholfen, und für einen kleinen Zusatzverdienst im Sinne einer Aufwandsentschädigung ließen sich auch Mittel freimachen.

Herr Schröder erwähnte, daß es auch Jugendliche gibt, die sich selbst ausgrenzen wollen. Was ist daran so ungewöhnlich? Jugendliche wollen sich von zu Hause abnabeln. Stellen Sie sich doch einmal die Wohnverhältnisse in den Plattenbausiedlungen vor: Früher, zur DDR-Zeit, waren meist beide Elternteile berufstätig, und man saß nur abends zusammen. Heute sind in vielen Fällen beide Elternteile arbeitslos und mäkeln an den Jugendlichen von morgens bis abends herum. Was wunder, wenn die Jugendlichen auf die Straße gehen und dort ihren Protest auszutoben versuchen. Mit Neofaschismus und dergleichen hat das meiner Meinung nach wenig zu tun. Wenn da jemand "Heil Hitler" schreit, wird er wenigstens in der Öffentlichkeit wahrgenommen; vielleicht kommt er sogar ins Fernsehen oder ins Gefängnis. Jedenfalls findet er Beachtung und fühlt sich entsprechend. Dabei verkenne ich nicht, daß solche Jugendlichen von neofaschistischen Gruppen für ihre Zwecke eingespannt und mißbraucht werden können. Wenn man den Jugendlichen Alternativen böte, würden sie solchen Rattenfängern nicht hinterherlaufen.

Ich könnte Ihnen aus meiner Tätigkeit bei der Heidelberger Initiative an zig Beispielen zeigen, daß eine Wiedereingliederung dieser wohnungslosen Menschen gelingt, wenn man ihnen dabei hilft. Ich will nur einen Fall herausgreifen, wo wir einem drogenabhängigen Mädchen, das auf der Straße saß und bettelte, zunächst eine geeignete Therapie vermittelten, und die junge Frau anschließend durch die sogenannten "Heidelberger Dienste" - ein Arbeitsprogramm der Stadt Heidelberg - eine Lehre zur

Industriekauffrau absolvierte, die sie mit "gut" bestand. Seit mehreren Jahren ist sie jetzt bei einer großen Heidelberger Firma als Industriekauffrau angestellt. Inzwischen hat sie auch wieder Kontakt zu ihrer Mutter, die sie, als sie damals abgeglitten war, zu Hause rausgeworfen hatte.

Gut, das ist ein besonders eindrucksvolles Beispiel, was man bewirken kann, wenn man solchen Menschen wieder auf die Beine hilft. Aber es ist kein Einzelfall, und es ließe sich sehr viel erreichen, wenn es eine Vielzahl derartiger Bürgerinitiativen geben würde.

Und es gibt ja auch bereits zahlreiche solcher Bürgerinitiativen, nicht zuletzt in Hamburg, wie Herr Maier weiß. Den Bürgern, die sich da engagieren, kommt es nicht auf irgendeine Bezahlung an - die Aufwandsentschädigung ist sicher kein großer Anreiz. Aber ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, wieviel man für sich selbst zurückbekommt gerade von den Ärmsten der Armen, den Berbern, den Stadtstreichern, den Pennern. Dazu braucht es keiner christlichen Motive. Wenn Sie erleben, wie jemand, der sich schon weitgehend aufgegeben hatte, mit einem Mal wieder Mut faßt und den Weg in die Gesellschaft zurückfindet, dann bleiben Sie davon nicht unberührt, sondern erfahren an sich selbst, daß es sich lohnt, sich für diese Menschen einzusetzen.

Mag sein, daß Sie das für übertrieben oder für romantisch halten; aber Sie täuschen sich, mit Romantik oder Helfersyndrom hat das nichts zu tun. Voraussetzung ist allerdings, die solchermaßen Ausgegrenzten vorurteilsfrei wahrzunehmen und keine Berührungängste zu haben.

Was ich meine, ist, daß wir unsere Einstellung generell ändern müssen - auch auf politischer Seite - und nicht versuchen, wie in Mannheim jetzt, amerikanische Modelle zu kopieren. Auf Veranlassung des Mannheimer Oberbürgermeisters ist eine Polizeiverordnung herausgekommen, nach der es untersagt ist, daß Wohnungslose sich auf Bänke oder Planken setzen; auch unter den Brücken dürfen sie sich nicht aufhalten. Und wo sollen sie hin, wenn ihnen überall der Aufenthalt verboten ist? Am besten gleich ins Gefängnis, dann stören sie uns nicht mehr. Sicher eine unsinnige und darüber hinaus für die Gesellschaft außerordentlich kostspielige Alternative. Was wir tun, ist, Menschen zu kriminalisieren, die keine Chance haben. Amerika läßt grüßen.

Riedmüller

Ziviles Engagement und der Aufbau von Netzwerken, wie Sie sie schildern, Frau Klages, da sollten auch Wissenschaft und Politik ansetzen. Das meint ja auch Helmut Dubiel, wenn er Alternativen für die Bürgergesellschaft fordert, selbst wenn das ein mühseliger Weg mit kleinen Schritten im Alltäglichen ist.

Kahl

Zum Thema fehlenden bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft und staatlicher Dominanz möchte ich nur anmerken, daß in Ostdeutschland viele Menschen nach vierzig Jahren DDR sich immer noch schwer damit tun, den Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung richtig zu verstehen. Die Menschen hatten große Hoffnung in die Demokratie gesetzt, daß sich vieles ändern werde, womit sie in der DDR-Zeit nicht einverstanden waren. Es hat sich für sie auch sehr vieles verändert, aber durchaus nicht nur zum Positiven. Das gilt vor allem für den Verlust von Arbeitsplätzen, den viele als Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen empfinden und von daher die Realität nur verkürzt wahrnehmen. Leute, die arbeitslos geworden sind, für ehrenamtliches Engagement zu motivieren, bedarf der Fähigkeit, dieses Engagement als Chance für das eigene Leben vermitteln zu können. Auf der anderen Seite entsteht gerade in Ostdeutschland eine Vielzahl von innovativen Initiativen.

Herr Huber sprach von fehlender Anerkennungskultur. Menschen, die in unserer Gesellschaft aktiv sind, werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, und die Medien sind nur an spektakulären Einzelfällen und Ereignissen interessiert. Komplexe Sachverhalte lassen sich nur schwer vermitteln, oder sie werden unangemessen reduziert.

Frau Klages hat sehr schön gesagt, wir müßten uns mehr um diejenigen kümmern, die in Not geraten sind. Aber nicht von ungefähr kommt "kümmern" von "Kummer". Was wir genauso brauchen, sind Partizipationsmöglichkeiten für Menschen, die sich in Politik und Gesellschaft einmischen, die teilhaben wollen. Auch fehlende Partizipation ist eine Form der Ausgrenzung.

Grunenberg

Was in unserer Diskussion deutlich wird, ist, daß wir institutionelle, kulturelle und auf neue Denkweisen zielende Veränderungen brauchen, wie Frau Klages das an einem kleinen Bereich, den man sicher nicht verallgemeinern kann, eben demonstriert hat.

Ich knüpfe noch einmal an das Spannungsverhältnis zwischen Bürger und Gemeinwesen; an. Richard Schröder hat daraufhingewiesen, das Gemeinwesen sei nicht dazu da, für das private Glück zu sorgen. In der amerikanischen Geschichte gibt es den Begriff "public happiness", das öffentliche Glück, ein Wort, das wir im Deutschen nicht kennen. Wir sprechen statt dessen vom "öffentlichen Wohl" oder von "Wohlfahrt". Die deutsche Tradition ist sehr stark am Staatsbezug des Gemeinwesens orientiert. Herr Jann hat den symbolischen Gehalt des Gemeinwesens angesprochen, der nicht nur aus Worten besteht, sondern auch politisches Handeln sowie die Geschichte und das öffentliche Gedächtnis einbegreift, eben die Dimension der "public happiness". Das ist bei uns sehr schwach ausgeprägt. Worum es geht, ist das öffentliche Interesse am Erhalt des politischen Gemeinwesens und seines Regelwerks, und das kann erst in öffentlicher Kommunikation zutage treten.

Das öffentliche Glück ist auf der anderen Seite nicht dem privaten Glück entgegengesetzt. Wir Deutsche neigen ja zu dualistischen Betrachtungsweisen, so als gäbe es ein Entweder-Oder zwischen dem Wohl des Staates und dem der einzelnen. In der amerikanischen Tradition gibt es diese Entgegensetzung nicht, wohl aber besteht ein Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem und privatem Interesse. Das heißt, der Bürger geht seinen eigenen Interessen nach und weiß, daß diese im Einklang mit dem öffentlichen Interesse stehen. Aus den vielen einzelnen Interessen knüpft sich das gemeinsame Interesse, Interessenkonflikte immer einbegriffen. Das beinhaltete der Schwur, den die Passagiere der "Mayflower" taten, als sie bei der Landung in Amerika im November 1620 ihren Bund gründeten.

Öffentliches Glück in diesem Verständnis hat nichts mit öffentlicher Sozialversorgung zu tun. Unabhängig von der Welt der Arbeit und der Regelung von Lebensnöten gibt es vielmehr etwas, auf das sich alle Bürger beziehen können. Diese gemeinsame Beziehung ist das, was das Gemeinwesen ausmacht.

In diesem Zusammenhang spreche ich den politischen Bürger an, der Würde und öffentliche Anerkennung braucht, um nicht in seinen täglichen Broterwerbssorgen unterzugehen, sondern um die Fähigkeit zum Handeln entwickeln zu können. Darum geht es in den Beispielen von Frau Klages, die deutlich machen, daß der einzelne über die Fähigkeit zum Handeln auch seine persönliche Würde gewinnt.

Das Spannungsverhältnis zwischen den eigenen Interessen und dem öffentlichen Wohl ist also ein äußerst wichtiges Thema. Die Diskussion darüber hat Ende der 80-er Jahre begonnen, als deutlich wurde, daß das Modell vom Verteilungsstaat sehr viel mehr Fragen als Antworten hervorrief. Ausgehend von der Feststellung, daß der Staat vielen Bedürfnissen der Bürger materiell nicht mehr nachkommen kann, sind wir inzwischen bei dem Punkt angelangt zu sagen: Es geht nicht nur darum, daß der Staat seine Leistungen kürzt und der einzelne stärker für sich selber sorgen muß. Aus dem Wegbrechen von staatlichen Leistungen könnten vielmehr neue Strukturen entstehen, und zwar nicht nur solche der privaten Versorgung, sondern sinnstiftende Beziehungen, die darüber hinausgehen.

Huber

Die von Frau Klages vorgetragene Beispiele zeigen, daß ziviles Engagement ein zentrales Element auf dem Weg zur Bürgergesellschaft ist. Wenn ich hinzunehme, was Frau Feyler ausgeführt hat, dann wird deutlich, daß sich Widerstände gegen solche Formen bürgerschaftlichen Engagements vor allem an zwei Punkten festmachen. Zum einen sind viele Bereiche der hochprofessionalisierten sozialen Dienste weder bereit noch darauf vorbereitet, ehrenamtliches Engagement zu ermutigen, zu begleiten oder zu qualifizieren, sondern sie wollen eher an dessen Stelle treten. Das ist auch für den kirchlichen Bereich das Grundproblem in den letzten 25, 30 Jahren, eine Entwicklung, die nur sehr schwer wieder zu korrigieren ist. Denn damit wäre, zumindest teilweise, eine Änderung der Berufsinhalte verbunden, um dem ehrenamtlichen Engagement mehr Handlungsraum zu eröffnen.

Der zweite Punkt beinhaltet, daß sich die staatlichen Rahmensetzungen mit ehrenamtlichem Engagement kaum vertragen, und zwar im wesentlichen deshalb nicht, weil die Vorbereitung eines Projektes in weiten Teilen des professionellen Einsatzes bedarf, bis es überhaupt genehmigt wird. Das schreckt ehrenamtliche Arbeit in erheblichem Maße ab.

Ich habe mir einmal an einem bestimmten Projekt im Land Brandenburg aufzeigen lassen, welcher Hindernislauf zu absolvieren war, bevor es endlich realisiert werden konnte. Dazu erklärte mir die

zuständige Ministerin: Das trifft in der Tat zu; außerdem würde ein solches Projekt heute nicht mehr genehmigt werden. Man brauchte es also gar nicht erst zu versuchen - sicher kein ermutigender Tatbestand.

In dem Zusammenhang möchte ich nur anmerken: Wenn Aufgaben, wie die von Frau Klages geschilderten, typisch und geeignet für ehrenamtliches Engagement sein sollen, dann darf man nicht argumentieren, solche sozialen Dienstleistungen wären auch geeignet, zusätzliche Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen. Das hieße, das Fell des Bären zweimal zu verteilen. Wenn man eine Verlagerung von Tätigkeiten aus dem professionellen in den zivilgesellschaftlichen Bereich nicht für ausreichend möglich hält, um das Problem der Erwerbslosigkeit zu lösen, dann muß man die Frage des Lebensunterhalts stärker von der Erwerbsarbeit abkoppeln und auch von daher intensiver über eine Grundsicherung nachdenken.

Herr Dubiel hat nun zu Recht den Wandel des kulturellen Paradigmas angesprochen, demzufolge die Sinnstiftung des einzelnen nicht mehr vorrangig über die Erwerbsarbeit vermittelt werden kann. Dafür ist die längere durchschnittliche Lebensdauer ein zusätzliches Argument; denn der Anteil der Erwerbszeit an der Normalbiographie nimmt auch unter diesem Gesichtspunkt ab.

Herr Dubiel hat hinzugefügt, Sinnstiftung durch Erwerbstätigkeit sei im Grunde ein protestantisches Ideal. Dazu möchte ich anmerken, daß dies zwar der calvinistisch-puritanischen Tradition entspricht, aber keineswegs dem lutherschen Berufsbegriff, der schlichtweg alle menschlichen Tätigkeiten einbezieht, unabhängig davon, ob sie entlohnt werden oder nicht. Der Sinn menschlichen Lebens verwirklicht sich gerade dadurch, daß man seine Fähigkeiten im Dienst des Nächsten einsetzt. Erst im 19. Jahrhundert, nach Einführung der Berufsstatistik, wird der Begriff auf entlohnte Arbeit eingeeengt. Damit ist Beruf dann nicht mehr das, was alle Tätigkeiten verbindet, sondern was sie voneinander unterscheidet. Deshalb würde ich mir an dieser Stelle eine Rückkehr zum protestantischen Ideal durchaus wünschen.

Frau Grunenberg und andere warnen uns nun davor, den Wertbegriff zu inflationieren, indem wir ethische Fragestellungen heute mit Selbstverständlichkeit unter den Wertbegriff subsumieren. Auch das ist ein neues Phänomen: Der unscharfe Wertbegriff faßt Dinge zusammen, die in der Tradition der Ethik in die drei Grundbegriffe der Güter, Tugenden und Pflichten aufgefächert waren. Der Wertbegriff ist ein Musterbeispiel für die Ökonomisierung der Ethik; denn er stammt aus der Ökonomie. Das eben unterscheidet den Begriff des Wertes von dem der Würde, daß Wert etwas ist, was man sozusagen tauschen, wofür man etwas kaufen kann. Es ist eine schwer auszurottende Verhuzung der Ethik insgesamt, daß der Wertbegriff dort eine so große Rolle spielt. Denn beim menschlichen Handeln ist zu fragen, welche Güter der Mensch anzuerkennen, welche Tugenden er auszubilden und welche Pflichten er zu übernehmen hat, wenn er überhaupt handlungsfähig sein will.

Herr Heitmeyer hat gesagt, es sei völlig abwegig, sich eine gesellschaftliche Integration durch Werthomogenität vorzustellen. Dem stimme ich zu, weise aber darauf hin, daß man sich das Problem nicht dadurch vom Halse schafft, daß man sagt, Homogenität sei weder erreichbar noch wünschenswert. Die Vorstellung, wir könnten auf ein bestimmtes Maß von "overlapping consensus", wie John Ralls und andere das nennen, verzichten, ist ebenfalls abwegig. In Deutschland thematisieren wir dies unter dem Stichwort "Grundkonsens" mit der Frage: Wie schaffen oder erneuern wir diesen sich überlappenden Konsens? Wie stärken wir den Überschneidungsbereich, der sich aus dem Dialog unterschiedlicher kultureller Traditionen, Überzeugungen und Verständigungsprozesse ergibt? Diese Perspektive halte ich im Hinblick auf das Problem kultureller Integration für entscheidend. So, wie wir die Frage der Multikulturalität in den letzten zehn Jahren bei uns debattiert haben, wurde das Problem auf äußerst fahrlässige Weise verharmlost.

Riedmüller

Im gesellschaftlichen Bewußtsein ist Arbeit gleichbedeutend mit Erwerbsarbeit, und man kann jetzt nicht einfach sagen, wir müßten das anders definieren. In einem früheren Bergedorfer Gespräch bin ich sehr dafür kritisiert worden, als ich feststellte: Es gibt keine Ersatzleistungsethik. Da hieß es unisono: Andere Tätigkeiten würden die Menschen ebenso befriedigen.

In der Tat ist die Reduzierung des Wertgefühls auf die Erwerbsarbeit, während andere Tätigkeiten, etwa die Kindererziehung, weniger wert sind, unser Problem.

Huber

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß unsere kulturellen Traditionen in mancher Hinsicht sehr viel weiter sind, als wir uns dies mitunter klarmachen. Das gilt auch im Hinblick auf die Zukunftsorientierung. Die Entwicklung des Berufsbegriffs ist dafür geradezu ein Paradebeispiel.

Scholle

Zweifellos brauchen wir in der Sozialarbeit Professionalität, Herr Huber. Aber viele Professionelle begreifen nicht, daß es an sich ihre Aufgabe wäre, sich selber überflüssig zu machen, indem sie Hilfe zur Selbsthilfe geben. Sie sagen zu Recht, daß sich viele von ihnen mit der ehrenamtlichen Arbeit schwertun. Dadurch gehen viele innovative Ansätze verloren. Hier müssen die Professionellen allmählich eine andere Einstellung gewinnen. Doch wenn es immer wieder heißt, wir müßten den Stellenwert der Erwerbstätigkeit in unserer Gesellschaft ändern, dann werden Sie bei denen, die von Ausgrenzung bedroht oder schon ausgegrenzt sind, wenig Sympathie für dergleichen theoretische Diskussion finden.

Herr Pfeiffer und Herr Maier haben zu Recht darauf hingewiesen, daß sich kommunale Sozialarbeit in bestimmten Stadtquartieren schwertut, weil deren Denkansatz auf Rechtsansprüche in Einzelfällen ausgerichtet ist. Wir können zwar rechtlich abgesichert in Einzelfällen tätig werden, aber es ist äußerst schwierig, in der Sozialarbeit Strukturen aufzubauen, um präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Biedenkopf forderte, "einfache Arbeiten" aufzuwerten. Wie paßt das aber zusammen mit der Tatsache, daß sowohl die öffentliche Hand als auch die private Wirtschaft insbesondere solche einfachen Tätigkeiten wegrationalisieren und damit beispielsweise vielen Behinderten die Möglichkeit nehmen, ihre eingeschränkten Fähigkeiten, mit denen sie sich in der Arbeitswelt bewähren konnten, noch auszuüben? So haben wir in Westfalen über 20.000 Arbeitsplätze in Behindertenwerkstätten aufgebaut, die für diese Menschen ein wichtiger Rettungsanker sind. Circa 4000 Behinderte, die dort tätig sind, könnten bestimmt auf dem normalen Arbeitsmarkt arbeiten. Aber die einfachen Tätigkeiten, durch die der einzelne seinen Beitrag zur Wertschöpfung leisten und auch soziale Anerkennung finden könnte, haben wir auf dem Arbeitsmarkt abgeschafft und bringen die Betroffenen lieber in verschiedenen Sondereinrichtungen unter, die viel Geld kosten. Ich denke, es wäre billiger, normale Arbeitsplätze zu finanzieren, als diese Menschen in bestimmten Einrichtungen auszugrenzen. Natürlich gibt es auch Personen, die froh sind, in einer Werkstatt für Behinderte tätig zu sein, weil sie sich dort sicherer fühlen; was insbesondere für Eltern wichtig ist. Aber für viele Werkstattbesucher wäre eine Integration im normalen Arbeitsmarkt wichtiger als eine Ausgrenzung.

Dennoch sollten wir mehr darüber nachdenken, wie wir in der "normalen" Arbeitswelt oder durch andere Strukturen mehr solche Arbeitsplätze schaffen, wodurch Behinderte, die ja etwas können und nur bestimmte Beeinträchtigungen aufweisen, einer vernünftigen Beschäftigung nachgehen könnten. Wenn wir in dieser Hinsicht nicht sehr viel mehr tun, grenzen wir Menschen aus unserer Gesellschaft letztlich aus, die anderenfalls ein fast so normales Leben führen könnten wie wir.

Vester

Herr Schröder hat mich vorhin ein wenig mißverstanden. Der Begriff "prekärer Wohlstand", wie er in der Caritas-Untersuchung von Hübinger definiert wurde, bedeutet nicht, daß es sich um Personen handelt, die an sich im Wohlstand leben und denen vielleicht hier und da noch ein bißchen fehlt. Hierbei geht es vielmehr um Menschen, die gerade eben noch zurechtkommen, bei denen aber die Destabilisierung eines einzigen Faktors dazu führen kann, daß sie unter die Sozialhilfegrenze fallen. Das ist etwa dann der Fall, wenn der einzige Verdiener in einer Familie plötzlich krank wird und die anderen ohnehin arbeitslos sind.

Als, nach dem Vereinigungsboom von 1990, ab 1992 die Massenarbeitslosigkeit erheblich zunahm, hat die Gesellschaft darauf zunächst kaum reagiert. Es schien im Gegenteil um ganz andere Probleme zu gehen: Auf Brandanschläge, die ausländische Mitbürger mit Ausgrenzung bedrohten, gab es spontane Lichterketten in den Städten, in denen die Deutschen ihrer Solidarität auf eindrucksvolle symbolische Weise Ausdruck verliehen. Für die Flüchtlinge aus Bosnien wurden große Sammlungen veranstaltet. Es gab viele Beispiele solcher Solidaritätsbekundungen.

Zugleich begann damals die stark neoliberal geprägte Standortdebatte, die den Eindruck vermittelte, als sei die alte soziale Frage völlig out. Um so mehr waren alle überrascht auch die Bundesregierung; -, als im Herbst 1996 der Konflikt über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eskalierte und es der IG Metall kurzfristig gelang, eine sehr starke Streikbewegung zu mobilisieren. Der Grund für die außerordentliche Sensibilität auf der Arbeitnehmerseite für dieses Thema lag offenbar darin, daß

Krankheit als vom einzelnen unverschuldeter Tatbestand geradezu Symbolwert erlangt hatte und als Ausweis dafür galt, daß niemand in der Bundesrepublik unverschuldet in eine Notlage kommen darf.

Das meint Verhinderung von "Prekarität", hier symbolisiert durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Es ging nicht primär um die ein oder zwei Karenztage, die die meisten gar nicht so sehr treffen würden, sondern es stand unser ganzes Sozialordnungssystem auf dem Prüfstand. Ähnlich verhält es sich beim Thema Studiengebühren. Daß kein Student heute für sein Studium zahlen muß, ist Ausdruck dafür, daß Bildung der Gesellschaft etwas wert ist, weil sie darauf angewiesen ist.

Das Ende eines Jahrhunderts der sozialen Unsicherheit war im Grunde die Quintessenz des europäischen Sozialmodells; das war Konsens zwischen Konservativen und Sozialdemokraten. Wenn jetzt der Tatbestand der Prekarität wieder akut wird, dann wird dies gewertet als Zeichen der Rückkehr proletarischer Unsicherheitsverhältnisse, was die Gerechtigkeitsvorstellungen in dieser Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellt.

Nun wird hier argumentiert, daß die Identität des einzelnen sehr stark mit der Erwerbsarbeit verbunden ist, die ihm zugleich einen bestimmten sozialen Status vermittelt. Ich denke aber, ihre Identität erlangen die Menschen nicht erst mit dem Eintritt ins Erwerbsleben, sondern sehr viel früher in der Familie und den sozialen Milieus, in denen sie aufwachsen. Diese sozialen Milieus haben sich nicht - entgegen weitverbreiteter Annahmen - aufgelöst, sondern in letzter Zeit sogar wieder an Bedeutung gewonnen. Angesichts zunehmenden sozialen Drucks haben beispielsweise Initiativen von Nachbarschaftshilfe deutlich zugenommen. Schwimmbäder, die von Schließung bedroht sind, werden in Eigenhilfe instand gesetzt; die örtliche Feuerwehr packt mit an; Schulklassen gehen in Altersheime, um den Senioren Abwechslung zu verschaffen; Nachhilfeunterricht in Deutsch für Ausländerkinder wird organisiert und dergleichen mehr. Alles das ist Ausdruck von Vergemeinschaftung oder auch Hilfe zur Selbsthilfe, ohne daß ich dies idealisieren will.

Worauf es mir ankommt, ist, deutlich zu machen, daß die Fragen nach dem Gemeinwohl wieder zu einem Diskussionsthema werden und man also nicht vorschnell von einer totalen Erosion der Gesellschaft sprechen sollte. Da hat man die Menschen in unserem Lande ein wenig unterschätzt.

Rovan

Vieles von dem, was hier gesagt wurde, scheint mir von einem bemerkenswerten Optimismus getragen. Ich will nur einen Tatbestand dagegenhalten, nämlich die Überalterung unserer Gesellschaft. Im Jahre 1800 lag der Anteil der über Sechzigjährigen bei etwa fünf Prozent, zum Ende dieses Jahrhunderts sind es fast dreißig Prozent. Gleichzeitig nimmt die Geburtenzahl stark ab, ebenso die Zahl der Jüngeren im erwerbsfähigen Alter. Daraus folgt für mich, daß das Sozialmodell, das die Unterstützung der Älteren durch die Jüngeren zur Grundlage hat, in der bisherigen Form nicht weiterbestehen kann.

Ich fürchte also, daß die Älteren zukünftig weniger angenehm werden leben können, als ich das derzeit noch kann. Dies betrifft elementar die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Ich unterschätze nicht die Solidarität in den Familien - soweit es überhaupt noch Familien gibt - und auch nicht die Solidarität jener, die alten Menschen behilflich sind. Ich glaube aber nicht, daß dies, so anschaulich die Beispiele auch waren, die wir gehört haben, die tatsächliche Situation in unseren Gesellschaften widerspiegelt. Statt dessen registriere ich auch ganz andere Dinge, etwa der Art, daß in einigen französischen Städten die Bürgermeister im letzten Jahr Ausgangssperren für Jugendliche bis zu einem bestimmten Alter dekretiert haben und dies durch die Polizei kontrollieren lassen. Ich bin sicher, daß solche Maßnahmen nicht verfassungsgemäß sind.

Wir sprechen hier über Gefahren für die Bürgergesellschaft. Wir stellen fest, daß die große Masse der Immigranten in unseren Ländern nicht zur Bürgergesellschaft gehört und daß sich daran auch in Zukunft wenig ändern wird, ungeachtet der Frage des Erwerbs der Staatsbürgerschaft. Ein wichtiger Tatbestand ist in diesem Zusammenhang, daß die überwiegende Zahl der heutigen Immigranten aus ganz anderen Kulturkreisen stammt. Während sich die französische Bevölkerung im 19. und 20. Jahrhundert im wesentlichen durch die Einwanderung aus Italien, Spanien und Polen erneuerte - alles katholische Europäer;- sind wir heute mit einer Einwanderung aus ganz anderen - hauptsächlich islamischen Regionen und besonders aus Nordafrika konfrontiert. In Deutschland sind es vor allem Türken, Kurden und mohammedanische Bosnier. Diese Menschen sind sehr viel schwerer zu integrieren, zumal der islamistische Fundamentalismus erheblich an Kraft gewinnt. Wir brauchen nur nach Algerien zu blicken. Es bedarf lediglich einiger Attentate in Paris, um auch bei uns fast bürgerkriegsähnliche Reaktionen zu bewirken. Vor zwei Jahren waren wir in Frankreich nach drei, vier

blutigen Anschlägen in Paris nahe an einer Situation, die mit demokratischen Mitteln fast nicht mehr beherrschbar schien.

Wir sollten uns also keinen Illusionen hingeben. Ich halte eine multikulturelle Gesellschaft, die Menschen aus dem islamischen Kulturkreis mit einbezieht, nicht für realisierbar, weil diese dann ihre Identität de facto aufgeben müßten. Diese Gruppen werden über Generationen nicht assimilierbar sein. Das, was unsere Identität ausmacht - Reste von religiöser Tradition, von Nationalbewußtsein und von Laizität;- ist diesen Immigranten nicht abzuverlangen. Hier sehe ich Konflikte in unseren Gesellschaften voraus, die möglicherweise auch unsere Demokratien in Frage stellen könnten.

Die Entwicklungen, die ich erwähnt habe, einschließlich der Globalisierung der Weltwirtschaft, werden dazu führen, daß wir in den westeuropäischen Ländern wie Frankreich und Deutschland unseren gegenwärtigen Lebensstandard nicht werden aufrechterhalten können. Und die Frage ist, wieweit die Demokratien das aushalten werden. Churchills Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede 1940 konnte dies bewirken; aber damals war Krieg, und Bomben fielen auf London. Wenn wir den Menschen heute Dinge wegnehmen, die ihnen lieb und teuer sind, fehlt uns ein solch dramatischer Begründungshintergrund. Ich sehe bisher nicht, was wir statt dessen glaubwürdig dagegensetzen könnten.

Heitmeyer

Ich wäre etwas vorsichtiger, was die Vereinbarkeit von Islam und moderner Gesellschaft angeht, Herr Rovon. Wir haben eine Untersuchung dazu bei türkischen Jugendlichen durchgeführt. Die überwiegende Mehrheit von denen, die hier aufgewachsen sind, sah kein Problem, ihre Form von Religiosität mit einem Leben in der modernen westlichen Gesellschaft zu vereinbaren.

Wenn sich jedoch die Mehrheitsgesellschaft dahingehend entwickelt, daß diese Gruppen nicht integriert, sondern ausgegrenzt werden, geraten sie unvermeidlich in die Abhängigkeit von bestimmten fundamentalistischen Gruppierungen. Daran hat also die Aufnahmegesellschaft ihren gebührenden Anteil; dies ist nicht nur ein Problem der ausländischen Jugendlichen.

Fink

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft viel größer ist, als es den Anschein hat. Was gibt es denn für harte Fakten, mit denen Ausgrenzung belegt wird? So gilt beispielsweise die permanent steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern als Beweis für die wachsende Armut in unserem Land. Erst waren es eine Million, dann zwei, und heute sind wir bei fast drei Millionen angelangt.

Wenn man sich mit dieser Thematik aber eingehender beschäftigt, zeigt sich dahinter ein differenziertes Bild. So hat Stephan Leibfried untersucht, was aus Menschen geworden ist, die vor fünf oder sechs Jahren Sozialhilfeempfänger waren. Dabei stellte sich heraus - das mag viele überraschen;-, daß die meisten von ihnen im Durchschnitt nur etwa ein Jahr Sozialhilfe bezogen; selbst von den arbeitslosen Sozialhilfeempfängern hat der größte Teil nach einem Jahr wieder eine Arbeit, und nach drei Jahren gilt dies für fast siebzig Prozent. Von genereller längerfristiger Ausgrenzung kann hier also nicht die Rede sein.

Hinzu kommt, daß der Anstieg der Sozialhilfeempfänger auf nunmehr fast drei Millionen in den letzten Jahren ganz wesentlich auf der Zuwanderung beruht. Das ist nun gerade das Gegenteil von Ausgrenzung. Es beweist vielmehr die Integrationsfähigkeit und -bereitschaft unserer Gesellschaft. Wir haben sehr viele Menschen bei uns aufgenommen, denen wir ein Existenzminimum gewähren, das in den meisten Fällen sicher höher liegt als in ihren Herkunftsländern.

Mit dem Thema Arbeit für Sozialhilfeempfänger, das Frau Klages angesprochen hat, beschäftige ich mich intensiv seit den achtziger Jahren, als ich in Berlin als Sozialsenator dafür zuständig war. Dabei hat sich gezeigt, daß die kleinen Einheiten in unserer Gesellschaft die Integration besser bewältigen als die größeren. Wenn Sie sich beispielsweise vor Augen halten, daß ein Sachbearbeiter in einem großstädtischen Arbeitsamt heute an die 800 Arbeitslose betreut, dann können Sie davon ausgehen, daß er versucht, zunächst diejenigen zu vermitteln, die erst seit kurzer Zeit arbeitslos sind, weil bei denen am ehesten die Chance besteht, daß sie wieder Arbeit finden.

Hinzu kommt, daß das Arbeitsamt daran interessiert ist, möglichst Arbeitslosengeldempfänger zu vermitteln, da diese die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit belasten, während Arbeitslosenhilfeempfänger Mittel vom Bund erhalten. Arbeitslose Sozialhilfeempfänger dagegen

kosten das Geld der Gemeinden. Von daher gibt es in bezug auf die Arbeitslosen eine klare "Hackordnung": Arbeitslosengeld-, Arbeitslosenhilfe-, arbeitslose Sozialhilfeempfänger.

Viele Kommunen haben versucht, aus eigener Kraft etwas zu tun, und sie waren dabei von der Öffentlichkeit kaum beachtet - erstaunlich erfolgreich. Mittlerweile sind von den rund 700.000 arbeitslosen Sozialhilfeempfängern ungefähr 200.000 durch kommunale Programme in die verschiedensten Beschäftigungsformen gebracht worden. Das reicht von gemeinnütziger bis zu Sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit. In Leipzig wird jeder Arbeitslose, der Anspruch auf Sozialhilfe hat, sofort zu einer Beschäftigungsgesellschaft geschickt, so daß er gar nicht erst Sozialhilfe erhält, sondern ihm ein Job angeboten wird. Das hat allerdings die Konsequenz, daß fast die Hälfte dieses Personenkreises gar nicht erst bei der Beschäftigungsgesellschaft auftaucht und auch von sich aus den Kontakt mit dem Sozialamt meidet. Im Bundesgebiet insgesamt lehnt etwa ein Drittel derjenigen, denen man eine Arbeit anbietet, dies ohne einleuchtende Begründung ab und erhält demzufolge keine Unterstützung.

Dangschat

Und woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Fink

Offenbar haben die Betroffenen nicht das Gefühl, daß es hier um Leistung und Gegenleistung geht.

Dangschat

Sie sind also Schmarotzer der Gesellschaft?

Fink

Beim Arbeitsamtsbezirk Osnabrück-Land beschreitet man einen anderen Weg: Man bietet den Betroffenen nicht nur eine Arbeit an, sondern führt mit ihnen zunächst ein sogenanntes Ausweggespräch, in dem man ihnen verschiedene Möglichkeiten vorstellt. Das halte ich für ein interessantes Modell. Überhaupt bin ich der Auffassung, daß wir unsere Sozialsysteme in Richtung einer Kommunalisierung der Sozialpolitik verändern müssen, um von den großen Einheiten weg hin zu mehr kommunaler Verantwortung zu kommen. Denn in den Kommunen sind neue Beschäftigungsfelder weit besser zu erkennen.

In Berlin haben wir uns - ganz im Sinne von Herrn Huber - um eine Infrastruktur für eine neue Kultur des Helfens bemüht. Wie kann beispielsweise die Selbsthilfe organisiert werden? Wie läßt sich ehrenamtliche Tätigkeit in weit größerem Umfang realisieren? Wir haben eine der ersten Freiwilligenagenturen, den "Treffpunkt Hilfsbereitschaft", ins Leben gerufen, und es gibt inzwischen ein gut ausgebautes Geflecht von sogenannten Nachbarschaftsheimen nach amerikanischem Vorbild.

Noch ein Wort zum Thema Niedriglohn, das Herr Scholle angesprochen hat. Ich denke, wir können nicht so vorgehen, Herr Huber, daß zuerst eine Grundsicherung für alle geschaffen wird, und ansonsten sollen die Leute sehen, wie sie selbst zurechtkommen. Wenn man beispielsweise Erwerbs- und Erziehungsarbeit als gleichwertig ansieht - wofür ich eintrete;- , dann sollte man nicht jedermann unabhängig von dem, was er tut, ein gewisses Einkommen zahlen, sondern man sollte Erziehungsarbeit materiell anerkennen - wie das ja bereits mit dem Erziehungsgeld und den Erziehungsjahren in der Rentenversicherung geschieht. Das gleiche gilt für Pflegetätigkeiten, wie dies bei der Pflegeversicherung der Fall ist.

Ich halte das jedenfalls für den besseren Weg. Schließlich stellt die Erwerbsarbeitsgesellschaft gegenüber der vorherigen Zuteilungsgesellschaft einen unerhörten Fortschritt dar, und ich sehe nicht, wie man in unserer Gesellschaft Lebenschancen anders einräumen kann.

Haas

Was wir sicher verhindern müssen, ist, daß Menschen völlig aus jeder Gesellschaft ausgegrenzt werden. Der einzelne muß zumindest die Möglichkeit haben, finanziell einigermaßen erträglich und sozial akzeptiert in einer der parallelen Lebenswelten zu existieren, aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzt.

Ich möchte noch einmal auf die Gefährdungen eingehen, die Exklusion für die Bürgergesellschaft haben kann. Eine Gefahr, die ich sehe, dürfte darin bestehen, daß sich die Betroffenen vollkommen

von unserem politischen System distanzieren. Herr Pfeiffer hat an der Wahlenthaltung der Armen und Sozialhilfeempfänger gezeigt, daß ihnen der Staat und das Gemeinwesen ganz und gar gleichgültig sind. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß die Distanz zum Staat und zur Politik auch bei den normalen Bürgern wächst, worunter unser politisches System zunehmend leidet. Die Sympathiewerte für die Politiker gleich welcher Couleur sind denkbar schlecht; die Entfremdung zu den Bürgern wächst; die Problemlösungskompetenz, die man von der Regierung erwartet, wird immer weniger gesehen und ihr zugetraut. Damit nimmt aber auch die Achtung vor der Rechtsordnung ab, ein Punkt, der einen Polizeipräsidenten besonders betrifft.

Um auf die Exklusion zurückzukommen: Es fehlt in unserer Gesellschaft erheblich daran, daß Menschen in Not in ihrer psychischen Befindlichkeit überhaupt wahrgenommen werden. Die Ausgegrenzten, die resigniert und meist ohne Hoffnung leben, bedürfen dringend der Unterstützung. Mein Eindruck ist, daß sich die meisten Politiker keine Vorstellung davon machen, was sich an Wut, aber auch an Resignation bei denen ansammelt, die wir als Randgruppen in der Praxis erleben. Da fehlt es offensichtlich an jeglichem Verständnis aufseiten der Politiker, die diesen Menschen zeigen müßten: Ihr gehört zu uns; wir lassen euch nicht im Stich, wir sind solidarisch mit euch. Politiker tun statt dessen immer so, als sei alles halb so schlimm und als hätte man die Dinge im Griff.

Herr Fink plädiert zu Recht für eine stärkere Kommunalisierung, weil auf der kommunalen Ebene die Probleme viel hautnaher und wirkungsvoller wahrgenommen werden können. In Stuttgart gibt es etwa 600 arbeitslose Jugendliche unter zwanzig Jahren, bei denen sich einiges an Emotionen zwischen Wut und Resignation auflädt. Was ich befürchte, ist, daß wir auf ein explosives Klima zusteuern, das möglicherweise unsere ganze Gesellschaft beschädigt.

Riedmüller

Offenbar hat in unseren Köpfen bereits eine starke Polarisierung zwischen Staat und Gesellschaft stattgefunden. Da hilft der Appell an intermediäre Instanzen anscheinend wenig. Die Solidargemeinschaft Sozialversicherung hatte ja immer auch intermediäre Funktionen und war nicht rein staatlich orientiert. Da ist, wie es aussieht, schon eine weitgehende Spaltung eingetreten.

Händel

Hier ist von Sinnstiftung, von Befriedigung in der Arbeit und vom Wertewandel bei der klassischen Erwerbsarbeit die Rede. Ich bin davon überzeugt, daß viele Menschen nach wie vor in ihrer Arbeit im ersten Arbeitsmarkt Befriedigung finden und diese auch sinnstiftend ist; bei einer ganzen Reihe von Tätigkeiten dürfte das allerdings keineswegs der Fall sein, übrigens auch nicht im zweiten und dritten Arbeitsmarkt.

Generell kann ich nur wiederholen: Es muß uns zuallererst um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im ersten Arbeitsmarkt gehen; denn dort findet die eigentliche Wertschöpfung statt; wir können nicht auf den zweiten oder dritten Arbeitsmarkt ausweichen. Auf die Wirtschaft kommt es an. Wenn wir dort keine Lösungen finden, wird alles andere, was wir uns an wichtigen gesellschaftlichen Arbeiten und deren Aufwertung vorstellen, nicht realisierbar sein.

Herr Bude hat gesagt, die Produktivität schlage sich bei uns nicht in Beschäftigung nieder; in den USA sei das besser gelöst. Auch Herr Huber und andere meinten, die wirtschaftliche Entwicklung in Amerika vermeide Exklusion. Im Vergleich etwa zu Japan oder den USA liegt Deutschland in der Produktivitätsentwicklung vorn, während es in der Arbeitsmarktentwicklung sehr schlecht abschneidet. In den USA werden in der Tat viele neue Arbeitsplätze geschaffen, aber offensichtlich zu Lasten der Produktivität. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, daß von den 44 Millionen neuen Arbeitsplätzen etwa 60 Prozent im Niedriglohnbereich mit weniger als fünf Dollar pro Stunde liegen, also die berüchtigten "Mac Jobs". Ich denke, eine solche Entwicklung ist gesellschaftlich nicht gerade sinnvoll. Selbst konservative Wall-Street-Analysten kommen mittlerweile zu der Auffassung, daß es in Amerika seit den 40er Jahren noch nie so viele Elendsgestalten gegeben habe wie in den letzten Jahren. Ich wage also zu bezweifeln, ob sich auf diese "amerikanische" Weise Exklusion großer Bevölkerungsteile auf Dauer vermeiden läßt.

Es heißt, in den nächsten Jahren würden bei uns rund eine Million Arbeitsplätze durch Innovation in den neuen Branchen und Industrien geschaffen. Auf der anderen Seite werden wir aber etwa zwei Millionen Arbeitsplätze verlieren. Da hilft es wenig, wenn Herr Bude mahnt, wir sollten nicht immer in Kontingenten denken; denn Tatsache ist, daß wir im Saldo eine Million Arbeitsplätze weniger haben werden. Das zu verhindern, ist die Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, und dafür brauchen wir eine andere Politik, insbesondere in den Bereichen Forschung und Technologie, wo seit

Jahren die Ausgaben sinken. Für den Industriestandort und das Hochlohnland Bundesrepublik ist das keine erfolversprechende Perspektive, die uns etwa Produktinnovation verheißen würde. Hier müßte die Politik steuernd eingreifen, um die Produktivität weiter anzukurbeln und den Weg für neue Produkte zu ebnen.

Statt dessen schneiden wir ein wichtiges Element wie die aktive Arbeitsmarktpolitik in unverantwortlichem Maße zurück. Es gibt kaum noch Qualifizierungsmaßnahmen. Mit Mühe und Not konnten wir zum Beispiel das sogenannte Struktur-Kurzarbeitergeld erhalten, um die Beschäftigungsgesellschaften weiterzuführen. Dänemark etwa hat mit einem Urlaubsgesetz jedem Beschäftigten die Möglichkeit eingeräumt, alle fünf Jahre für mindestens ein Jahr aus dem Erwerbsleben auszusteigen, zum Beispiel um sich zu qualifizieren, und zwar mit 90 Prozent des letzten Nettoverdienstes. Dadurch konnte die Arbeitslosigkeit wesentlich reduziert und innerhalb von fünf Jahren von 12,5 auf 7,9 Prozent gesenkt werden.

Wenn wir, wie Meinhard Miegel und andere fordern, die "Wissensgesellschaft" voranbringen wollen, müssen wir dem Arbeitnehmer sehr viel Raum bieten, sich zu qualifizieren. Das muß eine gesellschaftspolitische Zielsetzung sein. Wir müssen darüber hinaus aber auch die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilen. Das kann im ersten Arbeitsmarkt über die Absicherung von Teilzeitbeschäftigung geschehen, aber auch durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Was wir derzeit erleben, ist nicht zuletzt ein Verteilungskonflikt, und wenn wir nicht in der Lage sind, die ungeheure Produktivitätsentwicklung durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vernünftigen Löhnen und Gehältern zu kompensieren, werden wir in unserer Gesellschaft riesige Probleme bekommen.

Hensche

Der Beitrag von Herrn Rovon reizt mich, zunächst auf einige Widersprüche hinzuweisen, die ich in unserer Gesellschaft wahrnehme. Da konstatieren wir die an sich erfreuliche Tatsache, daß die Menschen ein immer höheres Alter erreichen; aber sozialpolitisch sehen wir darin ein Übel, das uns unter anderem den Generationskonflikt beschert. Wir setzen das Rentenalter herauf, obgleich Hunderttausende junger Menschen keine Arbeit finden. Die Deutschen sind, wie Herr Händel sagt, Produktivitätsweltmeister in der Wirtschaft, aber Arbeitszeitverkürzung und mehr Lebensqualität sind gegenwärtig kein Thema. Ich könnte Ihnen unschwer weitere Beispiele solcher Widersprüche aufzeigen.

Des weiteren möchte ich feststellen, daß der überwiegende Teil derer, die ausgeschlossen sind, dies weder wollen, noch dafür verantwortlich sind - auch wenn Herr Schröder und Herr Rudolph das teilweise anders sehen. Ich meine, wir befinden uns auf dem Wege in eine gespaltene Gesellschaft, ohne daß dies in der Öffentlichkeit gebührend wahrgenommen wird. Das gilt im übrigen auch für die Gewerkschaften, die ebenfalls dahin tendieren, sich an der sogenannten Mitte zu orientieren. Tendenzen zur Ghettoisierung reichen bis in die Justiz hinein; ich erinnere nur an das Behindertenurteil in Köln. Statt dessen ist überall die Kontrollpolitik im Vormarsch.

Frau Klages erwähnte die Bestrebungen in Mannheim, die darauf abzielen, in einer Art Sicherheitspartnerschaft öffentliche Plätze und Parks von Bettlern und Obdachlosen zu befreien. Der Mannheimer Oberbürgermeister hat kürzlich in einer Fernsehdiskussion wörtlich erklärt, es gelte, die öffentlichen Räume in Mannheim wieder "für die Menschen" zurückzuerobern. Durch solche Handhabungen droht tatsächlich eine Spaltung der Gesellschaft, auf die aber die Politik erst dann reagiert, wenn die Ausgegrenzten Gewaltbereitschaft erkennen lassen. Dann macht die Öffentlichkeit mobil, und wohin dies führen kann, sehen wir in den USA, wie Herr Pfeiffer eindringlich geschildert hat.

Eine wesentliche Ursache für Ausgrenzung ist zweifellos die Arbeitslosigkeit. Denn die Teilhabe an Arbeit bedeutet immer auch Bestätigung und Anerkennung für den einzelnen. Deshalb sehe ich eine Hauptaufgabe der Politik - aber nicht nur von ihr allein;- , Arbeitsplätze zu schaffen. Für die Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls ein Stachel, der sie zum Nachdenken zwingt. Die Arbeiterbewegung - etatistisch, wie sie in Deutschland immer gewesen ist - hat Selbsthilfeorganisationen nie sehr ernst genommen, sondern immer eher beiseite geschoben. Ich denke, die Gewerkschaften würden gut daran tun, Selbsthilfegruppen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und Formen der Selbsthilfe auch stärker zu unterstützen, als wir es bisher getan haben.

Frau Klages, vielleicht tue ich Ihnen unrecht; ich habe aber in Ihrem Statement einen leicht fürsorglichen, paternalistischen Zungenschlag verspürt. Davor sollte man sich wohl hüten.

Klages

Das ist keineswegs meine Absicht.

Hensche

Ich will auch deutlich sagen, daß ich für eine öffentliche Finanzierung von Arbeit eintrete. All dieses Gerede vom "schlanken Staat" lehne ich ab. Angesichts des enormen Reichtums in unserer Gesellschaft gibt es keine gottgegebenen Haushaltslöcher, sondern solche Defizite sind politisch gewollt und entsprechend zu verantworten. Um Arbeitsplätze im öffentlichen und sozialen Bereich zu schaffen - ebenfalls im ersten Arbeitsmarkt;- , dazu bedarf es auch der öffentlichen Finanzierung.

Auch wir Gewerkschaften sind in der Tat auf das System der Erwerbsarbeit fixiert. Ich stimme Herrn Dubiel zu: Das, was uns nach wie vor als Normalität erscheint, ist eine prosperierende Wirtschaft, wie wir sie in den sechziger und siebziger Jahren gehabt haben, die Vollbeschäftigung ermöglichte. Erwerbsarbeit in Form des Normalarbeitsverhältnisses als Regel, dieser Typus beherrscht auch heute noch unser Denken - jedenfalls in offiziellen Dokumenten. In dieser Erwerbsarbeitsgesellschaft wurden soziale Risiken abgedeckt und Vorsorgeleistungen erbracht, um Ausnahmetatbestände wie Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit abzufedern - wobei die Alterszeit nach dem Arbeitsleben meist sehr kurz bemessen war.

Hier stehen wir vor gewaltigen Veränderungen und Umbrüchen. Es kann keinen Zweifel geben, daß die Vollbeschäftigung auf der Grundlage des Normalarbeitsverhältnisses nicht wieder zurückzugewinnen ist. Im übrigen will ich daraufhinweisen, daß die Vollbeschäftigung in der Vergangenheit mit Normalarbeitsverhältnissen nur für die Männer galt und allein dadurch möglich war, daß der überwiegende Teil der Frauen unentgeltlich etwa im Haushalt, für Kindererziehung und Altenpflege tätig war. Daran hat sich im Grunde bis heute nicht viel geändert. Da hat sich diese Gesellschaft seit jeher ganz schön in die Tasche gelogen. Lediglich in Zeiten der Kriegswirtschaft und der Überbeschäftigung waren die Frauen auch als Arbeitskräfte gefragt.

Für die Gewerkschaften ist es ein schmerzlicher Prozeß, von einigen Elementen des Erwerbsarbeitssystems Abschied nehmen zu müssen. Deshalb gehe ich mit Herrn Huber einig, daß wir künftig um eine steuerfinanzierte Grundsicherung nicht herumkommen werden, um beispielsweise Familienarbeit oder auch Qualifizierungszeiten und nicht zuletzt ehrenamtliche Tätigkeiten auf diese Weise zu finanzieren.

Wie stellen wir uns eigentlich die Zukunft der Arbeitsgesellschaft vor? Ich gestehe: Ich habe da mehr Fragen als Antworten. Was tun wir beispielsweise gegen die Zeitnot von Frauen? Als Gewerkschaften kämpfen wir weiter für die Arbeitszeitverkürzung - wenn wir denn noch kämpfen. Dies kommt in unserer männerzentrierten Arbeitsgesellschaft jedoch vorzugsweise den Männern zugute. Das heißt, wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, wie die Beteiligung von Männern an der Familienarbeit gezielt gefordert werden kann. Vielleicht, Herr Dubiel, wird ja der Traum der Frauen von gleichberechtigter Teilhabe an der Arbeitsgesellschaft eines Tages doch noch Wirklichkeit.

Damit verbindet sich die weitere Frage nach dem Wohlstandsmodell von morgen, wobei ich es für falsch halte, Herr Rován, von einer generellen Senkung des Wohlstandsniveaus in den Industrieländern auszugehen. Das ist angesichts des vorhandenen Reichtums ganz und gar nicht erforderlich. Aber was wird den Wohlstand künftig wesentlich ausmachen? Das kann gewiß nicht einfach von oben dekretiert werden. Aber es ist durchaus eine Gesellschafts-, Sozial- und Tarifpolitik vorstellbar, die stärker freizeitorientiert ist, jedenfalls :beim Wohlstand andere Akzente setzt, schon aus ökologischen Gründen.

Schließlich ein Wort zum Thema Solidarität: Die Gewerkschaften sind ja intern immer wieder damit konfrontiert, daß das, was an Umverteilung der Arbeit an sich notwendig wäre, auch in den eigenen Reihen nicht gewollt ist. Die IG Medien hat vor einem dreiviertel Jahr aus gegebenem Anlaß alle ihre anhängig beschäftigten Mitglieder angeschrieben und auf das Thema Arbeitszeit in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit hingewiesen. In einigen Betrieben wird bereits unbezahlte Mehrarbeit verlangt, und unter dem Druck der Verhältnisse sind die Beschäftigten dazu auch bereit aus Sorge um ihren Arbeitsplatz. Immerhin haben von den 150.000 Mitgliedern 32.000 geantwortet - ich halte das für eine beachtliche Zahl, die zumindest zeigt, daß die Gewerkschaften noch lebendig sind. Auf die Frage: "Wären Sie bereit, kürzer zu arbeiten und Einkommensverluste hinzunehmen, wenn dafür neue Arbeitsplätze geschaffen werden?" haben 60 Prozent mit Ja geantwortet. Mag sein; daß die Ja-Stimmen überwiegend von gutverdienenden Mitgliedern kamen, die sich das eher leisten können. Ich denke aber, es gibt in unserer Gesellschaft durchaus noch so etwas wie Solidarität, und es wird nicht alles von einem neoliberalen Kosten-Nutzen-Denken überwuchert. Vielleicht gibt das Anlaß zu einem bescheidenen Optimismus.

Biedenkopf

Es gibt in Sachsen versuchsweise eine vorgezogene Ruhestandsregelung, die eine Verrentung mit 55 Jahren ermöglicht. Um zu verhindern, daß die Betroffenen sich völlig ausgegrenzt fühlen, haben wir den 55- bis 60jährigen mit der Aktion 55 angeboten, daß sie sich im sozialen Bereich, im Bildungssektor und anderswo partiell engagieren können. Dafür haben sie zunächst 200 DM monatlich zusätzlich zu ihrer Rente erhalten; angesichts knapper Haushaltsmittel mußten wir diesen Betrag später auf 150 DM reduzieren. An diesem Programm haben sich seit 1993 rund 94.000 Leute beteiligt, und wir werden immer wieder beschworen, damit fortzufahren.

Was wir daraus gelernt haben, ist, daß es zumindest zwei Kriterien braucht, um Inklusion zu ermöglichen: Die Menschen müssen etwas zu tun haben, und ihre Arbeit muß anerkannt werden. Die 150 DM sind gewissermaßen Ausdruck dieser Anerkennung. Ich stimme Herrn Fink zu, daß es viele solcher Möglichkeiten insbesondere auf der kommunalen Ebene gibt, die wir nur anpacken müssen.

In Sachsen haben wir den Arbeitsmarkt in fünf Regionen aufgeteilt und nach langen und schwierigen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und dem Land Sachsen eine Stiftung "Innovation und Arbeit" ins Leben gerufen mit fünf Regionalbüros, in denen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Handwerkskammern und anderen Einrichtungen Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung von Selbsttätigkeit, beispielsweise durch Existenzgründerdarlehen, ausgelotet werden.

Wir haben von Anfang an darauf gedrängt, daß die Arbeitsverwaltung ihre streng hierarchische Struktur aufgibt und sich stark dezentralisiert, ein Prozeß, der vier Jahre gedauert und zur Entwicklung des Projekts "Arbeitsamt 2000" geführt hat. Inzwischen sind wir noch weiter gegangen. So gibt es "experimentelle" Arbeitsämter, die eine große Ermessensfreiheit haben, um in der Arbeitsvermittlung neue Wege zu gehen.

Wir suchen in all diesen Bereichen eine Art "public-private-partnership". Bestimmte Aufgaben können nur vom Staat erledigt werden; Transferleistungen können nicht privatisiert werden. Aber wir können diejenigen Bürger staatlicherseits unterstützen, die sich bereit finden, beispielsweise die Patenschaft für einen Arbeitslosen zu übernehmen und unter großen Mühen versuchen, den Betroffenen irgendwo in einer Arbeit unterzubringen. Frau Klages hat sehr anschaulich geschildert, was es bedeutet, wenn sich jemand eines Wohnungslosen annimmt und ihn auf die Ämter begleitet und damit gewissermaßen für ihn bürgt.

Zugleich müßte es gelingen, die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu bündeln, damit man in solchen Fällen eine Anlaufstelle mit nur einem Ansprechpartner hat und nicht vier oder fünf Ämter zuständig sind. Auch das versuchen wir jetzt in Sachsen voranzubringen. Es gibt unglaublich viele Möglichkeiten, bei einer elastischen Handhabung des bestehenden Systems Beschäftigungsressourcen zu erschließen. Dazu kann die Dezentralisierung entscheidend beitragen. Das klingt für französische Ohren vielleicht eher fremd, Herr Rovan; denn in Frankreich schwört man ja nach wie vor auf die Zentralisierung.

Dann zum Thema Grundsicherung. Dazu ist jetzt eine breite Debatte in Gang gekommen, an der sich auch Gerhard Schröder, Walter Riester und andere beteiligen. Ich bin sicher, das wird in den nächsten fünf Jahren vorankommen. Worum es mir geht, ist, die Solidaritätsbasis in unserer Gesellschaft zu verbreitern, an der sich alle Einkommensbezieher beteiligen müßten, ohne daß dies zu einer kollektiven Zwangsveranstaltung wird.

Wir überlegen auch, wie man Ehrenarbeit - ich vermeide das Wort "ehrenamtliche Arbeit", weil mich dabei der Begriff "Amt" stört - attraktiver machen kann; dazu zählen Familien-, Nachbarschafts-, Erziehungsarbeit und viele weitere Tätigkeiten. Wir sollten nicht vergessen, daß in unserem Land wesentlich mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit geleistet wird, wenn man die Stunden einmal zusammenrechnet. Solche unbezahlte Tätigkeit müßte sich nicht nur in Form von Rentenansprüchen, sondern auch auf andere Weise - wie ansatzweise zum Beispiel bei der Pflegeversicherung - niederschlagen. Damit würde sich auch die allgemeine Denk- und Geisteshaltung gegenüber unbezahlter Arbeit allmählich verändern. Davon bin ich jedenfalls fest überzeugt.

Wir sind in Sachsen auch an den Arbeitsloseninitiativen sehr interessiert, und ich habe viel Verständnis dafür, wenn Arbeitslose öffentlich demonstrieren. Vielleicht bewirken solche Aktivitäten, daß diejenigen, die Arbeit haben, die Arbeitslosen anders zur Kenntnis nehmen. Ich denke, das ist nicht nur Sache des Staates.

Was die gesellschaftlichen Wertvorstellungen angeht, habe ich seinerzeit von Oskar von Nell-Breuning gelernt, daß sich strukturelle Defizite nicht durch moralische Appelle an die Bevölkerung ausgleichen lassen. Wenn bestimmte Strukturen nicht mehr funktionsfähig sind, muß man sie ändern. Pater von Nell-Breuning ging soweit zu sagen: Die moralischste Ordnung ist diejenige, die mit einem Minimum an moralischen Ansprüchen an die Bürger auskommt, eben weil sich die Bürger schon aufgrund der Strukturen richtig verhalten. Hier liegt für mich ein entscheidender Ansatz etwa für die Diskussion über die Schattenökonomie.

Bischof Huber hat die Frage gestellt: Was geschieht, wenn bisher gültige nationale Symbole, selbst wenn sie nur schwach ausgeprägt sein mögen, zerfallen? Beispielsweise ist die D-Mark ein solcher Symbolwert. Worauf rekurren wir dann? Kann die Antwort lauten: Kultur- oder Leistungspatriotismus? Und was würde das für die gesellschaftliche Integration bedeuten?

Riedmüller

Wir haben darüber diskutiert, welche Ursachen und welche Dimensionen die soziale Ausgrenzung oder Exklusion hat. Es ist heute unbestritten - die Diskussion hat sich in diesem Punkt in den letzten Jahren stark verändert;- daß Erwerbsarbeit nicht mehr für alle, die dies wünschen, zur Verfügung steht und wir nach Alternativen Ausschau halten müssen. In dem Zusammenhang geht es auch um eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs. Daß über Umfang und politische Bedeutung von Reichtum und Armut kein Konsens besteht, ist sicherlich nicht überraschend.

Welche Gruppen zählen zu den Ausgegrenzten? Da wurden zunächst Behinderte und Obdachlose genannt, gewissermaßen die klassischen Gruppierungen, aus denen sich Armut rekrutiert. Des weiteren wurden Gefährdungen prognostiziert, die mit Arbeitslosigkeit verbunden sein können, wobei die Ausländer offenbar besonders gefährdet sind.

Herr Vester hat am Beispiel der Mittelklasse gezeigt, wie groß dort die Angst vor Deklassierung ist. Stichwort: prekärer Wohlstand. Dabei sind es gerade die Mittelschichten, die für die politische und gesellschaftliche Integration eine sehr wichtige Rolle spielen, ohne daß dies bisher entsprechend wahrgenommen wird. Ein prekäres Thema ist sicher auch die Feststellung, daß Sozialpolitik mehr und mehr zu einer Art Kontrollpolitik wird.

Eine wichtige Frage ist zweifellos, wie es um die Zukunft der Bürgergesellschaft bestellt ist, wenn die sinnstiftende Rolle der Erwerbsarbeit mehr und mehr zurückgeht. Und wie steht es um die politische Teilhabe, die sich handlungsaktiv darstellen müßte, etwas, das in Deutschland eher unterentwickelt sein dürfte.

Welche Empfehlungen können wir den Parteien, Verbänden und so weiter geben, um die Rolle des Bürgers und die Solidarbeziehungen zu stärken und Exklusion zu verhindern? An dieser Stelle ist beispielsweise die Grundsicherung ins Spiel gebracht worden. Es war von Stärkung der kommunalen Sozialpolitik, von aktiver Arbeitsmarktpolitik und dergleichen die Rede, die dazu beitragen könnten, die Integration ausgegrenzter oder von Ausgrenzung bedrohter Gruppen zu bewerkstelligen. Alles dies sind Maßnahmen, die verhindern sollen, daß die Gesellschaft zerfällt.

Kann die Kommune wirklich der Ort sein, an dem sich Bürgerrollen besser entwickeln und wo auch die Politik wieder eine Führungsrolle übernehmen kann, wie Herr Biedenkopf andeutete? Welche Gruppen und Institutionen - Kirchen, Verbände, Gewerkschaften müßten hier aktiv werden? Sind sie dazu aber unter den heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen überhaupt noch in der Lage? Es ist ja wenig sinnvoll, wenn wir uns hier irgendwelche schönen Modelle für die Bürgergesellschaft ausdenken, die fernab jeglicher Realisierungschancen sind.

Pfeiffer

An den Beispielen von Frau Klages und Frau Feyler ist deutlich geworden, daß die Bürgerbewegungen in einem Punkt noch zu schwach sind: Ihnen fehlt der finanzielle Unterbau, um aus eigener Kraft und mit Selbstbewußtsein Partner des Staates, auch kritischer Partner, sein zu können.

Jeder weiß, daß es einen extrem zunehmenden privaten Reichtum und eine stark wachsende öffentliche Armut gibt. Diese Entwicklung wird verstärkt durch ein trichterförmiges Erben: Da die Zahl der Singles wächst, wird es zukünftig stärker zu Vererbungen über die Verwandtschaft ersten Grades hinaus kommen. Das eröffnet Chancen, die in Deutschland bisher zuwenig genutzt worden sind.

Abgesehen davon, daß es dem Staat an Geld fehlt, ist er auch immer bürokratischer geworden. Er lenkt viel zuviel; er ist ängstlich, was neue Projektideen angeht, und was besonders ärgerlich ist: Der Einfluß der Parteien wird immer schädlicher. Ich möchte das am Beispiel der Drittmittel für die Forschungsförderung verdeutlichen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft wie auch Stiftungen verfügen über ein Bewertungssystem durch unabhängige Gutachter, auf das man keinen Einfluß nehmen kann. Der Entscheidungsprozeß ist transparent und läuft sehr fair ab. Man kann sich darauf verlassen: Ein guter Projektantrag hat eine gute Chance. Beim Staat dagegen kommt es immer mehr auf Beziehungen an und nicht auf die Qualität der Anträge. Das Parteiengeflecht empfinde ich als höchst problematisch. Der Staat sollte die Geldvergabe gegenüber der Forschung oder auch gegenüber Projekten, die aus der Bürgerschaft heraus oder aus einem Dialog zwischen Praxis und Wissenschaft entstanden sind, in dieser Hinsicht überprüfen.

Welche Möglichkeiten hat die Eigenfinanzierung der Bürgerkultur? In den USA gibt es zwei Wege. Der eine ist: Man nimmt an einer Veranstaltung von "The United Way" teil, einer Geldsammelorganisation, wie es sie in Deutschland trotz respektablem Bemühungen, beispielsweise des Spendenparlaments in Hamburg, nicht einmal ansatzweise gibt. Dazu ein Beispiel aus den USA: Die Bürgerorganisation "The United Way" stellt im Rahmen einer Betriebsversammlung 10 Projekte aus den Bereichen Jugend, Kultur und Soziales vor. Dann tritt der Firmenchef ans Mikrofon und erklärt: Wenn Sie wollen, können Sie eines dieser Projekte auf einem Vordruck ankreuzen und die Höhe Ihrer Spende eintragen. Für jeden von Ihnen gespendeten Dollar verdoppelt die Firma den Betrag bis zur Höchstsumme von 50 Dollar pro Monat für jeden Spender. Auf diese Weise sind in dem Unternehmen mit 1000 Belegschaftsangehörigen 105.000 Dollar zusammengekommen. Das heißt, im Schnitt wurden 4,50 Dollar pro Monat gespendet, die das Unternehmen verdoppelte. In Chicago werden Jahr für Jahr durch solche Sammlungen bei den Beschäftigten - ob in der Privatwirtschaft oder beim Staat - über 100 Millionen Dollar für Projekte in den Bereichen Jugend, Kultur, Soziales eingenommen, die im Rahmen der Bürgerkultur und nicht durch den Staat finanziert werden. Das Geld wird bei diesem Modell im gleichen Jahr wieder ausgegeben, ähnlich wie beim Spendenparlament.

Ein zweiter Weg ist die Finanzierung über "Community Foundations", bei denen es zunächst um die Bildung von Kapital geht, was im Prinzip auch richtig ist; denn Stiftungen sollten nicht von der Hand in den Mund leben, sondern um Nachhaltigkeit und ein längerfristiges Engagement bemüht sein. Die Community Foundation von New York beispielsweise hat vor über 60 Jahren mit circa 200.000 Dollar angefangen. Heute verfügt sie über ein von Bürgern und Wirtschaftsunternehmen gebildetes Kapital von 1,2 Milliarden Dollar.

In Deutschland gibt es derzeit zwei Modelle. Für das eine Modell steht Herr Mohn in Gütersloh. Er hat zwei Millionen DM zur Verfügung gestellt und die Bürger und Firmen der Stadt aufgefordert, ihn bei der Schaffung einer starken Stiftung zu unterstützen. Innerhalb kürzester Frist sind so vier bis fünf Millionen DM zusammengekommen. Die Grundlage dafür ist, daß an der Basis überzeugende Projektarbeit geleistet wird.

Das andere Modell entsteht mit der Stadtstiftung Hannover. Dort gab es niemand, der ein großes Startkapital eingerichtet hat, sondern an die 50 Bürger, die sich zusammengetan haben; die einen spenden Geld, die anderen stellen ihre Zeit zur Verfügung, um Projektideen zu entwickeln. Es brauchte dann eine lange Anlaufzeit, bis man das Geld zusammen hatte, das für die Einrichtung einer kleinen Geschäftsstelle, ohne die es nicht geht, benötigt wird.

Ich kann nur sagen: Stiften macht Spaß. Es kostet sehr viel Zeit, bereichert aber das Dasein auf ungeahnte Weise. Es ist erstaunlich, an welche Menschen man dabei gerät, die man sonst nie kennengelernt hätte. Es entstehen plötzlich Netzwerke; die Geldgeber begeistern sich für bestimmte Projekte und haben das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun - ganz so wie es Frau Klages hier geschildert hat.

Abschließend stichwortartig einige Beispiele für mögliche Projekte. So gründet und finanziert die Bürgerstiftung Hannover eine Freiwilligenagentur, in der Freiwillige und gemeinnützige Projekte, die auf der Suche nach ehrenamtlichen Helfern sind, sich finden können. Oder wir organisieren, daß Sportvereine in den Schulen mit einem hohen Anteil von sozial randständigen Schülern Schnupperkurse in vielen Sportarten kostenlos zur Verfügung stellen. Wenn das Angebot einschlägt, finanziert die Bürgerstiftung für mittellose Jugendliche die Vereinsmitgliedschaft und die Sportausrüstung.

Ein weiteres Beispiel: Die Bürgerstiftung organisiert einen Wettbewerb "Unsere Schule soll schöner und besser werden". Teilnehmen können zum einen die Schulen, die in Eigenarbeit ihre Räumlichkeiten verschönern. Zum anderen sollen Schulen prämiert werden, die sich engagiert

bemühen, den Unterricht interessanter und besser zu gestalten, um dadurch Freude am Lernen zu wecken.

Klages

Ich bin dabei, eine gemeinnützige Stiftung "Bürgerengagement für Wohnungslose" auf die Beine zu stellen, die in ganz Deutschland tätig sein soll. Die Aussichten, eine Geschäftsstelle zu finanzieren, sind recht hoffnungsvoll.

Ich denke, genau wie Herr Pfeiffer, Bürgerengagements könnten in unserer Gesellschaft außerordentlich wirksam sein und dem Staat eine Menge Geld sparen helfen, Mittel, die heute zum Teil sinnlos verschleudert werden. Ich will Ihnen nur das Beispiel aus meinem Erfahrungsbereich wiederholen: Wer beim Schlafen unter der Brücke erwischt wird, muß ein Bußgeld in Höhe von 144 DM pro Nacht zahlen. Da so jemand in aller Regel kein Geld hat, wird er ersatzweise für 15 Tage ins Gefängnis gesteckt. Ein Gefängnistag unter normalen Bedingungen kostet den Steuerzahler 160 DM. Sie können sich selbst ausrechnen, welcher Aberwitz da auf unsere Kosten getrieben wird. Solche Menschen - arm, krank und die meisten nicht kriminell - bevölkern zu 70 Prozent unsere Gefängnisse.

Der Oberbürgermeister von Karlsruhe plant jetzt ein Projekt, von dem er sich verspricht, die Beschaffungskriminalität von Drogensüchtigen drastisch zu senken, indem den Betreffenden preiswert Drogen zur Verfügung gestellt werden. Abgesehen von den Kosten und Gefährdungen, die dem Bürger durch Diebstahl oder Raubüberfall drohen, könnten wir auch die Haftkosten sparen und bräuchten keine teuren Gefängnisse zu bauen.

Ich denke weiter an die vielen Menschen, die in psychiatrischen Anstalten gehalten werden und dort eigentlich gar nicht hingehören; die aber Hilfe und Betreuung brauchen, um selbständig leben zu können. Wenn wir dies gewährleisten würden, könnte der Staat auch da erhebliche Gelder einsparen.

Es gibt so unendlich viele Beispiele, wie sich unsere Gesellschaft selber helfen würde, wenn es mehr "Kümmerer" gäbe, die in geeigneten Strukturen wirksam werden könnten. Ich will Ihnen nur einen akuten Fall nennen, mit dem ich gerade konfrontiert bin: Eine junge Frau ist schwanger von einem Drogensüchtigen, der bereits für zwei Kinder unterhaltspflichtig ist, also niemals wird für ein weiteres Kind aufkommen können. Die Frau hat mittlere Reife, aber keine Ausbildung, die sie gern machen würde, was allein schon daran scheitert, daß sie in drei Monaten ihr Kind versorgen muß, wozu sie aber eigentlich gar nicht in der Lage ist. Da fragt man sich mitunter schon: Warum kommt dieses Kind überhaupt auf die Welt, wenn niemand bereit ist, der dieser Frau hilft?

Schließlich noch ein Wort dazu, wie wir mit Arbeitslosen bei uns umgehen, ein Thema, das viel mit Ausgrenzung und fehlender gesellschaftlicher Anerkennung zu tun hat. Da wundern wir uns, daß so wenige Arbeitslose an Demonstrationen teilnehmen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Hat sich mal jemand überlegt, daß diese Menschen sich nicht zuletzt deshalb nicht auf die Straße wagen, weil es ihnen peinlich ist; weil sie vor ihren Nachbarn und anderen Bürgern nicht als Versager dastehen wollen? Die Politiker nehmen solche Demonstrationen ohnehin nicht ernst, trotz ihrer wohlwollend verständnisvollen Stellungnahmen und der rituellen Bekundungen, die Arbeitslosigkeit sei unser größtes Problem.

Die Förderung des Ehrenamtes oder von Ehrenarbeit, wie Herr Biedenkopf lieber sagt, ist in der Tat eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Da gebe ich Herrn Pfeiffer recht. Bei den großen Einrichtungen, den Wohlfahrtsverbänden beispielsweise, ist Ehrenarbeit wenig gefragt. Da werden einem allenfalls irgendwelche uninteressanten Hilfsarbeiten zugeschoben, die sonst keiner machen will. Qualifiziertere Tätigkeiten übernehmen die professionellen Kräfte lieber selbst. Vielleicht würde die Bürgerstiftung hier ganz andere Felder öffnen, wo die Bereitwilligen sich sinnvoll engagieren könnten. Von daher verfolge ich die Bemühungen von Herrn Pfeiffer und anderen mit großem Interesse.

Im übrigen möchte ich erwähnen, daß wir in Heidelberg mit allen Parteien, die im Gemeinderat vertreten sind, zusammenarbeiten. Ein Bundestagsabgeordneter unterstützt unseren Verein persönlich, und seine Partei sammelt für uns auf ihren Veranstaltungen. Auch von den anderen Parteien erhalten wir kleinere Zuwendungen, was zeigt, daß sie die Sache für unterstützenswert halten.

Schröder

Vielleicht ist es tatsächlich ein eigenes Thema, das wir einmal gesondert behandeln sollten; aber ich möchte doch wiederholen, daß es auch Menschen gibt, die sich bewußt selbst ausgrenzen und die

jedenfalls nicht nur Opfer sind, wie das in dieser Diskussion behauptet wird. Ich denke etwa an Jugendliche, die mit erschreckend niedriger Gewaltschwelle agieren. Dies als Pubertätsphänomene abzutun, wie es hier anklang, reicht mir in gar keiner Weise aus, um gewisse Erscheinungen rechter Gewalt, insbesondere in Ostdeutschland, zu erklären.

Es mag ja in Heidelberg, Frau Klages, in einem insgesamt gefestigten bürgerlichen Milieu durchaus Menschen geben, die herausfallen und denen man wieder auf die Beine helfen kann. Das läßt sich aber nicht mit den Verhältnissen in der einen oder anderen ostdeutschen Kleinstadt vergleichen, wo solche gewaltbereiten Jugendgruppen das Heft fest in der Hand haben. Es stimmt im Übrigen ebensowenig - was auch ich mir lange Zeit eingeredet habe;- , das sei eine Übergangerscheinung und hänge wesentlich mit dem Zusammenbruch der DDR zusammen. Mit sozialer Ausgrenzung hat das jedenfalls wenig zu tun, und es sind auch keineswegs überwiegend Arbeitslose, die von DVU und NPD organisiert werden. Da sind sehr viel komplexere Zusammenhänge, etwa der Zusammenbruch nahezu sämtlicher bisher geltender Autoritäten, im Spiel. Aber es bleibt ein Rest, den ich mir nicht so einfach erklären kann.

Riedmüller

Das, was Herr Vester über die Gefährdung der Mitte gesagt hat, halte ich in dem Zusammenhang, den Sie ansprechen, Herr Schröder, für besonders gefährlich.

Klages

Zum Thema "prekäre Mitte" will ich nur anmerken, daß ich einzelne Wohnungslose leichter in gehobenen als in mittleren oder unteren Wohngebieten unterbringe. Letztere sind kaum bereit, die Hand zu reichen und den Betroffenen bei der Integration zu helfen.

Bude

Ich möchte meinen Blick auf die korporativen Akteure in unserer Gesellschaft richten, die offenbar tätig werden müssen, damit es zu einer nachhaltigen Entwicklung auch in der Politik kommt.

Beim Exklusionsthema sehe ich zwei Aspekte, die miteinander zu tun haben: Begründung und Organisation. Bei der Begründung geht es wesentlich um den Begriff von Gerechtigkeit. Herr Fink wies daraufhin, daß Leistungs-, Teilhabe- und Bedarfsgerechtigkeit neu aufeinander abgestimmt werden müssen. In dieser Frage sind wir sicher noch zu keiner abschließenden Beurteilung gekommen.

Was die Frage der Organisation angeht, will ich zuvor ein Wort zum ominösen Begriff der Bürgergesellschaft sagen. Zum einen läßt sich die Bürgergesellschaft vom antiken Modell der Polis ableiten. Die Grundidee ist: Der einzelne sollte ein beispielhaftes Leben für das Allgemeine, für die Gemeinschaft führen, letztlich um seiner Unsterblichkeit willen. Ein ganz anderer Ansatz ist mit dem amerikanischen oder angelsächsischen Begriff der Gemeinde verbunden. Da geht es nicht um Unsterblichkeit, sondern man bemüht sich, ein gottgefälliges Leben zu führen. In der deutschen Tradition schließlich ist die bürgerliche Gesellschaft - von Hegel herkommend - eine Ausdifferenzierung des Allgemeinen, das als solches gar nicht mehr existent ist. So wie Herr Biedenkopf sagte: Es geht um die relativ moralfreie Assoziation der Bürger.

Von daher stellt sich in bezug auf die Organisation die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Da scheint sich mir im Augenblick ein grundsätzlicher Wandel im Denken zu vollziehen. Die eine Konstruktion hat unter der Dominanz eines bestimmten Staatsverständnisses den Sozialbürger und den Arbeitsbürger in ein harmonisches Verhältnis zueinander gebracht. Das ist die "Arbeitnehmergesellschaft", die bis heute das Grundmodell der Bundesrepublik darstellt. Was wir jetzt erleben, sind Entwicklungen hin zu einem postmodernen oder postindustriellen Modell der Wohlfahrtsgesellschaft. Herr Biedenkopf hat dazu bei verschiedener Gelegenheit eine Reihe interessanter Vorstellungen entwickelt, bei denen nicht mehr der Sozial- und der Arbeitsbürger, sondern der Marktbürger und der politische Bürger im Zentrum stehen.

Damit verändert sich aber unsere wohlfahrtsstaatliche Diskussion von Grund auf: Es ist nicht mehr der Staat, der die Wohlfahrt zentral reguliert, sondern das soll jetzt irgendeine Art von Gesellschaft tun. Auf diese Weise werden der Markt und die politische Selbstverantwortung des einzelnen neu justiert. Das meine ich mit postmoderner oder postindustrieller Konstellation. Ich vermute, daß es in der Bundesrepublik zu einer Mischung dieser beiden Wege kommen wird, wie dies auch der Realität entspricht.

Damit hängen dann Fragen wie Grundsicherung oder Bürgerrente zusammen, die letztlich eine neue Definition sowohl der staatlichen Verantwortlichkeit als auch der Selbstverantwortung des einzelnen bedingen. Davon hängt wiederum die Wahrnehmung von Exklusion in unserer Gesellschaft wesentlich ab.

Bäcker

Bei den notwendigen Grundentscheidungen geht es meiner Ansicht nach vor allem um zwei Fragen. Erstens: Wie können wir Nichterwerbsarbeit aufwerten? Zweitens: Wie läßt sich die Erwerbsarbeit als Angelpunkt für gesellschaftliche und soziale Integration relativieren? Bei der größeren Anerkennung von Nichterwerbsarbeit stellt sich wiederum die Frage, ob die Nichterwerbsarbeit anstelle der Erwerbsarbeit aufgewertet oder ob beides in unterschiedlichen Formen miteinander verknüpft werden soll.

In diesem Zusammenhang ergeben sich zwei Probleme. Zum einen: Wie glaubwürdig sind eigentlich Leute wie wir, die voll im Erwerbsleben stehen und in der Regel sicher weit mehr als 35 Stunden arbeiten, den Arbeitslosen zu empfehlen, die Erwerbsarbeit nicht so wichtig zu nehmen und sich anders zu orientieren? Das zweite Problem betrifft das Geschlechterverhältnis. Wie Sie wissen, ist der Anteil der Frauen, die nichterwerbstätig sind, immer noch hoch. Damit werden sich die Frauen aber nicht zufriedengeben. Sind dann im Umkehrschluß die Männer zukünftig stärker als bisher bereit, in die Nichterwerbsarbeit einzusteigen, auf familiärer, bürgerschaftlicher oder gesellschaftlicher Ebene?

Dann zum Thema Grundsicherung, bei dem es darum geht, die soziale und materielle Existenz des einzelnen unabhängig von der Erwerbsarbeit zu gewährleisten, gewissermaßen als Bürgerrecht zu etablieren. Was unterscheidet aber diese Überlegung von der bereits real existierenden Grundsicherung nach dem Bundessozialhilfegesetz, die einen Rechtsanspruch darstellt und direkt aus dem grundgesetzlichen Anspruch abgeleitet ist, die Würde des Menschen zu sichern? Was soll sich also gegenüber der heutigen Sozialhilfe tatsächlich ändern?

Dabei sollte man sich vor allem über zwei wichtige Punkte klarwerden: Erstens die Höhe der Grund Sicherung. Ob wir 300 DM oder 1300 DM für angemessen halten, macht natürlich einen gewaltigen Unterschied aus. Ich denke, dieser Betrag kann nicht unabhängig vom generellen Lohn- und Gehaltsniveau in der Gesellschaft gesehen werden; denn hier geht es nicht nur um die Finanzierbarkeit, sondern ebenso um die Frage der Gerechtigkeit. Wer für sein Geld hart arbeiten muß, wird kaum viel Sympathie für jemanden aufbringen, der nur unwesentlich weniger erhält und nichts dafür tun muß.

Des weiteren ist zu fragen, ob die Grundsicherung voraussetzungslos an jeden gezahlt wird, auch an die beispielsweise, die gar nicht erwerbstätig sein wollen; oder geht man davon aus, daß die Betroffenen eine zumutbare Arbeit annehmen müssen? Das braucht keine Erwerbsarbeit zu sein, sondern kann auch soziale Arbeit beinhalten. Eine voraussetzungslose Grundsicherung halte ich jedenfalls für ein total illusionäres Konzept.

Vester

Mein Eindruck ist, es besteht in diesem Kreis ein mehr oder weniger stillschweigender Konsens, daß wir in unserer Wirtschaft keinen neuen Wachstumsschub mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze erleben werden. Eher scheinen wir an die Voraussagen von Fourastí und auch von Keynes zu glauben, die eine Stagnation vorhergesagt haben.

Fink

Da stimmen wir nicht überein.

Vester

Zumindest ist das implizit in mehreren Beiträgen so zum Ausdruck gekommen. Auch bei Herrn Biedenkopf habe ich das nicht anders wahrgenommen. Selbst im Exportgeschäft scheint es nicht möglich, ständig neue Märkte zu erobern, auch wenn wir gegenwärtig gerade wieder einen Exportboom erleben.

Dies hat zur Konsequenz, daß wir uns Gedanken über Verteilungsfragen machen müssen, wobei es weniger um Geld, sondern mehr um Zeit und Lebenschancen geht. Ich möchte jeden davor warnen, so zu tun, als sei es gar nicht so schlimm, wenn immer mehr Menschen aus dem Erwerbsleben herausfallen; es genüge, statt dessen andere Tätigkeiten aufzuwerten. Ehrenarbeit sei doch auch eine

sehr schöne Alternative. Ich meine, wir kommen nicht darum herum, intensiv über weitere Arbeitszeitverkürzungen im Erwerbsbereich nachzudenken, um tatsächlich eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Natürlich wird die Erwerbsarbeit nicht ganz verschwinden, wie Herr Bude relativierend sagt. Worauf es aber meiner Ansicht nach entscheidend ankommt, ist, daß die Menschen im Erwerbssystem bleiben, auf das hin auch ihre Ausbildung und ihre Qualifikationen ausgerichtet sind. Sonst taucht auf einmal der alte Klassengegensatz in neuem Gewande wieder auf. Es kann also nicht sein, daß wir denen, die herausfallen, als Kompensation lediglich eine moralische Aufwertung anbieten. Das wäre ein falsch verstandener Konservatismus.

Wenn wir aber die alten gesamtgesellschaftlichen Konzepte - seien es keynesianisch-sozialdemokratische, sei es die soziale Marktwirtschaft - wiederbeleben wollten, stellt sich erneut das Problem der Bürokratie. Was wir stärker fordern müßten, ist die Mobilisierung lokaler Milieus, in denen mehr Selbsthilfekräfte vorhanden sind, als wir von außen wahrnehmen. Dies wird von der Politik weitgehend vernachlässigt.

Die Beispiele, die wir etwa von Frau Klages gehört haben, erwecken doch sehr den Eindruck philanthropischen Bemühens, so respektabel das im Einfall sein mag.

Klages

Worauf ich aufmerksam mache, ist, daß von Seiten des Staates unendlich viel Geld verschwendet wird, weil man eine falsche Lösung für die Probleme sucht.

Vester

Dennoch war die philanthropische Komponente nicht zu überhören. Ich plädiere dafür, daß wir wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Konzepte brauchen, um die lokalen Milieus stärker zu aktivieren. Damit würden wir jenseits der alten Klassenkampffronten eine Diskussion beginnen, ohne zu ignorieren, daß die soziale Frage nach wie vor ungelöst ist.

Händel

Die Frage von Beschäftigungsgesellschaften wird in der öffentlichen Diskussion weitgehend auf Ostdeutschland reduziert. Dabei wird häufig vergessen, daß es diese Einrichtung auch in Westdeutschland gibt, wenn Unternehmen in Schwierigkeiten geraten und Personal abbauen. Die Gewerkschaften haben diese Politik unterstützt, weil wir davon überzeugt sind, daß es besser ist, Arbeitslosigkeit, und das heißt Exklusion, zu vermeiden und den Betroffenen neue Möglichkeiten zu eröffnen, indem sie sich beispielsweise qualifizieren können. Damit haben wir durchweg gute Erfahrungen gemacht. In vielen Fällen fehlt es anschließend allerdings an entsprechenden Arbeitsplätzen, weil zu deren Schaffung kein Risikokapital zur Verfügung steht, an dem es generell in unserem Lande mangelt. Wenn in einer Belegschaft Initiativen entwickelt werden, wie man ein gefährdetes Unternehmen erfolgreich weiterführen könnte, findet sich in den seltensten Fällen ein Kapitalgeber, der bereit ist, dies zu unterstützen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Das sieht in anderen Ländern häufig weit besser aus. Ich meine, in dieser Richtung könnte bei uns sehr viel mehr geschehen.

Herr Rovon argumentierte, wir würden in Europa nicht darum herumkommen, generell den Lebensstandard zu senken, um die Arbeitskosten zu reduzieren. Damit würde aber die Exklusion erheblich ausgeweitet. Ich vermag das auch deshalb nicht einzusehen, weil der riesige Außenhandelsüberschuß der deutschen Wirtschaft in keiner Weise signalisiert, daß unsere Produkte und Dienstleistungen nicht weltmarktfähig sind. Und obwohl die Unternehmensgewinne beachtlich gestiegen sind, liegt das Steueraufkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gerade noch bei zehn Prozent. Mit anderen Worten polemisch zugespitzt: Die Selbständigen und die Unternehmer beteiligen sich am Projekt Deutschland lediglich noch mit zehn Prozent. In den letzten Jahren ist in der bundesdeutschen Wirtschaft ein geradezu gigantisches Kostensenkungsprogramm durchgeführt worden. Das reicht von Einschnitten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Abbau des Kündigungsschutzes. Beides hat indes nicht dazu beigetragen, massenhaft Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute weisen nicht von ungefähr darauf hin, daß es bei uns an Kaufkraft im Inland fehlt. Sollte also der Außenhandel über kurz oder lang wieder Einbußen erleiden, kann dies durch steigende Binnennachfrage kaum kompensiert werden. Ich denke, wir müssen entschieden

darüber nachdenken, wie wir die Arbeitseinkommen steuerlich entlasten können. Das ist keine Frage der Tarifpolitik, sondern da ist die Politik gefordert, und die Politiker sollten nicht unterschätzen, welche Verdrossenheit sich gerade bei den Facharbeitern angesammelt hat, die über die ständig steigende Abgabenbelastung zutiefst erbittert sind. Deshalb ist auch das Thema Energie- oder Umweltsteuern so wichtig, weil in dieser Richtung die Konjunktur belebt werden könnte und vor allem die Chance bestünde, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das würde auch unsere Sozialsysteme wieder ins Gleichgewicht bringen, die nicht an überzogenen Sozialausgaben, sondern an fehlenden Einnahmen, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit, leiden.

Rovan

Ich habe zwar gesagt, Herr Händel, wir werden nicht darum herumkommen, den Lebensstandard in unseren Ländern zu senken; ich habe aber hinzugefügt: Das geht nur, wenn man den Reichen sehr viel mehr wegnimmt als den Armen. Und ich vermag nicht zu erkennen, daß dies in der Politik mehrheitsfähig ist.

Im übrigen meine ich, wir sollten nicht übersehen, daß wir in Europa zur Zeit noch auf einer Insel der Seligen oder der Halbseligen leben. Insofern mutet mich diese ganze Diskussion, die wir hier führen, doch recht abstrakt an, weil dabei die weltpolitische Entwicklung völlig außer acht gelassen wird. Es mag ihnen übertrieben vorkommen, aber ich habe den Eindruck, daß wir uns längst in einem dritten Weltkrieg befinden, auch wenn dieser bisher in Europa noch ziemlich unblutig verläuft. Doch angesichts der weltweit zunehmenden Konflikte, in die wir von den großen "Raubkatzen" Amerika, China, Indien und Rußland mehr und mehr hineingezogen werden, frage ich mich, ob wir die Demokratie bei uns auf Dauer werden aufrechterhalten können. In gewissem Sinne leben wir hier in einem Zustand des Als-ob und bemühen uns, lauter schöne und sicher auch wichtige Dinge zu tun. Aber wir verschließen die Augen vor den Gefahren, die uns von außen drohen.

Hensche

Wissen Sie, Herr Rován, es war immer die Aufgabe der Zivilgesellschaft, bestimmte kriegsähnliche Formen einer brutalisierten Konkurrenzwirtschaft zu domestizieren. Das ist uns in den letzten Jahrzehnten durchweg gelungen.

Ich will auch deutlich sagen, daß ich nicht daran glaube, wir könnten die Arbeitslosigkeit überwinden, indem wir wieder wirtschaftliche Wachstumsraten wie in den 50-er und 60-er Jahren erreichen. Deshalb sehe ich ein wichtiges Mittel in der radikalen Umverteilung und in der Verkürzung der Erwerbsarbeit. Ich sehe beispielsweise überhaupt keinen Sinn darin, versuchen zu wollen, Nichterwerbsarbeit moralisch aufzuwerten, um den dort tätigen Menschen ein höheres Lebensgefühl zu vermitteln. Vielmehr müssen alle, die am Erwerbsprozeß teilnehmen können und wollen, dazu auch die Möglichkeit erhalten. Das ist jedenfalls für mich das Leitbild. Die Umverteilung der Erwerbsarbeit sollte allerdings auch Anreize bieten, verstärkt Eigenarbeit, Familienarbeit oder ehrenamtliche Arbeit zu übernehmen. Das sollte bewußt gefördert werden.

Wenn es in der Vergangenheit gelungen ist, Ausuferungen des marktwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus einzudämmen, dann war das in vielen Fällen nicht staatlichen, sondern gesellschaftlichen Regelungen zu danken. Dazu gehört beispielsweise die Tarifautonomie, die ja keine staatliche Veranstaltung ist.

Rovan

Aber der Staat hat die Voraussetzung dafür geschaffen.

Hensche

Gewiß, sogar in der Verfassung.

Worauf es mir ankommt, ist, daß wir verschiedene Politikfelder stärker untereinander, aber auch in Abstimmung mit der Tarifpolitik verschränken müßten. So kann etwa das holländische Modell für uns so lange kein Vorbild sein, wie es bei uns an einer Reform der Rentenversicherung fehlt. Wir können nicht Teilzeitarbeit propagieren, wenn die Betroffenen später mit Altersarmut bestraft werden. Hier müssen die Dinge vielmehr im Gesamtzusammenhang gesehen werden.

Den Gewerkschaften wird nun häufig nicht ganz zu Unrecht vorgehalten, sie hätten es nicht verstanden, sich derer, die aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt sind, anzunehmen und sie auch bei der innergewerkschaftlichen Willensbildung zu berücksichtigen. In den Tarifkommissionen und in den

gewerkschaftlichen Hauptvorständen sind Sprecher von Arbeitslosen nicht vertreten. Und auch in einem Diskussionskreis wie diesem reden vielbeschäftigte und sicherlich meist gutverdienende Leute - natürlich ganz überwiegend Männer - über die Ausgeschlossenen, ohne daß diese auch nur die Möglichkeit haben, ihre Anliegen selbst zu artikulieren. Von eben dieser Artikulationsfähigkeit lebt aber unsere Demokratie ganz wesentlich. Da gibt es einen erheblichen Nachholbedarf - nicht nur bei den Gewerkschaften.

Bürgergesellschaften, Stiftungen, Spendenparlamente sind ohne Zweifel nützliche Einrichtungen, Herr Pfeiffer. Das erinnert mich ein wenig an die Aufbruchstimmung der Arbeiterbildungsvereine im vorigen Jahrhundert. Damit erreichen wir aber noch nicht, daß die Betroffenen ihren Interessen authentisch und vernehmbar Gehör verschaffen können. Dazu würde auch gehören, soziale Phantasie zu wecken, um Veränderungsmöglichkeiten auszuloten und neue Wege bei der Umverteilung von Arbeit oder bei der Definition von Ruhestand zu beschreiten. Manche Ansätze, auch das, was Frau Klages gesagt hat, weisen in diese Richtung. Wenn ich recht informiert bin, gibt die Stadtstiftung in Gütersloh den Betroffenen die Chance, eigene Projekte zu definieren und zu entwickeln. Das sind bisher erst kleine Ansätze, und ich stimme Herrn Vester zu, wir müßten uns viel mehr darum bemühen, in den Milieus selbst Kräfte zu mobilisieren.

Maier

Wie Herr Hensche sehe auch ich keine Möglichkeit, wieder auf den klassischen Expansions- und Wachstumskurs zu setzen, um mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden. Ich will dazu nur eine Zahl nennen: 1994 betrug die durchschnittliche Kapitalintensität je Arbeitsplatz in der Bundesrepublik 540 000 DM. Hochgerechnet auf die Zahl der Arbeitslosen müßten wir die Investitionsquote bei uns um 50 Prozent steigern - eine völlig unrealistische Vorstellung;- , um allen einen Arbeitsplatz auf Basis der Durchschnittsproduktivität zu verschaffen. Wenn wir auf der anderen Seite mehr Arbeitsplätze durch personenbezogene Dienstleistungen schaffen wollen, dann werden wir mit den Problemen der Niedrigentlohnung konfrontiert, auf die Herr Huber verwiesen hat. Ehrenamtlichkeit und dergleichen ist dann erst recht kein Thema mehr. Deshalb halte ich das, niederländische Modell, also eine Kombination von Teilzeitarbeit bei gleichzeitiger Modernisierung des bestehenden Apparates, für die angemessenere Lösung, die auch viele Nebenmöglichkeiten zuläßt.

Welche - auch politischen - Handlungsmöglichkeiten gibt es, um Menschen, die heute ausgegrenzt sind, einen Wiedereintritt in die Gesellschaft zu ermöglichen? Das ist sicher keine Frage ehrenamtlicher Tätigkeit, sondern da geht es weit eher um Hilfe zur Selbsthilfe. Das heißt, die Betroffenen müssen den Willen haben, erst einmal ihre eigene Situation zu verbessern, ohne daran zu denken, wie sie für andere oder für das Gemeinwesen tätig werden können. Deshalb sind die meisten kommunalen Projekte, die wir in Hamburg verfolgen, Selbsthilfeprojekte, an denen vor allem diejenigen, die bereits ausgeschlossen oder gefährdet sind, beteiligt sind.

Riedmüller

Inwieweit wirkt das dann auf die Politik zurück?

Maier

Das hat zunächst kaum eine Wirkung auf die Politik, sondern die Menschen beginnen selbst wieder aktiv zu werden; sie mischen sich ein, stellen Forderungen, wollen beispielsweise mehr Geld für ihr Projekt. Auf diese Weise nehmen sie überhaupt erst einmal Kontakt zu ihrem unmittelbaren Umfeld auf.

Daß dafür ein erheblicher Resonanzboden vorhanden ist, zeigt die äußerst erfolgreiche Bürgerinitiative, die dafür eingetreten ist, daß zukünftig in Hamburg Volksbegehren erleichtert werden. Was niemand für möglich gehalten hat - auch ich nicht: Innerhalb von 14 Tagen wurden 220.000 Unterschriften gesammelt. Diesen Erfolg kann man sich nur dadurch erklären, daß die Bürger bis weit in die Mittelschichten hinein zunehmend verärgert darüber sind, daß sie nicht zu Wort kommen und kaum eine Möglichkeit haben, handlungsaktiv zu werden. Die offizielle und weitgehend professionelle Politik kann solche Handlungsmöglichkeiten aber nur sehr begrenzt schaffen. Insbesondere die politischen Parteien werden doch kaum noch wahrgenommen. Deshalb müssen andere gesellschaftliche Gruppierungen die Initiative ergreifen, die wir seitens der Politik lediglich fordern und gelegentlich finanziell unterstützen können, ohne von vornherein festlegen zu wollen, wofür das Geld ausgegeben wird.

Fink

Den Pessimismus in Sachen Beschäftigung, wie ihn Herr Hensche und auch Herr Maier artikuliert haben, teile ich nicht; denn dabei wird der Umbau der Wirtschaft vom industriellen hin zum tertiären Sektor überhaupt nicht berücksichtigt. Aber das ist ein Thema, das gesondert zu behandeln wäre.

Ähnlich wie Herr Bäcker bin ich jedoch skeptisch gegenüber dem Ansatz einer Grundrente. In der Tat bietet heute die Sozialhilfe eine Art Grundsicherung. Es ist eine der großen Sozialleistungen aus den sechziger Jahren, die jedem Menschen, der im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebt, einen Rechtsanspruch auf ein menschenwürdiges Leben einräumt. Neu an der Idee der Grundsicherung ist lediglich, daß diese Leistung nicht mehr an Voraussetzungen geknüpft werden, sondern jeder als Person Anspruch darauf haben soll. Mein Einwand gegen eine solche Regelung ist, daß hier etwas ohne Gegenleistung gezahlt werden soll und den Menschen auf diese Weise ein wesentliches Lebensmotiv genommen wird.

Was die Kommunalisierung von Sozialpolitik angeht, will ich auf eine Erfahrung aus Berlin Anfang der achtziger Jahre verweisen, als es ein Netzwerk der Selbsthilfe gab, mit dessen Hilfe Geld gesammelt wurde. Das Ergebnis war eher ernüchternd; denn die Mittel, die da zusammenkamen, reichten bei weitem nicht aus, um eine Infrastruktur für die Selbsthilfebewegung aufzubauen. Das mußte seitens der Stadt geleistet werden. Ich halte es auch für richtig, wenn der Staat die Infrastruktur für den dritten Sektor bereitstellt. In Berlin gibt es heute in jedem Stadtteil eine Selbsthilfekontakt- und Informationsstelle (SEKIS), die von der Stadt bezahlt wird.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Ehrenamtlichkeit, für die man ebenfalls kommunale Vermittlungsorganisationen braucht. Da besteht nach wie vor ein absolutes Mißverhältnis. Während Zehntausende von öffentlichen Bediensteten in Arbeitsämtern mit professioneller Vermittlung beschäftigt sind, fehlt so etwas bei der Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit fast völlig.

Auf dem EU-Beschäftigungsgipfel in Luxemburg haben sich die Mitgliedsländer kürzlich verpflichtet, Jugendlichen spätestens nach sechs Monaten eine Beschäftigungsmöglichkeit zu offerieren und sich um die Langzeitarbeitslosen zu kümmern. Das könnte in der Weise geschehen, wie es in Dänemark bereits praktiziert wird: Dort vermitteln die Kommunen den Jugendlichen spätestens nach einem Jahr eine Beschäftigung. In Deutschland wehren sich die Kommunen noch gegen solche Überlegungen, die ich für sehr sinnvoll halte.

Die Gelder, die die Kommunen dafür benötigen, könnten ihnen beispielsweise dadurch verschafft werden, daß der Bund die 28 Milliarden DM, die über die Arbeitsämter an Arbeitslosenhilfe gezahlt werden, den Kommunen überträgt, die heute für die Sozialhilfe zuständig sind. Heute noch gibt es für Arbeitslose zwei verschiedene Fürsorgeleistungen, die aus unterschiedlichen Töpfen gezahlt werden, was wenig sinnvoll ist.

Darüber hinaus geben die Arbeitsämter zehn Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik aus. Diese Mittel gehörten ebenfalls in die Hände der Kommunen, die damit viel besser umgehen könnten als die Arbeitsämter, die ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben.

Das wären dann insgesamt fast vierzig Milliarden DM, die den Kommunen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung stünden, womit sich auch viele Reibungsverluste vermeiden ließen. Heute betreiben wir einen riesigen bürokratischen Aufwand, um die Tätigkeiten von Arbeitsämtern, Städteförderung, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu koordinieren. Das ließe sich alles sehr viel effektiver über die Kommunen leisten.

Dangschat

Dann ist der Bund aber auch die Verantwortung für den Arbeitsmarkt los.

Fink

Es ist sowieso ein Irrtum zu glauben, der Staat könne Vollbeschäftigung garantieren.

Riedmüller

Denkbar wäre ja auch, daß die Arbeitsämter vor Ort ihre Arbeit anders organisieren und sich stärker untereinander vernetzen.

Scholle

Ich stimme Herrn Fink zu, daß das Prinzip der Sozialhilfe aufrechterhalten werden muß. Deshalb haben wir uns auch immer dagegen gewehrt, daß ständig neue Lebensrisiken in die Sozialhilfe verlagert werden. So war anfangs nie daran gedacht worden, daß etwa die Folgen von Arbeitslosigkeit von der Sozialhilfe abgefangen werden sollten. Das ist grundsätzlich über die Arbeitslosenversicherung zu regeln.

Wie man das starre System der Arbeitsämter flexibler gestalten könnte, darüber haben wir bereits in den achtziger Jahren nachgedacht. Mit einer Verlagerung auf die kommunale Ebene könnte man sicher, wie das dänische Beispiel zeigt, sehr viel mehr Menschen helfen, als das mit dem herkömmlichen Arbeitsamtssystem der Fall ist. Schon aus finanziellen, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen darf dieser Weg nicht beschritten werden.

Man sollte sich nur einmal die finanziellen Größenordnungen ansehen. Die Kommunen wenden an Sozialhilfeleistungen für Arbeitslose heute circa vier bis fünf Milliarden DM auf, während es bei den Transferleistungen, die Herr Fink angesprochen hat, um vierzig Milliarden DM geht - um eine Relation zu geben. Da wäre es zweifellos auch aus verwaltungsökonomischen Gründen richtig, die vier Milliarden an Sozialhilfe durch die örtlichen Arbeitsämter zu leisten. Was wir aber auf jeden Fall tun müssen, ist, den zentralen Wasserkopf in Nürnberg aufzulösen, der alle Entscheidungen bis hin zu den einzelnen Arbeitsämtern verfügt. Die Arbeit muß dezentralisiert werden. Herr Minister Blüm hat dies auch öffentlich schon so dargestellt. Es ist die Frage, wie wir das Instrument der Arbeitsmarktpolitik, der Qualifizierung, der Arbeitslosenleistungen erhalten können. Bei Ihrer Argumentation, Herr Fink, besteht die große Gefahr, daß sie benutzt wird, damit sich der Bund von diesen Aufgaben befreit. Die Kommunen sind anschließend an allem schuld. Der Bund braucht sich für die Arbeitsmarktpolitik finanziell nicht mehr zu engagieren, und die aktive Arbeitsmarktpolitik ist am Ende.

Deshalb würde ich lieber den umgekehrten Weg gehen und das, was im Bereich der Arbeitsämter geschieht, wieder mit den Kommunen verzahnen, was nicht so schwierig sein dürfte. Die Kommunen sind für die klassische Sozialarbeit zuständig, aber überfordert, wenn es um Arbeitsmarktpolitik geht. Die regionale Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern, die aber über eigene Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen verfügen müssen, würde vieles erreichten. Das sieht man auch in den Bundesministerien durchaus so. Aber dort heißt es, die Bundesanstalt für Arbeit zu reformieren, dürfte noch schwieriger sein, als diese Transferleistungen zu den Kommunen zu erbringen.

Ein weiterer Punkt spricht gegen Ihren Gedankengang, Herr Fink. Wenn man die Steuerverbundmasse in den kommunalen Bereich verlagert, werden zum Beispiel Stuttgart und Duisburg gleich behandelt; dadurch entsteht wiederum ein Ungleichgewicht. Denn Stuttgart braucht keine so große Unterstützung wie Duisburg, wo die Arbeitslosigkeit sehr viel höher ist. Diesen Finanzausgleich bekommen Sie nicht hin. Insbesondere in den Flächenstaaten haben die Finanzminister - aber nicht nur die - unheimlich klebrige Finger. Was dann noch bei den Kommunen ankommt, ist nicht berauschend. Die Länder haben zwar immer weniger Aufgaben zu erfüllen, wollen aber überall mitreden, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Deshalb sollte man besser in Richtung einer Konzentration der Arbeitsmarktpolitik in handlungsfähigen Arbeitsämtern denken und die Kommunen in der Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern unterstützen.

Bei der Diskussion, was im Einzelfall zusätzlich getan werden kann, müßten wir viel mehr die positiven Beispiele von Ehrenamtlichkeit, von Bürgerengagement herausstellen, damit deutlich wird, wie man etwas bewegen kann. Das gehört nicht allein in exklusive Zirkel.

Klages

Die fehlende Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Sozialamt ist bei unserer Arbeit ein erhebliches Problem. Notfalls benutzt man das Argument des Datenschutzes, und das Arbeitsamt verfügt auch nicht über die Möglichkeit, gemeinnützige Arbeit anzubieten. Wir würden es sehr begrüßen, wenn eine solche Kooperation zustande käme.

Pfeiffer

Herr Fink, Sie haben ein klassisches Beispiel dafür geboten, was man nicht machen darf. Es geht nicht darum, den Leuten zu sagen: Wollt ihr Erdbeeren? - Macht den Mund auf, ich schiebe sie euch rein! Vielmehr muß das Angebot lauten: Wir helfen euch, indem wir euch ein Gartenbeet zur Verfügung stellen, und dann könnt ihr eure Erdbeeren selber züchten. Der Staat darf eben gerade nicht irgendwelche Freiwilligenagenturen organisieren. Es ist eine völlige Illusion zu meinen, auf diese

Weise würde man viele Freiwillige erreichen und Organisationen ansprechen, die sich dann an den Staat wenden, damit er beide zusammenführt.

Der Bezirksrat in Hannover hat kürzlich allen Schulen im Raum Kirchrode und Bemerode angeboten, ein Jugendforum durchzuführen; dort könnten dann die Jugendlichen den Politikern sagen, wo sie der Schuh drückt. Ergebnis: Es kamen fünf Jugendliche, während auf der anderen Seite 15 Politiker saßen. Ganz anders ist die Stadtstiftung in Gütersloh vorgegangen, indem sie die Jugendlichen aufforderte, mit ihr gemeinsam darüber nachzudenken, was die jungen Leute tatsächlich benötigen. Es kamen 250 Jugendliche und diskutierten einen Nachmittag mit Vertretern der Stadtstiftung. Daraus sind fünf umsetzbare Projekte entstanden.

Der Einfluß des Staates ist in dieser Hinsicht absolut minimal, weil er die Menschen - vor allem die Jugendlichen - überhaupt nicht mehr erreicht. Deshalb sollte man anders vorgehen, wofür es in der Tat gute Gründe gibt.

Zum einen sind viel mehr Bürger bereit, sich zu engagieren, wenn man sie beim Aufbau eigener Organisationen unterstützt. Die kommen nicht zu ihren gutgemeinten Freiwilligenagenturen, Herr Fink, die Sie in Berlin aufbauen wollen; jedenfalls sehr viel weniger.

Zum anderen kommt durch private Aktionen sehr viel mehr Geld zusammen, wenn es in staatsunabhängige Einrichtungen fließt. Die großen Bürgerstiftungen in New York oder Chicago verfügen inzwischen über ein Vermögen von umgerechnet ein bis zwei Milliarden DM. Es gibt in den USA Hunderte solcher Stiftungen, die um die 100 Millionen DM und mehr besitzen.

Schließlich gelingt die Selbstorganisation viel besser, wenn man die Bürger dabei unterstützt: Hier ist die Partnerschaft mit dem Staat durchaus gefragt. Was aber ganz sicher nicht läuft, ist, wenn Herr Fink sagt: Wir - der Staat - verfügen über die Finanzmittel und werden alles in die richtigen Wege leiten.

Kahl

Was Herr Pfeiffer sagt, mag ein Beispiel illustrieren. Bundesministerin Claudia Nolte hat die Freiwilligenagentur "Bürger für Bürger" ins Leben gerufen und mit erheblichen Mitteln ihres Ministeriums unterstützt. Leider wurden Initiativen, die sich seit vielen Jahren für bürgerschaftliches Engagement und gemeinsinniges Handeln einsetzen - wie zum Beispiel die "Aktion Gemeinsinn";-, nicht in die Arbeit eingebunden, und es hat auch keine Vernetzung stattgefunden. So gehen Potentiale verloren.

Bude

Ich habe mich selbst an dem von Herrn Fink erwähnten Netzwerk beteiligt, wo sehr viel Selbstorganisation von Bürgern im Spiel war. Aber die unterschiedlichen Interessen kamen dabei überhaupt nicht auf einen Nenner, sondern man hat sich heillos zerstritten. Inzwischen spricht niemand mehr davon. Insofern stimme ich Herrn Fink zu: Es braucht etwas, was Schelsky Versachlichung und Dauerhaftigkeit genannt hätte.

Pfeiffer

Das war aber keine Stiftung, die eben Dauer und Versachlichung gewährleistet.

Bude

Es hatte jedoch sehr viel mit Selbstorganisation zu tun.

Riedmüller

Mir gefällt nicht, daß solche Gegensätze zwischen Sozialstaatlichkeit und Selbsthilfe aufgebaut werden. Es geht letztlich um die Erneuerung der Sozialstaatlichkeit und nicht darum, eine Alternative zu ihr zu schaffen.

Pfeiffer

Natürlich nicht, Frau Riedmüller. Was mich ärgert, ist, wenn Herr Fink sagt: "Das machen wir doch alles" und nicht begreift, daß es hier um echte Partnerschaft geht und nicht um einseitige Angebote des Staates.

Bäcker

ich stimme Frau Riedmüller zu: Wir sollten hier keine Gegensätze aufbauen. Man kann über viele Modelle und ihre Institutionalisierung im Detail reden, aber daß die Kommunen die Voraussetzungen verbessern müssen, damit Selbsthilfeaktivitäten und Bürgerarbeit ermöglicht werden, kann doch nicht strittig sein. Herr Fink hat nicht gesagt: Der Staat macht es allein. Sein Ansatz bestand vielmehr darin, durch infrastrukturelle Voraussetzungen die Mobilisierung solcher Aktivitäten zu ermöglichen. Inwieweit das gelungen ist, ist ein anderes Thema. Der Ansatz, daß sich der Staat nicht völlig aus allem heraushalten sollte, ist jedenfalls richtig.

Maier

Das Problem bei der Freiwilligenagentur ist offenkundig, daß an die Bürger appelliert wird, einer staatlichen Institution beizutreten. Der Staat übernimmt hier gewissermaßen die Vergemeinschaftung. Das funktioniert nicht.

Zum Thema Kommunalisierung der Sozial- und der Arbeitsmarktpolitik habe ich eine andere Auffassung als Herr Scholle. Ich halte diesen Weg durchaus für sinnvoll, wenn die Finanzierung sichergestellt und die Standards einheitlich definiert werden. Das heißt, die Kommunen dürfen nicht untereinander in einen Wettbewerb um möglichst niedrige Sozialhilfeleistungen und um möglichst niedrige Zahlungen bei den lokalen Tarifen eintreten. Wenn es gelingen könnte, die Mittel, die für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, so zu verausgaben, daß sie nicht nur individualisierte Ansprüche begründen, sondern zugleich den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, vergemeinschaftete Projekte durchzuführen, wäre dies ein Erfolg.

Es wäre gut, wenn wir eine Arbeitsmarktpolitik betreiben würden, die nicht nur Umschulungen vermittelt, sondern zugleich Projekte durchführt, die unmittelbar gemeinwohlorientiert sind. So etwas kann kein Arbeitsamt organisieren, sondern das geht nur im Zusammenwirken mit kommunaler Politik. Wenn es gelingen könnte, über soziale Projekte am Ort Mittel für den Arbeitsmarkt anzudocken, wäre das auch nicht schlecht. Dafür bestehen zur Zeit nur sehr begrenzte Möglichkeiten, das aus dem Bereich der Sozialhilfe zu leisten.

In der Weimarer Republik war die gesamte Arbeitslosenpolitik Aufgabe der Kommunen, die das allerdings auch voll finanzieren mußten, und das war das Problem. Es kann nicht sein - da gebe ich Herrn Scholle recht;- , daß Kommunen, die von der Krise am stärksten erfaßt sind und deshalb die niedrigsten Steuereinkünfte und die höchsten Arbeitslosenzahlen haben, aus diesen Einnahmen auch noch die Arbeitsmarktpolitik finanzieren sollen. Das geht nicht ohne einen Umverteilungsmodus über den Bund. Wenn jedoch die Mittelvergabe auf die kommunale Ebene verlagert würde, wäre das sicher von Vorteil.

In unserer Diskussion wird deutlich, daß die Bürgergesellschaft insbesondere unter zwei Defiziten leidet: Das eine ist die Frage der sozialen Gerechtigkeit, und zum zweiten geht es um fehlende Handlungsmöglichkeiten und damit um entsprechende politische Strukturen, die eine Teilnahme von Personen am politischen Leben fördern. Dieser zweite Gesichtspunkt ist stets mitzuberücksichtigen. Unsere Sozialpolitik ist bisher vornehmlich nur an der Umverteilung ausgerichtet, also am Thema Gerechtigkeit orientiert, ohne dabei über Handlungsoptionen nachzudenken.

Scholle

Herr Maier, die Sicht eines Stadtstaates wie Hamburg mit 1,7 Millionen Einwohnern oder einer Stadt wie Berlin mit einer entsprechenden Infrastruktur ist eine andere als die von Sozialhilfeträgern, die 30.000 oder 40.000 Einwohner zu versorgen haben. Das schließt indes nicht aus, kommunale Programme mit den Arbeitsämtern zu verzahnen.

Riedmüller

Eine solche Verzahnung ist höchst problematisch. Gerade die Kommunen nehmen ihre Rolle entweder gar nicht oder nur sehr zögerlich wahr. Das gilt auch für die Arbeitsämter. In Ostdeutschland sind noch die stärksten Impulse von den Beschäftigungsgesellschaften ausgegangen.

Hensche

Die letzte Gesprächsrunde hat bei mir doch ein gewisses Unbehagen ausgelöst. Wir bemühen uns, durch private Initiativen, durch Selbsthilfegruppen, durch Stiftungen das Elend ein wenig zu mildern.

Zugleich verkünden die Kommunen voller Stolz, daß sie zum Jahresende einige tausend Stellen nicht wieder besetzt haben. Dieser gesellschaftliche Widerspruch empört mich.

Zum Thema Exklusion gehört nicht nur die Veröffentlichung von gelungenen praktischen Beispielen und die Initiierung von privater Linderung des vorhandenen Elends; denn darauf läuft es hinaus.

Pfeiffer

Da haben Sie mich mißverstanden.

Hensche

Ich bin fernab der Versuchung, an einer monokausalen Erklärung festzuhalten, aber wenn es gelänge, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, brauchte uns das Thema, das uns zwei Tage lang beschäftigt hat, nicht allzusehr zu belasten. Die Selbstexklusion beispielsweise von Jugendlichen in den neuen Bundesländern, die Herr Schröder ansprach, nährt sich überwiegend aus der beruflichen Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst - selbst bei Jugendlichen, die zur Zeit noch eine Arbeit haben.

Deshalb sollten wir eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik nicht aus dem Blick verlieren, die heute kaum vorhanden ist. Der klassische Sozialstaat war auch für die Wiederherstellung von Beschäftigung mitverantwortlich, beispielsweise im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der öffentlichen Infrastruktur, die gegenwärtig erheblich vernachlässigt wird.

Ich betone das, damit wir uns nicht nur über karitative Hilfeleistungen den Kopf zerbrechen, sondern versuchen, das Übel an der Wurzel zu packen. Ich setze dabei keineswegs nur auf die Ausweitung staatlicher Maßnahmen - gegenwärtig geschieht das Gegenteil;-, sondern halte es für genauso wichtig, Neuland zu betreten, um die Arbeitsgesellschaft zu reformieren. Ich sehe es jedenfalls für einen verkürzten Ansatz an, nur auf die Förderung von privaten Initiativen und Stiftungen zu setzen.

Pfeiffer

Es geht nicht primär um Hilfe gegen das Elend, Herr Hensche, sondern um die Selbstorganisation der Bürgerschaft, damit Bürger aktiver werden und die politische Kultur gefördert wird. Diejenigen, die sich emsig nur um sich selbst drehen und nur ihr Geld vermehren, sollen sich für das Gemeinwesen engagieren. Daß sie sich dabei auch um die Armen und Ausgegrenzten kümmern, ist sozusagen ein positiver Nebeneffekt, aber nicht die eigentliche Intention.

von Klaeden

Im öffentlichen Dienst im weiteren Sinne ein Beschäftigungsprogramm zu initiieren, das hat uns gerade eines der Probleme beschert, mit denen wir uns heute herumschlagen.

Hensche

Das möchte ich bestreiten.

Rudolph

Für mich zerfällt diese Diskussion in zwei Problemkreise. Das eine ist die Lage der aus der Gesellschaft Herausgefallenen, die reintegriert werden sollen. Wie das geschehen kann, dafür haben wir hier von Frau Klages und anderen verschiedene eindrucksvolle Beispiele gehört.

Der andere Problemkreis betrifft die breite Zone der Unsicherheit - der Prekarität, wie das Herr Vester genannt hat;-, die offensichtlich sehr viel weiter in die Gesellschaft hineinreicht, als das vor 30 oder 40 Jahren der Fall war. Diese Verunsicherung weiterer Kreise, die sich vor Exklusion fürchten, dürfte das eigentlich neue Phänomen in unserer Gesellschaft sein. Und hier stellt sich in der Tat die Frage, wie dieses Phänomen - das ja die Stabilität unserer Gesellschaft gefährdet - bewältigt werden kann.

Was läßt sich in einer offenen, in ständiger Veränderung befindlichen Gesellschaft tun, um mit diesen neuen Tatbeständen umzugehen? Ich denke, was wir brauchen, sind in der Tat Beispiele, wie sie Frau Klages geschildert hat, von denen eine große Ermutigung ausgehen kann, weil sie zeigen, in welche Richtung Veränderungen möglich sind. Ich sehe jedenfalls das eigentliche Problem unserer Gesellschaft nicht zuletzt darin, daß man überall an Grenzen zu stoßen meint und das Gefühl hat, überhaupt nichts bewirken zu können. Das Wort von Niklas Luhmann: "Alles könnte anders sein, aber nichts kann ich ändern" ist so etwas wie die resignative Schlüsselformel für den gegenwärtigen

Zustand unserer Gesellschaft. Hier mit positiven Beispielen gegenzusteuern, könnte ein Weg sein, um aus dieser Resignation herauszukommen.

Das müßte aber in einen weiteren Rahmen gestellt werden. Herr Biedenkopf nannte etwa das "Arbeitsamt 2000" oder die neue Rolle des Ehrenamtes, das nur funktionieren wird, wenn diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, irgendeine Anerkennung seitens des Staates oder der Gesellschaft erfahren, die ihnen das Gefühl vermittelt, etwas Sinnvolles und Nützliches für das Gemeinwesen zu tun. Es gibt bereits so viele positive Beispiele, die öffentlich herausgestellt werden müßten - das wäre gewiß auch eine Aufgabe der Medien;- , um in der Gesellschaft das Bewußtsein zu stärken: Wir sind den Veränderungen nicht hilflos ausgeliefert, sondern können dagegen angehen, Zeichen setzen und auch denen, die gefährdet sind, das Gefühl geben: Auch wenn man abgerutscht ist, gibt es Wege, um wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen. Das heißt, wir müssen stärker bewußtmachen, daß die Gesellschaft in weiten Teilen durchaus funktionsfähig ist. Dies muß aber von den Menschen wahrgenommen werden.

Wir haben ja in Deutschland nach der Wiedervereinigung eine durchaus lehrreiche Erfahrung gemacht. Zunächst haben die Ostdeutschen auf die westdeutsche Gesellschaft ungeheure Erwartungen gesetzt, die dann in eine bittere Enttäuschung umschlugen, als man sah, daß sich die Erwartungen nicht erfüllten. Da war dann sehr schnell das Urteil zur Hand: Diese Gesellschaft sei eine reine Ellbogengesellschaft, in der es nur ums Geldverdienen geht - was so generell sicher nicht stimmt.

Aber die positiven Entwicklungen, Aktivitäten und Beispiele, die es ebenfalls reichlich gibt, werden leicht übersehen und beiseite gedrückt, jedenfalls von den meisten Menschen, oder sie werden überhaupt nicht wahrgenommen. Das bedürfte der Hervorhebung und Bewußtmachung, um die Phantasie für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme anzuregen und die Gesellschaft insgesamt in diese Richtung zu sensibilisieren und gewissermaßen zu rekultivieren. Sonst verfestigt sich in den Köpfen der Menschen das Bild einer Zweidrittelgesellschaft, die das restliche Drittel einfach ausklammert und ausgrenzt.

Ich bin nun nicht der Meinung, daß die Politik dies leisten oder dabei die Führung übernehmen müßte - eine Politik, die sich ohnehin viel zuviel aufgehalst hat. Aber die Politik könnte unterstützend wirksam werden, die Menschen ermuntern, Phantasie zu entwickeln, statt daß sie alles in eigener Regie versucht, was nicht gelingen kann. Von daher stimme ich Herrn Vester zu, daß es um die Mobilisierung der Milieus geht, um den Menschen auf dieser Ebene das Bewußtsein zu vermitteln, etwas bewegen zu können.

Reuther

Wir haben über Arme, Arbeitslose, Einwanderer, perspektivlose Jugendliche, Ausgegrenzte und sich selbst Ausgrenzende gesprochen. Ich habe den Eindruck: Überall im Lande sind die Probleme ähnlich, mit denen aber sehr verschieden umgegangen wird. Gerade die Praktiker wie Frau Klages, Frau Feyler oder Frau Kahl, von denen es Hunderte in unserem Lande gibt, wissen meist nur wenig voneinander und können sich über Erfolge und Rückschläge in ihrer Arbeit kaum austauschen.

Deshalb möchte ich wie Herr Rudolph anregen, derartige Beispiele zu sammeln und zu publizieren - mit Telefonnummern und Kontaktadressen, damit möglichst viele davon Kenntnis erhalten, sich gegenseitig Anregungen geben und interessierte Nachahmer beraten können.

In Hamburg gibt es die "Hamburger Tafel". Diese Idee ist so praktisch, daß sie ständig neue Nachahmer in verschiedenen Stadtteilen findet. Viele Bürger, die etwas tun wollen, wissen nicht, wie sie es anfangen sollen. Wenn man denen entsprechende Informationen zur Verfügung stellen würde, die vorzugsweise von Praktikern aufbereitet werden, hätten sie konkrete Ansatzpunkte.

Feyler

Ich bin hierhergekommen in der Hoffnung, daß viele kluge Gedanken - die ich auch gehört habe und von denen ich durchaus angetan bin - Eingang in die Politik finden und für die betroffenen Menschen Veränderungen bewirken. Inzwischen ist mir klar, daß es in diesem Kreis nicht darum geht, Problemlösungen zu finden, sondern Hintergründe zu erhellen und Zusammenhänge aufzuzeigen. Das ist sicher auch wichtig, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir auf der lokalen Ebene in den Kommunen tagtäglich mit Problemen konfrontiert sind, die dringend der Lösung bedürfen und die nicht warten können, bis wir in der Politik oder in der Wissenschaft mit unseren kontroversen Debatten irgendwann zu Rande gekommen sind.

Da Behelfen wir uns dann vor Ort, bestimmten Gruppen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, was aber immer nur ein Trostpflaster sein kann. Was fehlt, ist, daß sich die Gesellschaft insgesamt in den verschiedenen Bereichen stärker für die betroffenen Menschen verantwortlich fühlt und mehr an Gemeinschaft und Solidarität zu spüren ist.

Viele Bürger sagen: Es hat sowieso keinen Zweck, sich zu engagieren. Herr Rudolph hat erklärt, wir sollten Beispiele schaffen. Aber diese Beispiele dürfen keine Einzelfälle bleiben, und sie bedürfen der Unterstützung von außen, wenn sie zu nachhaltigen Veränderungen führen sollen. Sonst bleibt es bei einzelnen lobenswerten Initiativen, die aber nichts grundlegend verändern können - gewissermaßen Beispiele um der Beispiele willen, bei denen sich diejenigen, die sich engagiert haben, von der Gesellschaft oder dem Staat allein gelassen fühlen und allmählich resignieren.

Ich habe in Ostdeutschland 1990/91 die Runden Tische erlebt und sitze heute noch am landesweiten Runden Tisch gegen Gewalt in Dresden. Dort haben sich die Betroffenen von denjenigen, die politische oder administrative Verantwortung trugen, ernstgenommen gefühlt. Entscheidend war, daß man erst auseinandergegangen ist, wenn im konkreten Einzelfall eine Lösungsperspektive erarbeitet worden war. Da war mehr Verbindlichkeit im Spiel, so daß diejenigen, die schon recht resigniert waren, wieder Mut faßten. Das ist auf der lokalen Ebene durchaus möglich, die aber immer mit der Landespolitik verschränkt werden müßte. Die Abgeordneten müssen den Druck von der Basis spüren, damit sie sich nicht über die Dinge hinwegmogeln können. Ich erlebe jedoch, daß der Druck von unten nachläßt, weil die Betroffenen den Eindruck haben: Vielleicht ändert sich erst in 25 Jahren etwas - und was wird in der Zwischenzeit aus uns?

Kahl

Ich kann hier recht gut anschließen und will in diesem Zusammenhang die Aktivitäten privater Stiftungen erwähnen, die sich keineswegs darauf beschränken, Geld zu sammeln, um damit gute Werke zu tun. Es gibt sicher keine einfache Antwort auf die Frage, wie sich das gemeinnützige Engagement in unserer Gesellschaft entscheidend stärken läßt, um die von Frau Feyler geforderte Nachhaltigkeit zu erreichen. Stiftungen sind jedoch ein Element praktizierter bürgerschaftlicher Verantwortung und nicht nur ein theoretisches Konstrukt. Dies kommt um so mehr zur Geltung, je mehr es gelingt, diese Engagements nicht isoliert zu sehen, sondern in Kooperation mit dem Staat - und nicht im Gegensatz zu ihm.

So versucht etwa die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gerade, eine Zusammenarbeit zwischen dem Staat und dem privaten Sektor herzustellen. Das halte ich für äußerst interessant, aber auch für sehr schwierig, weil es hier nicht zuletzt darum geht, die bereits erwähnten bürokratischen Blockierungen zu überwinden. Dafür sind Stiftungen aber besonders gut geeignet, weil sie ihre Projekte in sehr enger Beziehung zur Praxis entwickeln und durchführen können, während Verwaltungen eher verwaltend als gestaltend tätig sind. Die öffentliche Hand muß notwendigerweise auch stärker generalisierend verfahren und ist seltener am konkreten Einzelfall orientiert. Diese Kluft kann durch die Kooperation zwischen Stiftungen und öffentlicher Hand ebenfalls besser überwunden werden.

Hinzu kommt, daß die staatlichen Verwaltungen immer dem Diktat der Landeshaushaltsordnungen unterworfen sind und von daher nur in kurzen Zeiträumen denken. Stiftungen dagegen können leichter in längerfristigen Perspektiven planen.

Ein ganz wichtiger Punkt von Stiftungsarbeit ist, daß sie Innovationen im kommunalen Bereich fördern und bei kleinen Einzelinitiativen ansetzen können. Auch wenn dies nur Trostpflaster oder Tropfen auf dem heißen Stein sein mögen, Frau Feyler, können auf diese Weise Dinge angestoßen und in Gang gebracht werden, die dann vielleicht nachhaltiger wirken.

Ich denke also, Stiftungen sind gesellschaftlich außerordentlich wichtige Gestaltungselemente, die es unbedingt zu fördern gilt. Da kann ich die Forderung von Herrn Pfeiffer voll unterstützen.

Dubiel

Ich wehre mich entschieden gegen solche geschichtsphilosophisch apokalyptischen Visionen, wie wir sie hier von Herrn Rovon vernommen haben. Das mag seine Berechtigung in der Zeit der vierziger Jahre gehabt haben angesichts der Menschheitskatastrophe des Krieges und der unvorstellbaren Greuel, mit denen die Menschen damals konfrontiert waren. Jetzt, am Ende dieses Jahrhunderts, nehme ich eine eigentümliche Mischung von Gefährdungen und Chancen wahr, die oft dicht beieinanderliegen.

Unsere gegenwärtige Situation ist derart komplex und ambivalent, daß die herkömmlichen Kategorien von Optimismus und Pessimismus nicht mehr greifen. So wie Herr Rovon die Probleme in den Weltmaßstab übersetzt, wird letztlich jede Phantasie und das Nachdenken über Handlungsmöglichkeiten gelähmt - nach dem Motto: Laßt alle Hoffnung fahren.

Ich will deshalb einen anderen Ansatz versuchen. Das utopische Konzept der Bürgergesellschaft hat Alexis de Tocqueville mit dem Begriff "Gewohnheiten des Herzens" umschrieben. Dabei geht es um Solidaritätsbestände, religiöse Gesinnungen und dergleichen, die dafür sorgen, daß eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip des Eigennutzens und legitimer Eigeninteressen aufgebaut ist, nicht atomisiert wird und zerfällt. Die "Gewohnheiten des Herzens" sind gewissermaßen die "Schonbezüge", die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten.

Nun wird kulturkritisch allgemein beklagt, daß die Gewohnheiten des Herzens mehr und mehr im Schwinden begriffen sind, und manch einer äußert sich verwundert darüber, daß die Gesellschaft überhaupt noch zusammenhält. Viele Wissenschaftler und auch Politiker schließen daraus, daß nach wie vor Solidaritätspotentiale vorhanden sein müssen, an die wir aber mit unseren wissenschaftlichen und politischen Konzepten nicht mehr herankommen.

Herr Biedenkopf sagte: Statt über Moral sollte man besser über Strukturen reden. Strukturen oder Institutionen können aber Solidaritätspotentiale entweder freisetzen oder blockieren. Möglicherweise verschärfen sich in unseren liberalen Gesellschaften gerade jene Tendenzen - nämlich der Vorrang ökonomischer Orientierung;- , welche die kompensierenden Solidaritätsmechanismen mehr und mehr schwächen. Wenn diese Vermutung zutrifft, müßten wir darüber nachdenken, wie wir die Institutionen ändern, damit sie den notwendigen anderen Faktoren, ohne die unsere Gesellschaften aus dem Lot geraten, wieder mehr Rechnung tragen.

Es geht sicher nicht um die Wiederbelebung eines autoritären Sozialismus, der meinte, durch einen Akt revolutionärer Veränderung jene Potentiale bei den Menschen freisetzen zu können, die sie dazu bringen, sich im Sinne solidarischer Gemeinschaftsorientierung zu engagieren.

Wir sind heute auf vielen Gebieten mit detaillierten Problemen konfrontiert - ich nenne nur die Stichworte: Alter, Kriminalität, Jugend;- , wo es politisch um sehr pragmatische Lösungsansätze geht. Die liberalen Institutionen müßten so ausgerichtet sein, daß sie nicht nur in eine Richtung agieren, sondern ihrerseits dazu beitragen, die Gesellschaft im Gleichgewicht zu halten. Die Institutionen sollten also dahingehend überprüft werden, inwieweit sie die Solidaritätspotentiale erhalten beziehungsweise regenerieren können. Statt eines technokratischen "social engineering" fordert Fritz Scharpf ein "social gardening". Das heißt, wir können nur die Rahmenbedingungen schaffen. Die staatlichen Institutionen können also die Solidarbereitschaft gesellschaftlicher Gruppen oder auch von Individuen nur unterstützen - ohne daß damit die Garantie verbunden ist, daß die Dinge auch so wirken, wie es beabsichtigt war.

Adalbert Evers hat mir an einem Beispiel erläutert, wie sich eine gutgemeinte Einrichtung, nämlich die Aktion "Essen auf Rädern", für die Betroffenen auch negativ auswirken kann. Anfangs waren alle begeistert, daß auf diese Weise ältere Menschen täglich eine warme Mahlzeit erhalten. Dann hat sich aber ein fataler Nebeneffekt dabei herausgestellt: Menschen, die durchaus noch in der Lage wären, sich zu pflegen und aus dem Haus zu gehen, vernachlässigen sich, waschen sich nicht, kleiden sich nicht mehr an. Mit anderen Worten, sie exkludieren sich selbst. Dieses kleine Beispiel zeigt eindringlich, daß das Verhalten der Menschen ganz wesentlich von der Architektur der Institutionen beeinflusst wird. Ich meine, da sollten wir sehr viel Phantasie investieren und vor allem genau analysieren, was wir mit bestimmten Maßnahmen bewirken.

Heitmeyer

Daß ausgegrenzte Gruppen auch zur Stabilisierung der Gesellschaft dienen, diesen Zusammenhang sollten wir vielleicht nicht ganz außer acht lassen, so problematisch das klingen mag. Es ist auch eine Illusion zu meinen, es gäbe so etwas wie ein Steuerungselement, um die Gesellschaft zusammenzuhalten oder zu lenken. Wir sollten uns vielmehr Gedanken darüber machen, welche Integrationsmodi für den Zusammenhalt einer Gesellschaft tatsächlich wichtig sind. Herr Schröder hat vorhin zu Recht daraufhingewiesen, daß es in vielen Fällen gar nicht die Arbeitslosen sind, die gewalttätig agieren, sondern daß da ganz andere Problemlagen zum Tragen kommen.

Ich habe bereits erwähnt, daß der Zugang zu den Funktionssystemen dazu gehört. Es kann nicht sein, daß diejenigen, die viel arbeiten, denen, die keine Arbeit haben, nahelegen, sie sollten sich in anderer Weise um Anerkennung bemühen. Das schließt nicht aus, daß wir, wie Herr Huber sagte, eine "Kultur

der Anerkennung" brauchen, und zwar bereits in der Schule, wobei es nicht nur um intellektuelle Leistungen gehen kann. Dabei ist die Kultur der Anerkennung derzeit nur ein schönes Schlagwort, und wir müssen uns Gedanken darüber machen, was damit gemeint ist, ohne die Problemlagen, die Herr Hensche und Herr Vester im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit, also gewissermaßen die Ausgrenzung von Arbeit, betont haben.

Auch über das Thema gemeinsam geteilter Werte und Normen muß sehr viel stärker eine öffentliche Debatte zwischen Mehrheiten und Minderheiten geführt werden. Das geschieht nämlich nicht, sondern statt dessen gibt es ein heuchlerisches und anbiederndes Gerede, ohne daß deutlich wird, worum es eigentlich geht. Da wird über Ungleichheiten schwadroniert mit teilweise gefährlichen Konsequenzen, wobei vergessen wird, in welchem Maße Begriffe Realität erzeugen können.

Was die Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen angeht, haben wir hier zuwenig über neue Formen politischer Partizipation gesprochen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Senkung des Wahlalters propagiert. Ich halte das für totalen Unsinn, wenn ich mir die Jugendlichen anschau. Das ist sozusagen das letzte Schmiermittel der parlamentarischen Demokratie. Ich bin eher dafür, jugendspezifische Formen zu fördern, die aber die Chance beinhalten müssen, Sand ins Getriebe zu werfen. Für Jugendliche ist dabei der lokale Politikbezug ein wichtiger Punkt, wie leider die Erfolge rechtsextremistischer Gruppen in den Sozialräumen der Städte Brandenburgs zeigen.

Wenn es um die Ausgleichsfunktion von Sozialpolitik geht, habe ich den Eindruck, daß manche Vorschläge zu einer Refeudalisierung führen könnten, indem man Rechtsansprüche aufhebt und an ihre Stelle Beziehungsmuster treten, die vom Wohlwollen der betreffenden Stellen abhängig machen, was ich für außerordentlich problematisch halten würde. Mit derart paternalistischen Strukturen kommen gerade die Problemgruppen nicht klar, über die wir hier vornehmlich gesprochen haben.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es für eine Integration wichtig wäre, sozial gemischte Wohnstrukturen zu fördern. Ich meine, daß die Steuerungsfähigkeit der Kommunen wiederhergestellt werden muß. Die derzeitige Debatte läßt eher die Segregationsprozesse wuchern, ohne daß dagegen etwas unternommen wird.

Schließlich sollten wir darüber nachdenken, wie die intermediären Instanzen neu austariert werden können. Es gibt ja immer noch Formen kollektiven Handelns. Wir leben in einer Gesellschaft, in der es nicht zuletzt um Konflikte geht und wie diese ausgetragen werden. Herr Dubiel hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es vielleicht nicht die Werte und Normen sind, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft ausmachen, sondern die gemeinsam durchgestandenen Konflikte. Ich habe den Eindruck, daß in unserer Gesellschaft vor allem Angst vor Konflikten herrscht, was ich für ungemein gefährlich halte. Insofern müssen wir möglicherweise auch darüber nachdenken, inwieweit Konflikte neu zu bewerten sind.

Grunenberg

Offensichtlich herrscht, was das Thema "Bürgergesellschaft" angeht, in der Frage, wie soziale Nöte und Bedürfnisse organisiert werden, weitgehende Übereinstimmung. Ich finde das ermutigend, möchte dazu jedoch anmerken, daß Bürgergesellschaft nicht nur Partizipation an bestehenden Einrichtungen bedeutet, sondern auch durch vielerlei Beziehungen außerhalb von Institutionen begründet wird, und zwar nicht nur im sozialen Bereich.

In unserer Diskussion sind wir noch zu sehr in dieser urdeutschen Dichotomie von Gesellschaft versus Staat befangen. Uns geht es vornehmlich darum, wie die Gesellschaft auf den Rückzug des Staates beziehungsweise staatlicher Funktionen reagiert. Was dabei nahezu völlig ausgeblendet wird, ist das langsame Wegbrechen der politischen Dimension dieser Gesellschaft. Denn eine Bürgergesellschaft ist zugleich ihre eigene politische Sinnstifterin. Wenn sie diese Funktion nicht mehr wahrnimmt, wird sie zu einer Art Notgemeinschaft gegen den Staat, und damit fehlt ihr ein wesentliches Element.

Aus lauter Angst vor Exklusion und deren befürchteten Folgen - wohl auch begründet in der deutschen Sehnsucht nach Harmonie - wird das Spannungsverhältnis, das zwischen Inklusion und Öffnung besteht, kaum angesprochen. Auf die tatsächlich stattfindende Entgrenzung reagieren wir bei uns mit ängstlicher Suche nach einem Ort der Vergewisserung und heben dabei insbesondere auf die Kommunen ab, die es zu stärken gelte - und dann werde alles schon gut.

Dabei wird die Gefahr einer Provinzialisierung leicht übersehen, der wir entschieden entgegenwirken sollten. Zwischen Weltoffenheit und Angst vor fremden Welten geht es, wie Herr Rovon sagte, heute immer auch darum, sich bewußtzumachen, in welchem Maße die europäischen Realitäten bereits in die Gesellschaften hineinreichen. Im Zeitalter der Globalisierung aus lauter Angst vor Exklusion auf

Inklusion zu setzen, kann nicht die alleinige Lösung sein. Die Öffnung nach außen muß hinzukommen, um zu erkennen, daß die anderen ähnliche Probleme haben wie wir. Überall in Europa steht die Frage an, was die westlichen politischen Gemeinwesen auszeichnet und schutzbedürftig macht.

Dangschat

Die Frage, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in politische Wertvorstellungen und politisches Handeln umgesetzt werden, ist bisher nicht zureichend thematisiert worden. Wir sehen uns gegenwärtig einem überbreiten Angebot an Deutungen aus der Wissenschaft gegenüber, was zur Folge hat, daß wir uns ein Interpretationsbild der Gesellschaft zusammenbasteln können, wie es uns jeweils am besten gefällt. Und zwischen Politik und Wissenschaft gibt es eine Art Arbeitsteilung, wobei die Politik dazu neigt, rosarote Brillen aufzusetzen und einer Entdramatisierung das Wort zu reden. Daß die Parteien ihr Handeln für sich jeweils als Erfolgsgeschichte definieren, sei am Rande vermerkt.

Anders läßt es sich beispielsweise nicht erklären, daß wir bis heute an den Generationenvertrag glauben, obwohl seit über hundert Jahren die Nettofortproduktionsrate in Deutschland nicht ausreicht, ohne daß wir uns bis zum heutigen Tag dazu durchringen konnten, eine Einwanderungspolitik zu formulieren. Das gleiche gilt für die Interpretation von Schelskys nivellierter Mittelstandsgesellschaft, die den Hintergrund für die Schaffung des Bundessozialhilfegesetzes bildet, die eine wirtschaftlich stabile Gesellschaft mit einem hohen Solidaritätspotential voraussetzt. Daß dies in "Schlechtwetterzeiten" so nicht mehr funktioniert, wird nicht grundsätzlich debattiert, sondern lediglich versucht, an Symptomen herumzudoktern.

Nun möchte ich im Anschluß an die Diagnose von Wilhelm Heitmeyer daraufhinweisen, daß es durchaus Handlungsmöglichkeiten auf verschiedenen Politikfeldern gibt, die aber überhaupt nicht genutzt werden. Zum einen erwähne ich das Thema Nachhaltigkeit, ein Begriff, der geradezu inflationär verwendet wird und mit den ursprünglichen Intentionen meist wenig gemein hat. Dabei geht es nicht, wie man annehmen könnte, primär um die Umwelt, sondern dies ist eine der großen Herausforderungen des kapitalistischen Systems überhaupt. Wenn westliche Wertvorstellungen, Produktion und Reproduktion weltweit zum Tragen kommen, dann ist in der Tat die Frage, inwieweit das Ökosystem dies verkraften kann. Aber wir können nicht auf der einen Seite den Chinesen unsere Autos verkaufen wollen und dann auf der anderen Seite darüber lamentieren, wenn sie diese benutzen und damit verstärkt dazu beitragen, das Ökosystem zu gefährden.

Wir werden uns also um exportfähige Modelle gesellschaftlicher Organisation bemühen müssen, die diesem Tatbestand Rechnung tragen. Das heißt, wir müssen unsere Politik, unsere Institutionen und Wertvorstellungen völlig neu orientieren und gleichzeitig, wie Herr Rovon fordert, unsere Konsumgewohnheiten überdenken. Dies ist nicht zuletzt ein Problem der Politik; denn wir beschränken uns allzu häufig auf eine reine Symbolpolitik. Deshalb käme es darauf an, die ökonomischen Prozesse quasi zu entschleunigen und stärker zu regionalisieren, um uns von Globalisierungseffekten unabhängiger zu machen. Eine solche Umsteuerung muß allerdings politisch gewollt sein.

Das Armutsbekämpfungsprogramm in Hamburg ist aus eben dieser Intention einer Neuorientierung entstanden. Aber die bestehende Verwaltung erweist sich als unfähig, dem zu entsprechen. Das ist keine Kritik an dem einzelnen Verwaltungsbeamten, sondern richtet sich an die gegebenen bürokratischen Strukturen, die nicht in der Lage sind, die vorhandenen Geldmittel und Entscheidungen zu delegieren und dorthin zu verlagern, wo Menschen vor Ort in ganz anderer Weise kompetent sind und Verantwortung übernehmen können. Das würde im übrigen auch der Bürgergesellschaft zugute kommen. Die Menschen verstehen dann sehr viel besser, daß beispielsweise ihr Wohnquartier ein Ort gemeinsamer Konflikte und Interessen ist. Die staatliche Sozialhilfe verteilt sich heute auf über 100 Töpfe. Wenn man das bündeln würde, wäre eine enorme Effizienzsteigerung beim Mitteleinsatz möglich, weil man mit den Förderungen und Hilfen ganz anders umgehen könnte, als dies bei den jetzigen Zuständigkeiten der Fall ist.

Bei den auf "soziale Brennpunkte" gerichteten Strategien ist allerdings die Frage der Integrationsebene der Gesellschaft völlig ungeklärt. Daß die Menschen auf diese Weise in den Wohnquartieren ihren Alltag besser gestalten können als vorher, ist sicher ein Fortschritt. Aber das löst unser gesellschaftliches Integrationsproblem nicht. Denn wir akzeptieren letztlich mit diesen Programmen den Tatbestand einer gespaltenen Gesellschaft und stellen lediglich fest, daß sich die Menschen in ihrem lokalen Umfeld, wo es ihnen objektiv gesehen sehr schlecht geht, etwas zufriedener fühlen und sie sich einigermaßen über Wasser halten. Damit sind sie dann, wie Herr Heitmeyer sagt, nicht mehr so gefährlich und müssen nicht polizeilich behandelt werden, was Herr

Pfeiffer am Beispiel der USA auch als Zukunft für unsere Gesellschaft befürchtet. Das wäre also eine moderatere europäische Form humanistischer Gesinnung, um die Menschen zufriedener zu machen und damit ruhigzustellen. Ich sehe solche Bestrebungen als durchaus ambivalent an - obwohl wir in Hamburg mit unserem Gutachten dazu beigetragen haben, daß eben eine solche Politik betrieben wird.

von Klaeden

Die mangelnde Partizipation der Bürger resultiert sicher zum einen aus der viel beklagten Politik- und Parteienverdrossenheit. Zum anderen sollten wir aber nicht übersehen, daß die politischen Tatbestände immer unübersichtlicher geworden sind und zudem die horizontalen und vertikalen politischen Gewalten immer stärker verschränkt sind, was weit mehr formelle und informelle Vetorechte als früher nach sich zieht. Dadurch wird aber politische Partizipation immer mehr eingeschränkt. Ich denke, diesem Problem müssen wir uns in der nächsten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag stärker widmen.

Ich habe aus dieser Diskussion auch gelernt, daß wir darüber nachdenken müssen, wie wir Strukturen zielgerichtet orientieren, damit die vielen staatlichen und halbstaatlichen Fördermaßnahmen, die heute nebeneinander bestehen, besser koordiniert werden können. Dabei ist die Frage, ob sich die großen Sozialverbände auch dafür mitnutzen lassen. Herr Pfeiffer hat berichtet, welche Schwierigkeiten es bereitet, für die Bürgerstiftung Hannover eine Geschäftsstelle einzurichten und zu finanzieren. Derartige Geschäftsstellen sind bei den Wohlfahrtsverbänden massenhaft vorhanden. Vielleicht könnten sie im Sinne der Subsidiarität mit neuem Leben erfüllt werden.

Huber

Ich bin an der Grundsicherungsdebatte - auch über das hinaus, was Herr Fink gesagt hat insbesondere deshalb interessiert, weil Arbeitslosen- und Sozialhilfe stets Fürsorgeleistungen sind; und wenn wir uns in einer gesellschaftlichen Situation befinden, in der auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen ist, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung seinen Unterhalt durch eigene Arbeit erwirtschaften kann, dann müssen wir etwas tun, damit diese Menschen nicht zu abhängigen Fürsorgeempfängern werden. Das heißt, wir dürfen nicht, um Schelsky zu zitieren, die Gesellschaft in selbständige und betreute Menschen aufteilen.

Ich will damit nicht das Leistungsmotiv kleinreden. Aber ich trete dafür ein, beide Dinge miteinander zu verbinden. Deshalb meine ich in der Tat, so, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben.

Ein anderer Punkt ist mir ebenfalls wichtig. So, wie hier der Begriff "philanthropisch" gebraucht wurde, liegt die Assoziation zu "weltfremd oder abseitig" recht nahe. In dem Zusammenhang will ich nur darauf hinweisen, daß das vielgelobte amerikanische Stiftungswesen ohne Philanthropie als ein legitimes Handlungsmotiv gar nicht denkbar wäre. Der Grund ist, daß diejenigen, die sich in Amerika in dieser Weise engagieren, zwischen aufgeklärtem Eigeninteressen und Philanthropie gar keine Alternative sehen, sondern davon überzeugt sind, daß sich beides miteinander verbinden läßt. Als Theologe füge ich hinzu: Es wäre eine Fehlinterpretation des biblischen Gebots der Nächstenliebe zu sagen, Philanthropie vertrage sich nicht mit aufgeklärtem Eigeninteresse.

von Weizsäcker

Das ist aber der calvinistische Ansatz.

Huber

In der Bibel heißt es: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, wobei ich das "wie dich selbst" so interpretiere, daß es nicht nur sinnvoll, sondern für das Menschsein geradezu notwendig ist, beides miteinander zu verbinden.

In dieser Debatte wurde nun sehr stark auf die Entwicklung der Bürgerkultur abgehoben, was ich insofern für problematisch halte, als dabei zugleich eine Distanz gegenüber den Institutionen von Gesellschaft und Staat deutlich wird. Ich glaube nämlich nicht, daß die Bürgerkultur das Defizit ausgleichen kann, das entsteht, wenn die Funktionsweisen von Staat und Gesellschaft abgebaut werden und das Vertrauen in die betreffenden Institutionen sinkt. Anderenfalls könnte man auf den Gedanken kommen, Runde Tische anstelle von politischen Einrichtungen zu etablieren, und das kann nicht funktionieren.

Was die vielfältigen Konflikte in der Gesellschaft angeht, Herr Heitmeyer, sollte man nicht übersehen, daß es auch Wertkonflikte gibt. Das wird sehr deutlich in dem von Peter Berger herausgegebenen Band über "Die Grenzen der Gemeinschaft", wo über eben diese Wertkonflikte in unterschiedlichen Gesellschaften und wie man jeweils damit umgeht, berichtet wird. In unserer Gesellschaft sehe ich einen wachsenden Wertkonflikt in Form der "intendierten Exklusion". Wenn Herr Schröder hier von bewußter Selbstausschließung gesprochen hat, dann setzt dies ja voraus, daß die Betroffenen zunächst erklären: Die anderen gehören nicht zu uns. Ich meine, wir sollten den Wertkonflikt offen thematisieren, der sich hinter dem Stichwort Exklusion verbirgt.

Jann

Ich stimme Herrn Huber zu, daß wir die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen unbedingt brauchen. Denn eines läßt sich politikwissenschaftlich unzweideutig belegen: Wenn der Bürger dem Staat nur als einzelner gegenübersteht, hat er schlechte Karten. Die Pluralismus- und Korporatismusforschung zeigt jedenfalls immer wieder, daß die organisierten Interessen vom Staat sowohl bei der Formulierung als auch bei der Durchführung von Politik immer noch am besten bedient werden. Das heißt, wir brauchen Organisationen für die Bürger im Sinne politischer Inklusion, ohne die der einzelne im politischen System kaum anders als fürsorglich behandelt wird. Ein weiterer Grund kommt hinzu: Wir treten nicht bestimmten Institutionen bei, weil dies unserem Denken so entspricht, sondern durch gemeinsames Handeln in diesen Institutionen verändert sich auch unser Denken. In Institutionen lernen wir, was wir wollen, und wie dies mit anderen Interessen zu vereinbaren ist.

Mit anderen Worten: Wenn Menschen etwas von den Kommunen haben wollen, müssen sie sich in irgendeiner Form organisieren. Ohne Organisation keine Inklusion. Tony Blair hat ja die Devise ausgegeben, der Staat soll nicht tätig werden, solange die Menschen etwas für sich selbst tun können. Und von daher wird in England jetzt die klassische Sozialhilfe reduziert.

Ich meine, man muß die Bürger animieren, sich vor allem auf der lokalen Ebene zu organisieren. Die Vereine, die Kirchengemeinden, deren Niedergang wir beklagen, waren ja immer auch lokalpolitisch aktiv. Man ging beispielsweise in einen Sportverein nicht nur, weil man dort Sport treiben wollte, sondern auch, weil der Verein sich für sonstige Interessen eingesetzt hat. Das ist zweifellos schwierig, aber ich sehe keine andere Möglichkeit, als zu versuchen, die lokalen Organisationen wieder zu stärken.

Riedmüller

Bei der Diskussion um zivile Gesellschaft und Bürgerengagement haben wir uns vorzugsweise den Randgebieten der Gesellschaft zugewendet, aber die Frage nach der "prekären Mitte" kaum thematisiert, die nicht zuletzt deshalb so problematisch ist, weil, wie wir gehört haben, aus diesem Bereich die Tendenz zum Rechtsradikalismus Platz greift. Dies ist ein Thema, das direkt die Politik beschäftigt und mit Bürgerengagement im vorgenannten Sinne kaum etwas zu tun hat.

Herrn Fink muß ich entschieden widersprechen, wenn er die Sozialhilfe als ein Element der Grundsicherung bezeichnet hat. Davon kann beispielsweise bei den Ausländern, die Sozialhilfe erhalten, keine Rede sein. Ich meine, die Attraktivität der Grundsicherungsthematik ist darin begründet, daß sie ein Verbindungsglied zwischen der Mitte und den Rändern darstellt: Für Ränder ist sie ein existenzsicherndes Element, und für die Mitte erhöht sie die Freiheitsspielräume, beispielsweise für die Frauen, zwischen der Erwerbsarbeit und anderen Formen der Arbeit zu wählen. Das leistet die Sozialhilfe eben gerade nicht. Es könnte auch für die Gewerkschaften von Interesse sein, wenn man selbst in den klassischen Bereichen der Erwerbsarbeit ein- und aussteigen könnte.

Wenn man auf soziale Unordnung mit polizeilichen Maßnahmen reagiert, spielt man die Randgruppen gegen die prekäre Mitte aus. Letztere wird immer für die polizeiliche Strategie argumentieren. Es ist eine sehr merkwürdige Form von Integration zu sagen: Die Leute aus der prekären Mitte rufen nach der Polizei, um an den Rändern aufzuräumen. Damit wird das Problem der Exklusion auf die Ränder reduziert. So deutlich war mir das vor unserer Diskussion nicht, daß dies eine integrative Wirkung hat, die geradezu fatal ist.

Deshalb würde ich wie Herr Dubiel und andere eher bei den sozialen Bürgerrechten ansetzen, ein Modell, das es ermöglicht, sich mit dieser prekären Mitte als Kernbereich der Gefährdung von Gesellschaft zu befassen. Die Frage lautet dann: Wieviel an Integration ist notwendig, um den Bestand der Gesellschaft zu gewährleisten? Die sozialen Rechte des Bürgers könnten dafür auch in unserer Gesellschaft ein geeigneter Anknüpfungspunkt sein.

Vester

Aus repräsentativen Befragungen wissen wir, daß die sogenannte Mitte aus etwa siebzig Prozent der Bevölkerung besteht. Außerhalb dieser Mitte von siebzig Prozent sind etwa zehn Prozent arm, und zwanzig Prozent gehören zu den besitzenden und akademisch Gebildeten. Etwa vierzehn Prozent aus der Mitte sind anfällig für rechtsradikale Lösungen. Die Mitte ist in sich auch kulturell stark geschieden. Es gibt Gruppen mit sehr demokratischen Traditionen - dazu gehört ein großer Teil der Gewerkschaften;- , die sich mit den kleinbürgerlich-autoritären Mentalitäten von Arbeitern in den Betrieben auseinandersetzen müssen. Schließlich gibt es noch die hedonistischen Gruppen, die nur an sich selbst denken und die vielleicht zehn bis fünfzehn Prozent ausmachen. Mit anderen Worten: In dieser Mitte gibt es zwar rechtsradikale Tendenzen, die aber nur einen Teil in dem ganzen Spektrum ausmachen.

Riedmüller

Ich wollte nicht sagen, daß die ganze Mitte zum Rechtsradikalismus neigt.

von Weizsäcker

Exklusion/Inklusion ist sicher eine Thematik, die uns in der Politik, aber auch überall sonst in der Gesellschaft, ständig beschäftigt - ob uns dies nun bewußt wird oder nicht. Und diejenigen, die uns über die zugrundeliegenden Sachverhalte aufklären könnten, werden kaum gehört. Bei diesem Bergedorfer Gesprächskreis konnten wir uns glücklich schätzen, so viel wissenschaftlichen und praxisnahen Sachverstand um einen Tisch versammelt zu haben, wie das nur selten der Fall ist. Dafür bin ich außerordentlich dankbar.

Das Schwergewicht lag in diesem Kreis zweifellos auf der sozialwissenschaftlichen, weniger auf der politischen oder auch ökonomischen Analyse. Das war bei diesem Thema wohl auch nicht verwunderlich. Ich denke, es ist gelungen - gerade in der Verknüpfung unterschiedlicher Ansätze, Perspektiven und Problemebenen;- , eine Reihe wichtiger Erkenntnisse zu befördern, die für die Politik und für die Praxis gleichermaßen hilfreich sein könnten.

Ich bin besonders dankbar, daß sich gerade die Praktiker ausführlich zu Wort gemeldet haben und hoffentlich auch etwas für ihren Alltag mit nach Hause nehmen können, obwohl es, wie Frau Feyler zu Recht angemerkt hat, in diesem Gespräch mehr darum ging, Hintergründe und Zusammenhänge aufzuzeigen, als Problemlösungen zu finden. Ich denke aber, daß Hintergründe zu erhellen und Zusammenhänge deutlich zu machen, wichtige Voraussetzungen sind, wenn wir in der Sache zu angemessenen Problemlösungen kommen wollen. Denn so einfach lassen sich die Probleme von Inklusion und Exklusion natürlich nicht lösen.

Auf der anderen Seite sind unsere Wissenschaftler gehalten, die Ergebnisse ihrer Forschungen und Überlegungen in einer Weise zu präsentieren, daß sie für die Praktiker verstehbar und wenn möglich auch umsetzbar sind. Ob das hier gelungen ist, müssen die Praktiker unter uns selbst entscheiden.

In diesem Zusammenhang möchte ich hinzufügen, daß die Beispiele, die hier aus dem Bereich der Kommunalpolitik gegeben wurden, mir besonders plastisch und eingängig erschienen. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß die Kommune die hohe Schule der Politik in nahezu jeder Hinsicht ist. Die Kommunen sind es ja, die mit den Problemen von Inklusion und Exklusion besonders hautnah konfrontiert werden, ohne daß ich verkenne, wie sehr auch die Landes- und Bundespolitik damit zu tun haben, was sich in der nicht immer erhebenden Programm- und Kampfarbeit der Parteien deutlich widerspiegelt.

Im Kern unserer Debatte stand der Begriff der Exklusion, und Frau Riedmüller hat eben noch einmal klargestellt, daß es in der Tat nicht nur um die Exklusion an den Rändern geht, sondern daß es auch eine Art von Selbstexklusion im Hinblick auf Politik, Staat und demokratischer Beteiligung gibt.

Wir haben viele kluge Gedanken gehört, die uns sicher zum Nachdenken anregen werden, und ich habe die Hoffnung, daß sich daraus allmählich Orientierungshilfen und neue Verbindlichkeiten ableiten lassen. Ich denke, es war richtig, daß wir uns dieses schwierigen und komplexen Themas angenommen haben, das für die Zukunft unserer Gesellschaft noch an Brisanz gewinnen wird, wenn es uns nicht gelingt, überzeugendere Antworten als bisher für diejenigen Menschen zu geben, die von Exklusion in ihren verschiedenen Formen betroffen sind oder sich davon bedroht fühlen.

Im übrigen fand ich die Verbindung von Zurückhaltung, Engagement und Kompetenz, mit der uns Frau Riedmüller durch die Tiefen und Untiefen dieser Thematik und unseres Temperaments geführt hat, vorbildlich und möchte ihr dafür herzlich danken.